



Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische
Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

Nr. 11/12

November/Dezember 1972

AIB-Aktuell

S. 2

Tanzania

Historische und sozialökonomische Daten

S. 3 – 5

Materialien zur politökonomischen Entwicklung

S. 5 – 12

T. A. N. U. - Richtlinien zur Sicherung, Stärkung und Fortführung
der Revolution in Tanzania und Afrika

S. 12 – 17

Südafrika

A. Hebel:

Erziehungssystem und studentischer Widerstand (II)

S. 18 – 21

Rodesien

J. Nkomo:

Memorandum an die Pearce - Kommission

S. 22 – 28

Irak

P. Dietzel:

Erdöl als Waffe im Kampf gegen den Imperialismus

S. 28 – 30

Indochina

Vertrag über die Beendigung des Krieges und
Wiederherstellung des Friedens in Vietnam

S. 28 – 31

Dokumentation

S. 32 – 35

Gegen die rechten und die „linken“ Saboteure

S. 36 – 37

Chile

L. Corvalán:

Was geht in Chile vor?

S. 38 – 41

Kurzinformation

S. 42 – 44

Herausgeber: Antiimperialistisches Arbeitskomitee (AAK) - Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg, Bernd Hartmann, Herbert Lederer, Rolf J. Priemer, Barbara Schilling (presserechtl. verantwortlich), Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus, Christoph Strawe, Christel Streubel, Frank Werkmeister, Erich Wulff.

Einzelpreis DM 1,50. Erscheinungsort Marburg/L. Druck: W. J. Becker, Marburg.

Anschrift des AAK und der Redaktion: p. A. Barbara Schilling, 355 Marburg/L. Liebigstraße 46 (Telefon 06421 / 24672) Postscheckkonto 312093 PSchA Frankfurt/M. - Barbara Schilling, Sonderkonto AAK, 355 Marburg/L.

Abdruck bei Quellenangabe und Zusendung von 2 Belegexemplaren gestattet.

AIB- AKTUELL

Unmittelbar nach der Veröffentlichung (26.Okt.72) des zwischen der Demokratischen Republik Vietnam und den USA ausgehandelten Abkommens über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam wandte sich die "Initiative Internationale Vietnam-Solidarität" (IIVS) mit einem "Dringenden Appell" (vgl. Beilage) an die Öffentlichkeit der BRD. 1000 Intellektuelle, Gewerkschafter und Organisationsvertreter gaben als Erstunterzeichner den Startschuß für eine Unterschriftenkampagne, die die unverzügliche Unterzeichnung des ausgehandelten Abkommens forderte. Eine Woche später hatten sich bereits über 100.000 Unterzeichner diesem "Dringenden Appell" angeschlossen. Viele neue Kräfte konnten gewonnen werden. Allein der MSB-Spartakus sammelte in drei Tagen 63.000 Unterschriften.

Die Außenministerin und Chefdelegierte der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam bei den Pariser Vietnamgesprächen, Frau Nguyen Thi Binh, sprach anlässlich eines Empfanges in Paris gegenüber Gabriele Sprigath und Frank Werkmeister, Vertreter der IIVS und Mitherausgeber des AIB, ihre große Anerkennung für diese Kampagne aus und übermittelte den Dank der südvietnamesischen Bevölkerung an die Freunde in der BRD; sie bat gleichzeitig darum, aufgrund der Verzögerungspolitik und destruktiven Haltung der US-Regierung diese Unterschriftenkampagne und andere entsprechende Initiativen weiterzuführen. Wir, die Herausgeber des AIB, geben diese Bitte weiter und schlagen vor, sich mit dem "Dringenden Appell" an Abgeordnete des Bundestages, der Länder- und Kommunalparlamente zu wenden, Vertreter der gesellschaftlichen Organisationen, vor allem Gewerkschafter und Kirchenvertreter anzusprechen. Es müssen jetzt weiter massenhaft Unterschriften unter diesem Appell gesammelt werden! Der Druck auf die Nixon-

Regierung sollte weltweit verstärkt werden! Erich Wulff, Mitherausgeber des AIB, kehrte Ende November 72 von einem zehntägigen Aufenthalt in der DRV zurück. Er wurde in Hanoi zusammen mit anderen Mitgliedern einer westdeutschen Delegation von DRV-Ministerpräsident Pham Van Dong empfangen. Auch Erich Wulff bestätigt nach seiner Rückkehr die Notwendigkeit, den Kampf für die Unterzeichnung und Inkraftsetzung des Abkommens zwischen der DRV und den USA zu intensivieren. Die Verbrechen und Massaker der Thieu-Clique an den politischen Gefangenen, vor allem an den FNL-Kämpfern, den Buddhisten und Katholiken, müssen stärker als zuvor angeprangert werden. Hierfür ist der 10. Dezember, der Tag der Menschenrechte, ein geeigneter Aktionstag. Die entsprechenden Organisationen, wie die Amnesty-International-Gruppen u.a., sollten für derartige Aktionen gewonnen werden.

Es gilt, die materielle Hilfe für das vietnamesische Volk zu verstärken. Die Studenten der Marburger Universität haben - entsprechend eines ASTA-Beschlusses - ein Beispiel gegeben und innerhalb eines Monats 5.000,- DM gesammelt.

Der 16. Dezember 72 wurde von der "Initiative Internationale Vietnam-Solidarität" und der "Hilfsaktion Vietnam" zu einem zentralen Sammeltag für Vietnam erklärt. Wir bitten die Leser des AIB dafür zu sorgen, daß dieser Aktionstag nachdrücklich unterstützt wird.

Angesichts der ernsten Situation in Indochina darf der Weihnachts- und Neujahrsummel die Aktivitäten der Vietnamkriegsopposition nicht lähmen. Im Gegenteil: der Monat Dezember 72 muß ein Kampfmonat für die Unterzeichnung und strikte Einhaltung des "Neun-Punkte-Abkommens", für die Rettung der politischen Gefangenen in Südvietnam und für die materielle Hilfe werden.

TANZANIA



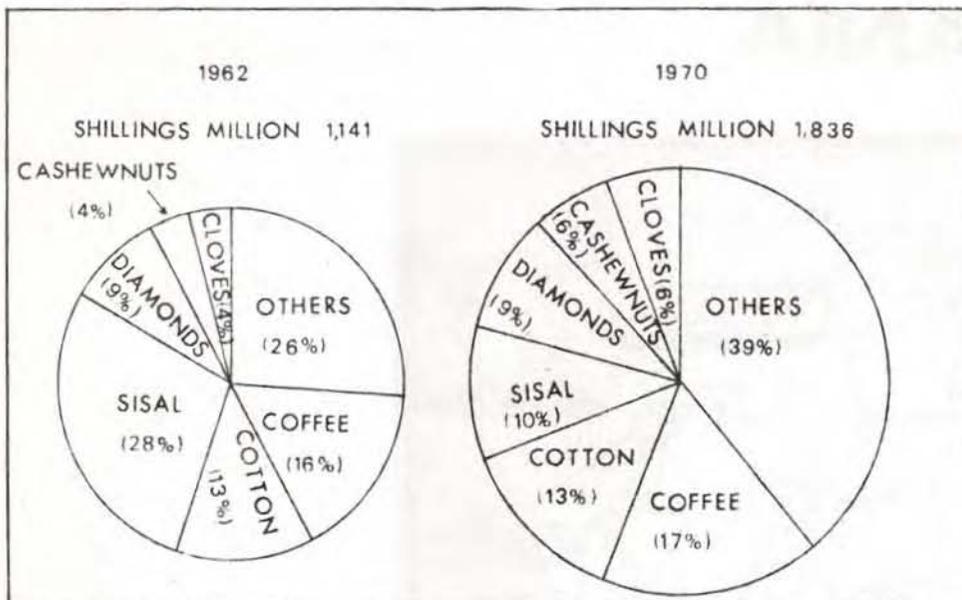
(Quelle:
Horizont 24/1972)

HISTORISCHE DATEN

- 1884-1918 Tanganjika (Festland) ist deutsche Kolonie unter der Bezeichnung Deutsch-Ostafrika.
- 1890 Die Inseln Sansibar (die erst 1861 vom Sultanat Oman unabhängig wurde) und Pemba werden britisches Protektorat.
- 1890-1905 Aufstände der arabischen und afrikanischen Bevölkerung gegen die deutschen Kolonialherren.
- 1905 Unterdrückung des großen Maji-Maji-Aufstandes im Süden des Landes durch die deutsche Kolonialverwaltung.
- 1917 Britische Truppen besiegten die deutschen Verbände und errichteten eine britische Regierung.
- 1919 Tanganjika wird Völkerbundmandat Großbritanniens, faktisch jedoch britische Kolonie.
- 1922 Verbot der Sklavenhaltung
- 1946 Tanganjika wird Treuhandgebiet

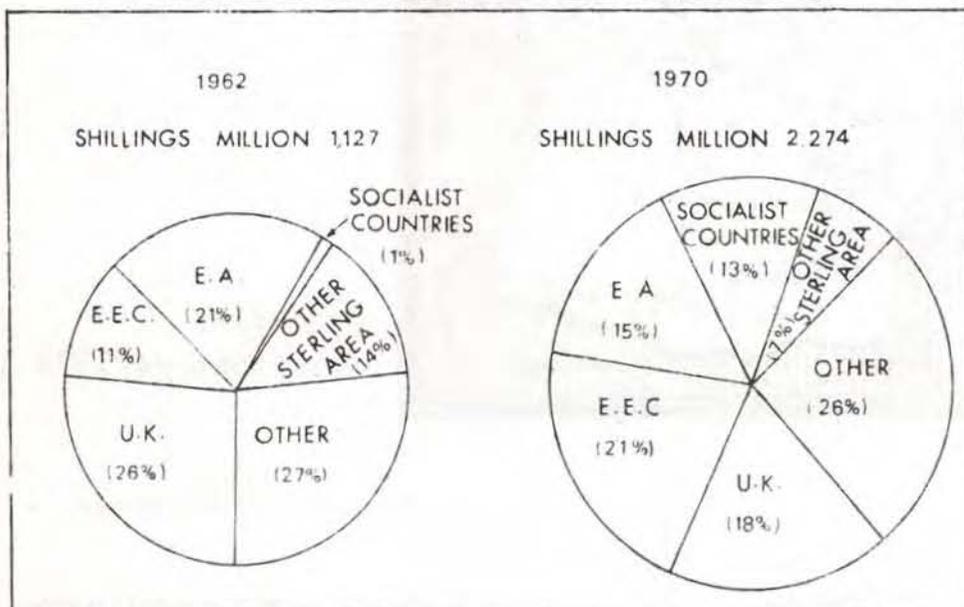
- der UNO unter britischer Verwaltung.
- 1961, 9. Dez. Tanganjika erhält die politische Unabhängigkeit
- 1962, 9. Dez. Tanganjika wird Republik
- 1964, 12. Jan. Sturz des Sultans von Sansibar und Ausrufung der Volksrepublik Sansibar
- 1964, 27. Apr. Vereinigung der Republik Tanganjika und der Volksrepublik Sansibar zur Republik von Tanzania
- 1967, 5. Feb. Verkündung der Arusha-Deklaration, des Programms der Einheitspartei TANU für einen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg Tanzanias.
- 1971, 22. Feb. Die TANU-Richtlinie: "Mwongozo" werden publiziert.

ZUSAMMENSETZUNG DES TANZANISCHEN EXPORTS



*(ohne re-Exporte)

HERKUNFT DER TANZANISCHEN IMPORTE



COTTON = Baumwolle
 CLOVES = Textilien
 CASHEWNUTS = Cashew-Nüsse
 OTHERS = Andere
 E.E.C. = EWG
 E.A. = Ostafrika
 U.K. = Großbritannien
 OTHER STERLING AREA =
 Andere Sterling-Währungs-Gebiete
 SOCIALIST COUNTRIES =
 Sozialistische Länder

SOZIAL-ÖKONOMISCHE DATEN

Fläche: 939.524 km²;
 Einwohner: 13,2 Mio = 12 Einw./km²
 Hauptstadt: Dar-es-Salaam: 275.000 Ew. (1969)
 Amtssprache: Suaheli, Englisch;
 Währung: Tanzania-Shilling (TSh) = 0,42 DM.

Tanzania ist ein schwach entwickeltes Agrarland. Nur etwa 20% des Territoriums (19 Mio ha) werden landwirtschaftlich genutzt, die fruchtbarsten Gebiete liegen an der Peripherie des Landes. Die Landwirtschaft gliedert sich in drei Sektoren: in die nach 1967 entstandenen Dorfkollektive, die traditionellen Kleinwirtschaften und die vorwiegend Europäern gehörenden Plantagen, die 12% des landwirtschaftlichen Nutzungslandes ausmachen und 40% der Exportkulturen produzieren.

Nur rund 550.000 afrikanische Einwohner sind Lohnempfänger, 90% der Beschäftigten sind in der Landwirtschaft tätig, die 56% des gesellschaftlichen Gesamtproduktes und (1970) 85% des Exportes produziert. Rund 22.000 sind Industriearbeiter.

Gesamtdurchschnittslohn 1969: 312 TSh (doppelt so viel wie 1966) bei einem jährlichen Preisanstieg der Konsumgüter von 8%. (Bergarbeiter 370 TSh., Landarbeiter: 164 TSh.)

Der Anteil der Industrie beträgt etwa 8% am Nationaleinkommen, davon 7,5% die verarbeitende Industrie. Tanzania ist arm an mineralischen Vorkommen; die wichtigsten sind Diamanten (1969: 780.000 Karat) und Gold (1.500 kg); 1969 erbrachte der Bergbau 13% des Exportwertes.

Die Nationale Entwicklungsgesellschaft ist als halbstaatliche Gesellschaft Träger der wichtigsten verstaatlichten und neuen Wirtschaftsprojekte (Gesamtkapital 1969: 510 Mio TSh.)

Der zweite Fünfjahresplan (1969-74) sieht Investitionen in Höhe von 8,55 Mrd TSh. und eine jährliche Produktionszunahme von 6,7% vor. Die Finanzierung soll zu 61% aus eigenen Mitteln erfolgen.

Materialien zur polit- ökonomischen Entwicklung

I. EINIGE BEMERKUNGEN ZU DEN ÖKONOMISCHEN GRUNDLAGEN

Als Tanganyika 1961¹ im Dezember unabhängig wurde, übernahm die spätere Einheitspartei TANU (Tanganyika African National Union) mit Nyerere an der Spitze Verantwortung für ein bis dahin von den Briten beherrschtes Land, das stärker ausgeblutet worden war als andere und auch heute noch zu den ärmsten Staaten der Erde gehört.

Das Pro-Kopf Einkommen erreichte kaum 20 tanzanische Pfund jährlich (etwa 200,- DM), wobei weniger als 60% der Gesamtbevölkerung in die Geldwirtschaft einbezogen war. Die allgemeine Lebenserwartung lag unter 30 Jahren und die Kindersterblichkeit war eine der höchsten in der Welt.

Von den 10 Mio Einwohnern Tanganyikas waren 1961 369 205 als Lohnarbeiter beschäftigt,² nahezu 2/3 davon als Hilfsarbeiter und Tagelöhner, die um Arbeit zu finden ihr Ackerland verlassen mußten und mit Hungerlöhnen abgespeist wurden. 53% der Lohnarbeiter waren Landarbeiter, wobei der hohe Anteil der Saison- und Wanderarbeiter in dieser Zahl nicht erfaßt ist.

Die tanganyikanische Ökonomie paßte sich nahtlos ein in das weltweite Konzept imperialistischer Arbeitsteilung: Tanganyika lieferte fast ausschließlich Rohstoffe in die kapitalistischen Länder (Agrarprodukte stellten 90% des Exports) und importierte

von dort Fertigwaren, in erster Linie Konsumgüter. Zum Zeitpunkt der Erlangung der Unabhängigkeit entfielen 1961 allein 57% der Exporte auf drei landwirtschaftliche Hauptprodukte (Baumwolle, Sisal und Kaffee).³ Die Landwirtschaft hat für Tanganyika eine größere Bedeutung als für andere vergleichbare Länder. In den Jahren 1960-1962 erzeugte der Agrarsektor 60% des Bruttoinlandsprodukts, während der Durchschnitt für unterentwickelt gehaltene Länder bei 47% lag.⁴ Von der gesamten Agrarproduktion entfielen 60% auf den Eigenbedarf und 40% auf den Export. Der Löwenanteil der Exportproduktion lag jedoch bei den 1,3% ausländischer Großgrundbesitzer, die im fruchtbarsten Gebiet des Landes, einem Teil der Nordregion, fast 50% der dortigen Bevölkerung ausmachten.⁵

Überseehandel und Bankwesen⁶ waren Domäne ausländischer Kapitalgesellschaften, wobei Tanganyika nicht einmal den geringen Entwicklungsstand der Leichtindustrie aufweisen konnte, der das "Erbe" Kenyas kennzeichnete. Kenya nämlich fungierte innerhalb der "Ostafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft" als wesentliches Anlageland für Kapitalinvestitionen westlicher Konzerne.⁷ Tanganyika wurde somit gleich zweifaches Opfer eines Prozesses der ungleichmäßigen Entwicklung, der die kapitalistische Strategie in Ostafrika kennzeichnete.

II. DER WEG TANGANYIKAS ZUR UNABHÄNGIGKEIT

Bauern und Arbeiter waren die tragenden Exponenten der jungen Befreiungsbewegung, deren beide Flügel später von der TANU koordiniert und integriert wurden. Vor der Gründung der TANU 1954 kämpfte bereits 1946 der Bauernverband (The African Association of Arusha⁸ - AAA) gegen die europäischen Großgrundbesitzer um Bodenrechte. Da die ausländischen Kolonialisten im Norden immer mehr Land okkupierten, schlossen sich die Volksräte der größten nordtanganyikanischen Stämme (Meru und Dschagga) immer enger mit dem Bauernverband AAA zusammen. Als 1951 vom Siedlungsgebiet der Meru 78 000 ha Land durch die Kolonialisten enteignet wurden, mußten 1 000 Meru ihren angestammten Besitz verlassen. Zwei Jahre später untersuchte eine Kommission der Vereinten Nationen den Fall und stellte fest, daß diese Vertreibung zu einer starken Politisierung der nordtanganyikanischen Völker geführt hatte und unter den Afrikanern zum Symbol für die verhaßte Politik der Europäer geworden war.⁹ Die ausgedehnten Landenteignungen

nach dem 2. Weltkrieg bewirkten einen intensiven Mobilisierungseffekt auf die Völker West- und Nordtanganikas, die sich nun im Kampf gegen die kolonialen Unterdrücker immer enger zusammenschlossen. "Es ist noch nicht so lange her, daß nur der einzelne Stamm gegen die koloniale Willkür kämpfte, jetzt aber sind bereits breite nationale Organisationen entstanden, in denen sich Volksmassen unabhängig von ihrer Stammeszugehörigkeit zusammenschließen."¹⁰

Die für die Befreiungsbewegung wichtigste Organisation war die 1954 gegründete national-demokratische Sammlungspartei "Afrikanische Nationalunion von Tanganyika" (TANU), die aus dem 1929 von afrikanischen Lehrern und Regierungsangestellten gegründeten Kultur- und Interessenverband "Zusammenschluß der Afrikaner Tanganyikas" (TAA) hervorging. In der neugegründeten Partei TANU vereinigten sich Teile der tanganyikanischen Arbeiterklasse, der Bourgeoisie, der Intelligenz aber auch die Hauptkräfte der Bauernschaft.

Das politische Programm der TANU erklärte die Erlangung der Unabhängigkeit und das Recht auf Selbstbestimmung zu ihrem wichtigsten Ziel, das auf verfassungsmäßigem Wege - im Einklang mit dem Treuhandabkommen und dem Artikel 76 der Charta der Vereinten Nationen - erreicht werden sollte. Unterstützt von der seit den Lohnkämpfen 1953 erstarkten Gewerkschaftsbewegung¹¹ konnte die TANU alle Bevölkerungsschichten zum Kampf für die Unabhängigkeit gewinnen und wichtige Reformen durchsetzen.¹² Faktoren wie die gemeinsame Swahilisprache, die Tatsache, daß trotz der Vielfalt der Völker keines von ihnen das andere zu dominieren versuchte, und die nur schwach ausgeprägte Klassendifferenzierung der tanganyikanischen Gesellschaft konsolidierten die nationalistische Bewegung in der kolonialen Phase erheblich. Nach der Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts gewann die TANU - trotz der Kandidatur einer von den Kolonialisten kurzfristig ins Leben gerufenen Oppositionspartei - 70 der 71 Parlamentssitze. Als Folge dieses Wahlergebnisses erlangte Tanganyika das Recht auf innere Selbstverwaltung, der Ministerrat tagte von nun an mit afrikanischer Beteiligung. Im gleichen Jahr noch wurde dann Tanganyika mit Nyerere als Staatsoberhaupt endgültig unabhängig.

III. ZUR IDEOLOGIE DES "AFRIKANISCHEN SOZIALISMUS"

Tanzania ist in der heutigen historischen Situation als eine Übergangsgesellschaft zu bezeichnen. Die Ideologie des "Afrikanischen Sozialismus" proklamierte zwar seit der Unabhängigkeit eine Gesellschaft ohne "Ausbeuter und Ausgebeutete", der eigentliche Kampf um die nichtkapitalistische Entwicklung begann jedoch erst mit der Konferenz des Exekutivkomitees der Partei 1967 in Arusha, deren wichtigstes Ergebnis die Arusha-Deklaration war. Hier wurden der Rahmen und die ersten konkreten Schritte zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft abgesteckt.

Wie viele der neuen Führer in Afrika proklamierte auch Nyerere Anfang der 60er Jahre den afrikanischen Sozialismus als im wesentlichen eine moralische Geisteshaltung, die dem Charakter des "afrikanischen Menschen" adäquat sei. Der afrikanische Sozialismus stellt sich dar als eine die afrikanische Geschichte romantisierende Theorie, die einen eigenständigen Weg Afrikas und den bewußten Rückgriff auf eine angeblich durch die verschiedenen Kolonialperioden ungebrochene traditionelle afrikanische Gesellschaftsstruktur propagiert, die keine Klassenausprägungen kenne und deren wichtigstes Merkmal absolute Gleichheit sei.

"Wir in Afrika brauchen nicht vom Sozialismus überzeugt zu werden... er wurzelt in unserer traditionellen Gesellschaft, die uns hervorgebracht hat."¹³ Das Wort "Klasse" existiert in der ostafrikanischen Sprache laut Nyerere nicht, woraus er schloß, es habe auch keine Klassendifferenzierung gegeben. Bis heute halten westliche Autoren hartnäckig an Theorien des sogenannten "klassenlosen Kontinents" fest, deren Ziel es nur sein kann, jede Klassenseinsetzung ideologisch zu unterdrücken. In den vergangenen zehn Jahren hat sich gezeigt, daß sich unter der Fahne des afrikanischen Sozialismus Staaten gebildet haben, die ihre tradierten Verknüpfungen mit dem Kapitalismus und den imperialistischen Staaten unangetastet ließen. Im Gegenteil: Leopold Senghor, einer der Päpste der neuen afrikanischen "Theorie" bezog das kolonialistische Erbe in seinen "sozialistischen" Plan mit ein: Neben einem traditionell 'sozialistischen' Sektor (Landwirtschaft) existiert ein 'gemischter Sektor' und ein 'freier Sektor'. "Der Letztere, der Bank, Handel und Industrie umfaßt, wird von selbst

auf die Ziele des Plans hinarbeiten."¹⁴
Nyerere distanziert sich heute eindeutig vom "afrikanischen Sozialismus" als einem aufgeweichten Begriff¹⁵ und ersetzt ihn durch "ujamaa". Im Laufe der zehnjährigen tanzanischen Entwicklung hat dieser Begriff verschiedene Inhalte bekommen. Kurz nach der Unabhängigkeit war er definiert als eine Ansammlung abstrakter moralischer Werte, die - losgelöst von ihrer sozioökonomischen Grundlage - zur Phrasologie gediehen.¹⁶

Seit 1967 bezeichnet "ujamaa" konkret die Errichtung landwirtschaftlicher Kollektive, die sogenannten "ujamaa-villages". In der gegenwärtigen Diskussion umfaßt der Begriff alle wichtigen Schritte und Maßnahmen in Richtung auf eine sozialistische Gesellschaft.

Während der "afrikanische Sozialismus" sich als utopischer Sozialismus durch die Leugnung von Klassendifferenzierungen und Entwicklungsetappen der afrikanischen Gesellschaft charakterisieren läßt, beinhalten jüngere tanzanische Dokumente die Feststellung, daß die koloniale Herrschaft eine ausgeprägte soziale Schichtung und Klassenformation durch das Einbeziehen Ostafrikas in das internationale kapitalistische Wirtschaftssystem hervorgebracht hat.¹⁷

IV. VERSCHÄRFUNG DER INNENPOLITISCHEN SITUATION

Wie Nyerere selbst einmal bewertete, "war das, was die nationalistische Bewegung begründete, ein schwaches Fundament für eine nachfolgende sozialistische Entwicklung."¹⁸ Konnte die nationalistische Bewegung noch alle Klassenkräfte zusammenfassen, so manifestierten sich nach der Unabhängigkeit Klassengegensätze - ganz im Gegensatz zur harmonisierenden und konfliktfreien Ideologie des Afrikanischen Sozialismus - in der Verschärfung der innenpolitischen Verhältnisse. Die Landreform von 1963, durch welche die formelle Enteignung des gesamten Grund und Bodens verfügt wurde (Land wurde nur noch als Pacht auf 99 Jahre vergeben), veranlaßte eine geringe Anzahl ausländischer Plantagenbesitzer, das Land zu verlassen. Gleichzeitig verabschiedete die Regierung jedoch ein Investitionsschutzgesetz für internationale Anleger,¹⁹ durch das eine Ausweitung des Privatsektors und damit eine Erhöhung im wesentlichen der landwirtschaftlichen Export-

produktion erreicht werden sollte.

Nach einer kurzen Phase der Unsicherheit erstarkte der private Sektor wieder. Das führte zu einer weiteren Polarisierung zwischen fast ausschließlich europäischen Großgrundbesitzern und afrikanischen Bauern, wobei - besonders in der Nordregion - die Integrierung der einheimischen Bauernschaft in die kapitalistische Marktproduktion zu einer steigenden Anzahl größerer afrikanischer Landbesitzer führte. Die öffentlichen Investitionen im Agrarsektor flossen in elf mit hohem Kapitalaufwand erstellte Siedlungen mit kleinbäuerlicher Produktionsweise. Für die Masse der Bevölkerung verbesserte sich die allgemeine Lage in diesem Zeitraum nicht. Im Gegenteil: Gesetzliche Lohnerhöhungen (durchschnittlich 7%, in einzelnen Bereichen bis zu 13%) hatten zur Folge, daß die europäischen Unternehmer 1962/63 massenhaft Hausangestellte und Landarbeiter entließen, was vor allem die ländliche Bevölkerung betraf, während die Gewerkschaften der Industriearbeiter weitere Lohnstreiks ausriefen.

Im Januar 1964 meuterte die Armee. "Obwohl nicht eindeutig nachweisbar, scheint es möglich gewesen zu sein, daß einige unzufriedene Gewerkschaftsführer aus der Meuterei politischen Vorteil zu ziehen versuchten."²⁰ Nyerere treibt den 'Teufel' mit dem Beelzebub aus und holt die Engländer zur Hilfe; 60 Marinesoldaten genügten, um den Aufstand niederzuschlagen. Mit der Begründung, im tanzanischen 'Sozialismus' mit seinem Gleichheitsprinzip dürfe keine Arbeiteraristokratie entstehen, die geeignet sei, die Kluft zwischen Stadt- und Landbevölkerung unüberbrückbar zu vergrößern, löste die Regierung alle Gewerkschaften auf. Ein neues Gesetz schaffte die Voraussetzung für die Bildung einer Einheitsgewerkschaft.

Die lautstark und massenhaft erhobene nationalistische Forderung nach Afrikanisierung des fast ausschließlich von der asiatischen²¹ Minderheit kontrollierten Groß- und Einzelhandels war ein Indiz für das aufkeimende Klassenbewußtsein der tanzanischen Lohnarbeiter. Sie wurde jedoch mit der rassistischen Forderung nach Ausweisung aller Nichtafrikaner vermischt, was dazu diente, die persönlichen Interessen einer Handvoll Bürokraten und Parteifunktionäre zu verschleiern, die einen Teil der wachsenden afrikanischen Bourgeoisie ausmachten. Die Partei (TANU) blieb als national-demokratische Einheitspartei das Sam-

melbecke sich polarisierender Klassenkräfte. Sie wurde geführt von einer Reihe humanistischer und Nyerere treu ergebener Parteifunktionäre. Die TANU repräsentierte jedoch in der Anfangsphase überwiegend die Interessen der afrikanischen Bourgeoisie und der kapitalistischen Investoren.

V. PROBLEME DER ENTWICKLUNG

Der Koloniale Verwaltungsapparat war nach der Unabhängigkeit ohne große Veränderungen übernommen worden: In ihm herrschten nach wie vor alte und neue Kolonialisten. Die formale Kontrolle der TANU konnte keine ausreichende Garantie für die Zuverlässigkeit dieser Institutionen sein. Die dort ausgearbeiteten Entwicklungsprojektierungen - obwohl eindeutig neokolonialen Charakters - wurden von der tanganyikanischen Führung unkritisch übernommen. John S. Saul bemerkt hierzu: "Ursprünglich nahmen die Bemühungen um eine verstärkte Industrialisierung einen typischen Verlauf: Erster Schritt waren die Importsubstitutionen von Konsumgütern, deren Angebot fast luxuriöse Vielfalt erreichte. Die Substitutionspolitik bot jedoch nur geringe Aussichten für eine längerfristige Strukturveränderung. Tatsächlich bewirkte diese Art der Wirtschaftspolitik lediglich eine Restschreibung fortwährender Abhängigkeit und Ausbeutung sowie unkritische Anlehnung an ausländisches Kapital und das 'Know-how' internationaler Konzerne."²²

Konkret eingepaßt in die Strategie zur Erhaltung Tanganyikas als profitable Export-Enklave, war der von der Weltbankkommission empfohlene 3-Jahresplan von Mitte 1961-64, mit dessen Hilfe nur wenige ausgewählte Projekte bestimmter Sektoren gefördert werden sollten. Vom gesamten Planvolumen von 18 Mio Pfund mußten allein 11 Mio im Ausland als teure Kredite aufgenommen werden. Die alte Kolonialmacht Großbritannien war 'hilfreich' zur Stelle und blieb alleiniger wenngleich nicht ausreichender Geldgeber.

"Der Dreijahresplan war einzig in seiner fast vollständigen Nichtberücksichtigung von Industrie und Handel; ganze 4,6% der Mittel des Gesamtbudgets entfielen auf diese zentralen Sektoren."²³ Neben der Infrastruktur mit 28,8% bekam die Landwirtschaft den zweithöchsten Anteil mit 24%,

weitere 13,7% teilte man dem Erziehungswesen und 9,1% der Polizei und den Sicherheitskräften zu.

Genau wie für die anderen Teilbereiche waren auch für die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes keine Wachstumsraten vorgegeben worden, von denen Schätzungen über das Volumen von Konsum-, Import-, Export- und Kapitalaufkommen hätten abgeleitet werden können. Ebenso blieb das Kapitalaufkommen des privaten Sektors völlig unerwähnt.²⁴

Als sich dann im 3. Planjahr herausstellte, daß 42% der Gelder des Gesamtbudgets nicht zur Verfügung standen, weil die Kredite der Engländer nicht ausreichten und die Binnengelder nicht in der erwarteten Höhe aufgebracht werden konnten, war der Plan gescheitert. Darüberhinaus erkannte die Regierung, daß die Empfehlungen der Weltbank nicht auf die nationalen Bedürfnisse des Landes abgestimmt waren, und sie begann nun mit der Erarbeitung eines neuen, den nationalen ökonomischen Erfordernissen eher angepaßten 5-Jahresplanes.

Die Gründung des Ministeriums für Entwicklungsplanung, das in seiner ersten Phase eine strukturelle Veränderung der Ökonomie und eine Langzeitplanung für Tanganyika bis 1980 erarbeitete, war eine direkte Reaktion auf das Scheitern des ersten 3-Jahresplanes. Tanzanias erster "Fünfjahresplan" (FLP) betonte vor allem drei Ziele:²⁵

1. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) soll von 194 Mio Pfund (1960/62) auf 636,1 Mio Pfund 1980 ansteigen, was eine jährliche Wachstumsrate von 6,7% bedeutet. Mit einer jährlichen Bevölkerungszuwachsrate von 2,2% soll das Pro-Kopf Einkommen von 20 auf 45,1 Pfund 1980 anwachsen, d.h. sich mittelfristig bis 1970 um 50% erhöhen. (nominell erreicht 1972: 33 Pfund)
2. Durch hohe Investitionen im Ausbildungssektor sollen qualifizierte Arbeitskräfte bis 1980 alle ausländischen Fachkräfte ersetzen, die noch zur Zeit der Unabhängigkeit 85% aller qualifizierten Posten innehatten.
3. Die Lebenserwartung der Bürger soll sich bis 1980 um 50% erhöht haben.

Die angestrebte Veränderung in der Wirtschaftsstruktur beinhaltete im wesentlichen eine relative Verringerung des Anteils von Landwirtschaft und Bergbau von 60% auf 50% des BIP bis 1970, einen Anstieg der industriellen Produktion von 13% auf 19,4% des BIP und das Anwachsen der Bereiche Handel

und Dienstleistung von 27% auf 30,6%. Bezogen auf die Geldwirtschaft sollen Landwirtschaft und Bergbau um 6%, die Industrie um 14,8% und der Handel um 8% zunehmen.²⁶

Vergleichende Struktur des Bruttoinlandsprodukts in Tanzania ²⁷

	% Durchschnitt 1960-62	Ziel 1970	Ziel 1980
Primär-Produktion (Landwirtschaft, Bergbau)	60,0	50,0	39,0
Industrie	13,0	19,4	26,7
Tertiärer Sektor (Dienstleistungen, Verwaltung etc.)	27,0	30,6	34,3
	100,0	100,0	100,0
im Vergleich dazu der Selbstversorgungssektor	32,5	21,7	13,7

Die strukturelle Veränderung der Ökonomie bedeutete hauptsächlich den Aufbau von verarbeitender Industrie, um allmählich ein Gleichgewicht zwischen der Produktions- und der Konsum- und Bedürfnisstruktur des Landes zu erreichen. 1964 war Tanzania gezwungen 80% seiner Gebrauchsgüter zu importieren, einschließlich Nahrungsmittel und verarbeitender Produkte aus den Rohstoffen, die Tanzania selbst zuvor exportiert hatte. Für den Planungszeitraum 1964-69 wurde eine doppelt so hohe Wachstumsrate der industriellen Produktion gemessen an der Landwirtschaft veranschlagt.

Jedoch wurden für den Bereich der Organisation der Landwirtschaft die Empfehlungen der World Bank Mission²⁹ in den ersten FJP übernommen.

Objektive Schwierigkeiten, mit denen der junge Staat zu kämpfen hatte - wie z.B. fehlende statistische Unterlagen und Mangel an qualifizierten Arbeitskräften - waren der gebotene Ansatz für Entwicklungshelfer und israelische Landwirtschaftsexperten, um sich Einfluß auf die Planung der ländlichen Entwicklung zu verschaffen.

Nach Einführung des 'Verbesserungskonzepts' (noch während des Dreijahresplans), das den Versuch darstellte, durch rationellere Organisation und Methoden Ackerbau und Viehzucht zu intensivieren, Kredite zu erleichtern, lokale Absatzmärkte zu erschließen und damit den Geldumlauf anzukurbeln, wurde das 1963 begonnene 'Veränderungskonzept' mit hohem Kapitalaufwand zur Gründung

neuer dörflicher Siedlungen an Flußufern oder in durch Bewässerung fruchtbar zu machenden Tälern in den FJP aufgenommen. Das Projekt dieser dörflichen Neusiedlungen wurde ohne jegliche systematische Voruntersuchungen gestartet. Sie konzentrierten 10% der gesamten öffentlichen Ausgaben auf sich; 69 solcher Siedlungen waren geplant, wobei die insgesamt dafür zur Verfügung stehenden 2500 bis 3700 Morgen in individuelle Farmen für 250 Siedlerfamilien aufgeteilt werden sollten. Jedes Dorf kostete etwa 150 000 Pfund, d.h. die Investition pro Familie betrug 600 Pfund.

Nachdem elf dieser Siedlungen aufgebaut waren, kam das Projekt im folgenden Finanzjahr wegen Kapitalknappheit zum Stillstand.

In diesem ersten FJP stellte nach wie vor ausländisches Kapital die Hauptquelle zur Finanzierung der erweiterten Investitionstätigkeit im öffentlichen und im privaten Sektor dar. So sollten 78% des öffentlichen Entwicklungsbudgets mit Mitteln des kapitalistischen Auslandes bestritten werden. Das bedeutet, daß die wirtschaftliche Entwicklung Tanzanias von fremdem Kapitalzustrom abhing.

Während der ersten Jahre des FJP setzte ein politischer Bewußtwerdungsprozeß ein: Die Regierung erkannte die Gefahren totaler Abhängigkeit vom westlichen Lager und versuchte außenpolitisch durch eine Politik der Blockfreiheit von den kapitalistischen Ländern abzurücken. Wirtschaftlich noch voll mit dem kapitalistischen System verflochten, begann Tanzania durch seine außenpolitischen Entscheidungen mit dem Versuch einer wirklich unabhängigen Politik, was sich jedoch zunächst katastrophal auf die Wirtschaftsentwicklung des Landes auswirkte.

"Eine Auseinandersetzung mit der BRD über die Errichtung eines Generalkonsulats der DDR in Dar-es-Salaam nach der Vereinigung mit Sanzibar führte zur Einstellung weiterer Entwicklungshilfe aus der Bundesrepublik. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Großbritannien im Gefolge der Rhodesienkrise führte mehrere Monate später zur Sperrung eines großen britische Entwicklungshilfekredites."³⁰

Aber die Kredite und Hilfezusagen aus dem Ausland wurden nicht nur teilweise eingestellt, sie waren (soweit noch zugänglich) oft an Importbedingungen und an die Durchführung bestimmter Projekte gebunden, die der Entwicklungsplanung zuwiderliefen

und von daher nicht akzeptiert werden konnten.

Im privaten Bereich ergab sich nur ein sehr geringer Nettokapitalzufluß, da die Kapitalausfuhr die neu zuströmenden Mittel fast ausglich. Die im ausländischen Besitz befindlichen Unternehmen erreichten trotz der tanzanischen Steuer- und Restriktionspolitik³¹ die Rückführung eines großen Teils ihrer Gewinne.

Die handgreifliche Erkenntnis, daß die kapitalistischen Länder unabhängige politische Entscheidungen nicht respektierten, sondern sofort mit Repressionsmaßnahmen reagierten, setzte einen neuen "politischen und wirtschaftlichen Realismus"³² in Gang. Durch die Mobilisierung aller verfügbaren inneren Kräfte und Ressourcen und eine strikte Sparsamkeitspolitik, welche eine über 60-prozentige Eigenfinanzierung³³ ermöglichte, erreichte Tanzania trotz des eklatanten Mißerfolgs der ersten zwei Jahre doch noch die Planziele der beiden letzten Jahre (1967/69).

Aufgrund dieser historischen Erfahrungen konzentrierten sich alle progressiven Kräfte des Landes auf die Erarbeitung einer Entwicklungsstrategie für einen nationaldemokratischen Staat auf dem Weg zum Sozialismus. (Vgl. dazu das abgedruckte Papier von Baghavan). Ergebnis und Markstein dieser Periode war die "Arusha Deklaration".

VI. DIE PERIODE NACH ARUSHA

Die Arusha-Deklaration war die Plattform zum Aufbau sozialistischer Dorfkollektive und zur Enteignung ausländischer Kapitalisten, die bis dahin die Produktionsmittel in Tanzania beherrscht hatten. Die Regierung sollte als legitimer Vertreter der Arbeiter und Bauern in Zukunft die Produktionsmittel in Volksbesitz überführen und kontrollieren.

Teilverstaatlichungen und Nationalisierungen von Banken, Versicherungen und mehreren großen Gesellschaften waren ebenso Reaktion auf vergangene Erfahrungen wie die Feststellung, daß der Sozialismus mit dem weiteren Bestehen kapitalistischer Elemente unvereinbar sei. Der afrikanische Sozialismus dagegen proklamiert die "Möglichkeit der Koexistenz von privatem und öffentlichem Besitz".) Soweit die gegenwärtige Praxis des "Ujamaa" in Tanzania noch beschränkt Privatunternehmen erlaubt, wird dies bewußt als eine Übergangsphase in Kauf genommen.

Erstmals 1967 ringt sich die Partei zu der Feststellung durch, daß die traditionelle afrikanische Gesellschaft unter dem Druck des aufgezwungenen Kapitalismus ent wurzelt und häufig sogar vollständig verschwunden sei. Eine große Zahl verarmter und landloser Bauern mußte sich als Landarbeiter verdingen und vergrößerte so ständig das wachsende ländliche Proletariat. Ujamaakollektive (Anfang 1972 waren es 2660 mit einer Gesamtbevölkerung von 830 000, d.h. 6% der Bevölkerung) werden als ein Schritt gegen den Kapitalismus und Neokolonialismus auf dem Weg zur sozialistischen Gesellschaft gesehen,³⁴ als ein großes wirtschaftliches, politisches und ideologisches Experiment.

Die Diskussion in Partei und Öffentlichkeit einerseits und zwischen Politikern und Wissenschaftlern andererseits hat sich in den letzten Jahren verschärft. Die anfängliche Euphorie, die die ersten Nationalisierungen ausländischer Gesellschaften sowie der Mietshäuser der einheimischen Bourgeoisie als "Einnehmen der Kommandohöhe der eigenen Wirtschaft" pries, ist einer kritischen Einschätzung der weiter auftauchenden Schwierigkeiten gewichen. Als Reaktion auf den rechten Coup in Uganda legte die Partei 1971 mit "Mwongozo", den TANU Guidelines, ein Dokument vor, das die Richtlinien zur konsequenten Stärkung der sozialistischen Entwicklung Tanzanias darstellt. Die wichtigsten "Essentials" der Guidelines lassen sich in folgenden Punkten zusammenfassen:

Die bereits bestehende Volksmiliz wird vor allem auch zur Wahrnehmung politischer Erziehungsaufgaben verstärkt ausgebaut; die Partei betont wiederholt ihre Führungsrolle; Forderung nach direkter Kontrolle³⁵ über die Wirtschaft; stärkere Einbeziehung der Bevölkerung in den Entscheidungsprozeß; Aufbau von Arbeiterräten nicht nur in den nationalisierten, sondern auch teilstaatlichen und den verbleibenden Privatbetrieben. (vgl. Abdruck der TANU-Richtlinien in diesem Heft.)

VII. KONKLUSION

Die Parteirichtlinien 1971, die eindeutig ein Erfolg des linken Parteiflügels der TANU sind, legen wirtschaftspolitische Maßnahmen fest, die ohne Ausnahme im Interesse der Masse der Bevölkerung liegen. "... der Aufbau des Sozialismus ist ohne die Unterstützung der Massen unmöglich; die Bevölkerung kann ohne die richtige Führung,

ohne engagierte sozialistische Kader jedoch leicht entmutigt und in die Irre geleitet werden."³⁶

Ob sich diese Positionen festigen und sich auf allen Ebenen allgemein durchsetzen werden, ist noch nicht endgültig abzusehen. Trotz der ermutigenden Entwicklung der letzten fünf Jahre gibt es noch eine Reihe ungelöster wichtiger Probleme, deren Bewältigung für den eingeschlagenen Weg Tanzanias von großer Bedeutung sein wird.

1. Daß die Guidelines eine breite Aufnahme in der Bevölkerung gefunden haben, bewiesen die letzten Arbeiterdemonstrationen und spontanen Streiks: Bei den mit Machtmißbrauch des Managements und nicht mit Forderungen nach höheren Löhnen begründeten Demonstrationen sangen Arbeiter Klauseln der Guidelines. (vgl. Klausel 15)³⁷

Die Beziehung der Arbeiterräte zur TANU und zur NUTA (Gewerkschaft) ist jedoch noch ebenso ungenau definiert wie ihr Recht Planungsprozesse mitzuentcheiden.

2. Die Nationalisierungen nach Arusha hatten den Weg freigemacht für eine Wirtschaftsbürokratie, die zum großen Teil in Händen nach westlichem Muster ausgebildeter Manager und nicht in der Verantwortung sozialistischer Kader liegt.

Diese Verwaltungsfunktionäre können Entscheidungen bewirken, die einer sozialistischen Wirtschaftsentwicklung keineswegs zuträglich sind.³⁸

3. Die Arbeiter und Bauern sind ein revolutionäres Potential, jedoch noch keine bewußte revolutionäre Kraft. Mit dem Aufbau einer breiten Volksmiliz und dem Netz der jeweils 10 Häuser umfassenden Parteizellen, die einen Politisierungsprozess an der Basis bewirken sollen, sind neben den Ujamaa-Dörfern weitere Schritte zur Mobilisierung der Bevölkerung getan worden.

4. In einem solchen national-demokratischen Staat, der von der Phase der verbalsozialistischen Phraseologie in die einer zunehmend bewußten fortschrittlichen Politik und der Diskussion um die Notwendigkeiten eines sozialistischen Weges eingetreten ist, kann es nicht ausbleiben, daß sich die Klassenauseinandersetzungen zwischen progressiven und reaktionären, retardierenden Kräften verschärfen.

"Würde man die 'guidelines' in allen ihren Punkten unmittelbar verwirklichen, wäre die Revolution in absehbarer Zeit in Tanzania unvermeidlich."³⁹

Mit den Parteirichtlinien "Mwongozo" tritt Tanzania nun in die kritischste, schwierigste und entscheidendste Phase seiner politischen Entwicklung ein.

Anmerkungen

- 1 1886-1916 war Tanganyika Teil der Kolonie Deutsch-Ostafrika. Ab 1917 bis zur Unabhängigkeit 1971 wurde das Land von den Engländern beherrscht.
- 2 Statistisches Bundesamt Wiesbaden: Allgemeine Statistik des Auslandes, Länderberichte Tanzania 1965, S. 68
- 3 Vgl. John S. Saul: Planning for Socialism in Tanzania: The Socio-political context, in: Towards Socialist Planning, Dar-es-Salaam 1972, S.3
- 4 Hadley E. Smith (Hrsg.): Readings on Economic Development in Tanzania, Dar-es-Salaam 1966, S.384
- 5 Statistisches Bundesamt Wiesbaden, a.a.O., S.59
- 6 Nach 1965 waren von neun ausländischen Geschäftsbanken acht in ausländischem Besitz:
britisch : Barclays Bank, Standard Bank, National and Grindlays Bank
indisch: Bank of India, Bank of Baroda
pakistanisch: Habib Bank
türkisch: Ottoman Bank
holländisch: Nederlandse Handels-Maatschappij",
nach: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, a.a.O., S.44
- 7 Vgl. John S. Saul, a.a.O., S.3
- 8 Die "Afrikanische Vereinigung von Arusha" benannte sich nach der größten Stadt der Nordregion (32 000 Einw.).
- 9 Das Volk der Meru wurde in einem zum Teil von der Tse-Tse Fliege verseuchten Gebiet angesiedelt, ihr angestammtes Territorium ging an die englischen Siedler; nach: I.I.Potechin und Olderogge: Die Völker Afrikas, Berlin 1961, S.545
- 10 I.I.Potechin, a.a.O., S.545
- 11 Neben dem Generalstreik 1956, der die Einführung von Mindestlöhnen für Dar-es-Salaam brachte, verstärkte vor allem der Brauereistreik von 1958 die Kampfeinheit von Partei und Gewerkschaft. Aus Solidarität mit den streikenden Arbeitern rief die TANU zum Boykott aller europäischer Getränke auf. "Die Agenten des Imperialismus haben etwas gegen diesen Boykott und klagen die TANU an, sich in die Angelegenheiten der Gewerkschaften zu mischen. Darum geht es ihnen aber nicht, sondern sie wollen die Demonstration der Solidarität der Massen dieses Landes bekämpfen. Aber diese Solidarität der Massen wird es dem Imperialismus in Zukunft immer schwerer machen, nach der simplen Methode des 'Teile und Herrsche' zu herrschen und auszubeuten."
Julius Nyerere: Freedom and Unity, Dar-es-Salaam 1967, S.62
- 12 Vgl. Markov, Anderle, Werner und Wurche (Hrsg.), Weltgeschichte, Leipzig 1971, S.535: "Bis 1957 bestand der gesetzgebende Rat Tanganyikas nur aus vom britischen Gouverneur ernannten Personen. Auf Verlangen der Nationalen Organisationen wurde die Verfassung geändert und zugestanden, daß wenigstens 30 der insgesamt 67 Mitglieder des Rates gewählt werden. Die Wahl endete 1958 mit einem Sieg der TANU."

- 13 Vgl. Julius Nyerere: Freedom and Socialism, Nairobi 1968
- 14 Leopold Senghor: Nationhood and the African Road to Socialism, engl. Übersetzung 1962, S.78
- 15 Interview mit Nyerere in: AFRICA Nr. 16 1972, S.35
- 16 Vgl. Nyerere: Freedom and Unity, a.a.O., S.8
- 17 Vgl. Arusha-Deklaration, Dar-es-Salaam 1967
- 18 John S. Saul, a.a.O., S.8
- 19 Hadley E. Smith, a.a.O., S.285
- 20 William Tordoff: Government and Politics in Tanzania, Nairobi 1967, S.148
- 21 Als "Asiaten" werden die seit Ende des 19. Jahrhunderts eingewanderten Inder und Pakistani bezeichnet; sie erhielten - im Gegensatz zu den Afrikanern - Bankkredite und damit Geschäftsfähigkeit. Die 90 000 Asiaten machten rund 0,7% der Gesamtbevölkerung aus (1963); sie leben zu fast 75% in den Städten des Landes (39% allein in Dar-es-Salaam, der Hauptstadt).
- 22 John S. Saul: a.a.O., S.3ff
- 23 Hadley E. Smith: a.a.O., S.387
- 24 Hadley E. Smith: a.a.O., S.386
- 25 Vgl.: "Tanzania Today", Nairobi 1968, S.59ff
- 26 Vgl. Hadley E. Smith: a.a.O., S.395
- 27 Henry Bienen: "Tanzania", Princetown University 1970, S.472f
- 28 Vgl. Henry Bienen, a.a.O. und Hadley E. Smith, a.a.O., S.335
- 29 Hadley E. Smith, a.a.O., S.335ff
- 30 Vgl. Wolfgang Küper: "Afrikanischer Sozialismus - Theorie und Praxis in Tanzania", in: Vierteljahresberichte (VJB) der Friedrich Ebert-Stiftung (FES) 1969, Nr. 35
- 31 Im ersten FJP war vorgesehen, daß ausländische Investoren den größten Teil ihrer Gewinne im Land neu investieren sollten. Vgl. B.van Arkadie: "Private Foreign Investment; Some Limitations", in: P.A.Thomas (Hrsg.): "Private Enterprise and the East African Company", Dar-es-Salaam 1969, S. 156ff
- 32 Vgl. Paul Bomani: "Die Entwicklungsstrategie Tanzanias", in: VJB der FES Nr. 35, 1969
- 33 Die Landbevölkerung erbrachte eine ungewöhnlich hohe Exportproduktion, zum Teil auf Kosten ihrer eigenen Ernährung.
- 34 W. Rodney: "Tanzanian Ujamaa and Scientific Socialism", in: "The African Review" Vol.1, Nr.4, 1972, S. 75
- 35 Vgl. den abgedruckten Artikel von Baghavan in diesem Heft, ebenso die Partei Richtlinien ("Guidelines").
- 36 Christopher Mulei: "The Left in Tanzania", in: "East Africa", Vol.9, Nr.8, 1972, S.31
- 37 Vgl. Mulei, a.a.O., S. 31
- 38 Ebda.
- 39 John S. Saul: "Planning for Socialism in Tanzania: The Socio-Political Context", in: "Towards Socialist Planning", Dar-es-Salaam 1972.

T.A.N.U.- Richtlinien

zur Sicherung, Stärkung und Fortführung der Revolution in Tanzania und Afrika

"Wir sind auf das Äußerste unterdrückt, ausgebeutet und mißachtet worden. Es ist unsere Schwäche, die zu unserer Unterdrückung, Ausbeutung und Mißachtung geführt hat. Jetzt wollen wir eine Revolution..."
(Arusha-Deklaration)

EINLEITUNG

1. Heute ist unser afrikanischer Kontinent ein aktives Zentrum des Befreiungskampfes. Dieser Kampf wird geführt zwischen denen, die jahrhundertlang Afrikas Bodenschätze ausgebeutet und die Menschen dieses Kontinents als ihre Werkzeuge und Sklaven benutzt haben, und denjenigen Afrikanern, die, nachdem sie ihre Schwäche und Ausbeutung erkannt haben, sich entschlossen, den Befreiungskampf aufzunehmen.

Es ist ein harter und andauernder Kampf: Zeitweise schwelt er nur, manchmal nimmt er explosive Formen an, und zu anderen Zeiten gehen vom Volk errungene Erfolge und Gewinne wieder verloren.

So sieht Afrikas Geschichte seit 1960 aus, als viele afrikanische Staaten ihre nominelle Unabhängigkeit erhielten. Seit diesem Jahr sind viele rechtmäßige afrikanische Regierungen gewaltsam gestürzt und neue Regierungen gebildet worden. Vor kurzem ist in Uganda ein plötzlicher Umsturz herbeigeführt worden. Dort rebellierten die Marionette Amin und eine Gruppe mit ihm verbündeter Militärs gegen die von Präsident Obote geführte Regierung der revolutionären U.P.C. (Volksfront von Uganda).

Die Mehrheit der Streitkräfte akzeptiert die Rebellion nicht; viele von ihnen, besonders höhere Offiziere, sind von den Marionetten getötet worden. Es ist offensichtlich, daß diejenigen, die die Rebellion begrüßen, die Gegner der auf Einheit und Sozialismus sowie auf die Beseitigung des Stammessystems und der Ausbeutung gerichteten Politik der U.P.C. waren.

Darum hat unsere Partei die Pflicht, die Ziele der tansanischen und afrikanischen Revolution zu verdeutlichen und die Feinde

dieser Revolution auszumachen, um eine Politik und Strategie aufzuzeigen, die uns befähigen wird, unsere Revolution zu sichern, zu festigen und weiterzuführen.

2. Revolutionen sind kurzfristig sich vollziehende soziale Veränderungen, in deren Verlauf der Minderheit die Macht abgerungen wird, die diese zu ihrem eigenen Vorteil (und dem ausländischer Ausbeuter) ausgenutzt hat. So gelangt die Macht in die Hände der Mehrheit, wodurch diese ihr Wohlergehen steigern kann. Das Gegenteil einer Revolution ist eine Konterrevolution: Damit sind schnelle und plötzliche Veränderungen gemeint, durch die der Mehrheit die Macht entrissen und der Minderheit in die Hand gegeben wird mit dem Ziel, den Fortschritt der Massen aufzuhalten.

3. Das höchste Ziel der afrikanischen Revolution ist die Befreiung des Afrikaners. Diese Befreiung kommt nicht von selbst; vielmehr wird sie erreicht durch den Kampf gegen Ausbeutung, Kolonialismus und Imperialismus. Die Befreiung wird auch nicht von Spezialisten und Experten herbeigeführt. Wir, die wir erniedrigt, ausgebeutet und unterdrückt wurden, sind die Experten dieser Befreiung. Es gibt keine Nation auf der Welt, die die Afrikaner lehren könnte, wie sie sich selbst befreien können. Die Pflicht uns zu befreien, liegt bei uns selbst, und die nötige Erfahrung wird während des Kampfes selbst erworben.

4. Darüberhinaus zeigt die augenblickliche Lage in Afrika, daß es kein Volk in irgendeinem afrikanischen Staat gibt, das das Stadium völliger Befreiung erreicht hat. Afrika ist immer noch ein Kontinent der Völker, die durch Ausbeutung und Erniedrigung geschwächt sind. Das ist der Grund, warum revolutionäre politische Parteien in unabhängigen afrikanischen Staaten, wie z. B. die TANU, immer noch tatsächliche Befreiungsbewegungen sind.

5. Die afrikanische Revolution, deren Ziel die wahre Befreiung des Afrikaners ist, ist der Politik der Ausbeutung, des Kolonialismus, Neokolonialismus und Imperialismus entgegengesetzt. Kolonialismus, Neokolonialismus und Imperialismus zielen darauf ab, sicherzustellen, daß Afrikas Reichtum den europäischen und amerikanischen Kapitalisten zugute kommt, anstatt den afrikanischen Ländern selbst zu nutzen. Deshalb bedeutet die Teilnahme an der afrikanischen

Revolution gleichzeitig, sich am Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus zu beteiligen.

6. Die imperialistischen Länder, die Afrika jahrhundertlang ausgebeutet und unterdrückt haben, sind die westeuropäischen, insbesondere Großbritannien, Frankreich, Portugal, Belgien und Spanien. Diese Länder sind es, die dem afrikanischen Volk hinsichtlich der Befreiung Afrikas feindlich gegenüberstehen. Verschiedene Versuche, das Fortschreiten der afrikanischen Revolution zu hintertreiben, sind das Ergebnis von Machenschaften europäischer Imperialisten, die darauf aus sind, ihre alte Ausbeutung aufrechtzuerhalten und weiterzuführen.

7. Was Tansania anbetrifft, so sind die imperialistischen Feinde, denen wir gegenüberstehen, der britische Imperialismus, der portugiesische Kolonialismus, der Rassismus und die Apartheidpolitik Südafrikas und Rhodesiens. Aus historischen, geographischen und politischen Gründen werden diese Imperialisten stets bereit sein, uns anzugreifen, wann immer sie eine Gelegenheit finden.

8. Die portugiesische Invasion in die Republik Guinea ist uns eine wichtige Lehre. Die portugiesischen Imperialisten fielen zum einen wegen seiner Politik der Gleichheit und seines Widerstandes gegen die Ausbeutung in Guinea ein, zum anderen wegen seines wirklichen Einsatzes bei der Unterstützung der Freiheitskämpfer Guinea-Bissaus und Afrikas. Aus ähnlichen Gründen könnten die Imperialisten eines Tages versuchen, Tansania anzugreifen. Aber Guinea hat uns auch gelehrt, daß, wenn das Volk und die Armee fest zusammenstehen, kein Imperialist in der Lage sein wird, ihre Unabhängigkeit ernsthaft zu gefährden.

9. Die Lehre, die wir aus den Ereignissen in Uganda ziehen, bezieht sich auf Verrat und Konterrevolution. Sie zeigt, daß der Imperialismus, anstatt in ein Land einzufallen, um die revolutionäre Regierung zu stürzen, es vorzieht, sich einheimischer Marionetten zu bedienen, um die rechtmäßige Regierung zu stürzen und durch ein von ihnen kontrolliertes Regime oder eine Marionettenregierung zu ersetzen. Solch eine Regierung wird es den Imperialisten erlauben, den nationalen Reichtum in Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie des jeweiligen Landes auszubeuten.

Das Volk muß aus den Vorgängen in Uganda und Guinea lernen, daß, obwohl der Imperialismus noch stark ist, seine Fähigkeit, eine Revolutionsregierung zu stürzen, zum großen Teil von der Möglichkeit abhängt, einheimische konterrevolutionäre Marionetten zu finden, die mithelfen, gegen die Revolution zu arbeiten.

10. Wir Tansanier messen unserer nationalen Unabhängigkeit deshalb eine so große Bedeutung bei, weil mit ihr unsere Befreiung und unsere Anstrengungen um einen Freiheitskampf zusammen mit anderen afrikanischen Menschen ihren Anfang nehmen. Aus diesem Grund haben wir die Pflicht, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, die es uns ermöglichen, unsere Unabhängigkeit zu wahren, um unsere Revolution weiterzuführen und so Tansania zu einem echten Beispiel der afrikanischen Revolution zu machen.

POLITIK

DIE PARTEI

11. Es liegt in der Verantwortung der Partei, die Massen und ihre verschiedenen Institutionen in dem Bemühen zu führen, die nationale Unabhängigkeit zu sichern und die Befreiung der Afrikaner zu fördern. Die Pflicht einer sozialistischen Partei ist es, die Leitung aller Aktivitäten der Massen zu übernehmen. Die Regierung, die halbstaatlichen und die nationalen Organisationen usw. sind Instrumente, mit denen die Politik der Partei umgesetzt wird. Unsere kurze Geschichte der Unabhängigkeit enthüllt Probleme, die entstehen können, wenn eine Partei nicht überall ihre Führungsrolle wahrnimmt. Für die Partei ist jetzt die Zeit gekommen, die Zügel in die Hand zu nehmen und die Aktivitäten des ganzen Volkes zu führen.

12. Die erste Aufgabe der Führung ist es, die nationalen Ziele zu bestimmen. Das ist selbstverständlich und die Partei hat diese Pflicht bereits erfüllt. Unser Ziel ist es, den Sozialismus in Tansania aufzubauen. Aber um dieses Ziel zu erreichen, muß die Partei politische Richtlinien vorgeben, die die verschiedenen Aspekte der Aktivitäten des Volkes betreffen. Die Partei hat bereits Richtlinien gesetzt für die Etablierung des Sozialismus auf dem Lande, für die Erziehung zum Selbstvertrauen usw. Es besteht noch die Notwendigkeit, die Parteipolitik auf anderen Gebieten zu klären, so die Probleme, die Wohnungen, Arbeiterschaft, Geld- und Kreditpolitik usw. betreffen.

13. Aber das Erarbeiten von Zielsetzungen und politischen Strategien macht selbst noch keine gute Führung aus. Führung bedeutet auch, das Volk zu organisieren. Es ist die Partei, die über den Aufbau der Regierung, der verschiedenen Institutionen, der Armee usw. entscheidet. Zusätzlich sollte die Partei noch Richtlinien über Arbeitsmethoden und die Einstellung zur Arbeit sowie über den Prozeß der Willensbildung entwickeln.

Die Wahrheit ist, daß wir nicht nur eine koloniale Regierungsstruktur ererbt, sondern auch koloniale Arbeitsgewohnheiten und Führungsmethoden übernommen haben. In der Regierung, der Industrie und anderen Institutionen beispielsweise haben wir die Gewohnheit übernommen, daß ein Mann die Befehle gibt und der Rest einfach gehorcht. Wenn man die Menschen nicht in die Arbeitsplanung einbezieht, entsteht bei ihnen das Gefühl, eine nationale Institution sei nicht ihre eigene, und folglich nehmen die Arbeiter dann die Haltung gedungener Arbeitskräfte an. Die Partei hat die Pflicht, ihre Führungsrolle in dieser Frage deutlich werden zu lassen.

14. Die Aufgabe der Führung beinhaltet neben der Organisation des Volkes auch die Kontrolle über die tatsächliche Ausführung der Parteipolitik. Wege müssen gefunden werden, um sicherzustellen, daß die Partei aktiv die Tätigkeit und Leitung der Vollzugsorgane überwacht. Zu den Aufgaben der Führung gehört darüberhinaus auch die Überprüfung der Ergebnisse der politischen Aktivitäten. Es ist die Pflicht der Partei, sicherzustellen, daß die Politik, die von den ausführenden Organen praktiziert wird, auf ihre Wirksamkeit hin untersucht wird. Dies ist der einzige Weg, um zu erreichen, daß die Menschen sich an der Erarbeitung von Lösungen für ihre Probleme in Ämtern, Institutionen, der Armee, in den Dörfern, in den Betrieben beteiligen usw.

15. Gleichzeitig mit dem Problem, wie man die Menschen an der Lösung ihrer Schwierigkeiten beteiligt, stellt sich auch die Frage nach dem Verhalten der Führer bei ihrer Arbeit und im täglichen Leben.

Es erfordert bewußte Anstrengungen, Gleichheit zwischen Führern und Geführten herzustellen. Für einen tansanischen Führer muß es verboten sein, sich arrogant, extravagant, geringschätzig oder repressiv zu verhalten. Der tansanische Führer muß eine Person sein, die die Menschen achtet,

Prahlerei verabscheut und kein Tyrann ist. Er sollte Heldentum und Tapferkeit verkörpern und ein Verfechter von Gerechtigkeit und Gleichheit sein.

Gleichermaßen ist die Partei verantwortlich dafür, daß die Rachsucht einiger ihrer Vertreter bekämpft wird. Solche Handlungsweisen fördern den Sozialismus nicht, sondern treiben einen Keil zwischen Partei und Regierung auf der einen und dem Volk auf der anderen Seite.

16. Es gibt zur Zeit einige Führer, die diese Bedingungen nicht erfüllen. Sie mißachten und umgehen auf geschickte Weise die Führungsgrundsätze. Die Zeit ist für die Partei gekommen, die Haltung und das Betragen ihrer Führer zu kontrollieren.

AUSSENPOLITIK

17. Unsere Außenpolitik beruht auf dem Grundsatz der Blockfreiheit. Wir sind bereit, mit jedem Land auf freundschaftlicher Basis zusammenzuarbeiten, das uns wohlmeinend gegenübersteht, sei es im Osten oder im Westen. Der zweite wichtige Aspekt unserer Außenpolitik ist die Stärkung unserer Beziehungen zu den wirklichen Befreiungsbewegungen in Afrika und die Zusammenarbeit zu deren Unterstützung. Wir haben bereits gesagt, daß unsere eigene Partei noch eine Befreiungsbewegung ist.

Im Augenblick stehen die Befreiungsbewegungen an vorderster Front im Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus. Durch die Verstärkung unserer Zusammenarbeit im Wissen darum, daß ihr Krieg unser Krieg ist, werden wir unsere Kräfte verdoppeln, um die vollkommene Befreiung Afrikas herbeizuführen. Die Partei muß die notwendigen Schritte unternehmen, um solche revolutionären Beziehungen zu den Revolutionsbewegungen in Afrika, Asien und Lateinamerika herzustellen.

In ähnlicher Weise ist es unsere Pflicht, brüderliche und revolutionäre Beziehungen zu jenen Amerikanern zu knüpfen, die für Gerechtigkeit und Gleichheit kämpfen.

18. Darüberhinaus haben wir die Verpflichtung, die Zusammenarbeit und Solidarität mit revolutionären afrikanischen Ländern zu verstärken, denn wir sitzen alle in einem Boot und haben das gleiche Ziel. Wenn wir einig sind und zusammenarbeiten, wird es unseren Feinden nicht gelingen, uns einen nach dem andern zu vernichten, wie sie es zu tun gewohnt sind.

19. Es besteht die Notwendigkeit, in den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen die Zusammenarbeit mit allen friedliebenden, sozialistischen und revolutionären Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas nachdrücklich zu unterstützen.

UGANDA UND DIE E.A.C.

(E.A.C. = Ostafrikanische Gemeinschaft)

20. Wir schätzen den politischen und wirtschaftlichen Nutzen, der aus der bestehenden Zusammenarbeit zwischen den Partnerstaaten der Ostafrikanischen Gemeinschaft erwächst. Deshalb beeinträchtigt uns die gegenwärtige Lage sehr, die von der Marionette Amin durch den Sturz der rechtmäßigen Regierung des U.P.C. herbeigeführt wurde; denn sie ließ Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit und Leitung der Aktivitäten der E.A.C. aufkommen.

Wenn die Situation so bleibt, wie sie ist, könnte sie den Fortschritt und die Aktivitäten der E.A.C. äußerst behindern und die ostafrikanische Zusammenarbeit schwächen. Die Partei unterstützt die Haltung der Regierung zur Frage Ugandas und der Ostafrikanischen Gemeinschaft. Obwohl es Sache des ugandischen Volkes ist, in Fragen zu entscheiden, die die Befreiung Ugandas betreffen, so ist es doch Aufgabe des tansanischen Volkes, die Bemühungen ihrer ugandischen Brüder um ihre Befreiung zu unterstützen.

VERTEIDIGUNG UND SICHERHEIT

"Und zur Verteidigung unserer Nation ist es für uns notwendig, auf der Hut zu sein vor einheimischen Handlangern, derer sich äußere Feinde bedienen könnten, die darauf aus sind, uns zu vernichten."
(Arusha-Deklaration)

21. Die Grundlage für Tansanias Entwicklung ist das Volk selbst, jeder Tansanier, insbesondere jeder Patriot und jeder Sozialist. Tansanias Verteidigung und Sicherheit hängen von den Tansaniern selbst ab - von jedem Tansanier, insbesondere jedem Patrioten, jedem Sozialisten.

22. Wäre unsere Partei gezwungen gewesen, einen Befreiungskrieg zu führen - jedes TANU-Mitglied wäre ein Soldat gewesen, entweder in der Armee oder wo auch immer er sich befand. Ein TANU-Mitglied wäre Soldat gewesen und ein Soldat TANU-Mitglied. Nicht nur die Partei wäre eine Befreiungsbewegung gewesen, sondern auch die Armee wäre eine Befreiungsarmee gewesen - Faust und Schild der Befreiungsbewegung.

23. Unsere Partei war nicht gezwungen, einen Befreiungskrieg zu führen. Sie war eine Befreiungsbewegung ohne Befreiungsarmee. Aber seit 1964 bauen wir die Tansanischen Volksverteidigungsstreitkräfte auf. Und genauso, wie TANU immer noch eine Befreiungsbewegung ist, sind die Tansania-Volksverteidigungsstreitkräfte (TVVS) die Befreiungsarmee des tansanischen Volkes.

TANU's Beziehungen zu den TVVS sollten die einer Volkspartei zur Volksarmee sein. Es liegt an der TANU, sicherzustellen, daß die Volksarmee beides ist, eine Armee zur Befreiung und zur Verteidigung des Volkes. TANU trägt die Verantwortung dafür, zu gewährleisten, daß die Hauptaufgabe der Armee in Friedenszeiten darin besteht, den Menschen die Möglichkeit zu geben, ihre Unabhängigkeit sowie ihre Politik des Sozialismus und des Selbstvertrauens zu schützen.

24. Das Nationale Exekutivkomitee fordert mit Nachdruck die Erfüllung der Arusha-Deklaration und betont besonders die Notwendigkeit, politisches Bewußtsein zu wecken, so daß jeder Tansanier den nationalen Zusammenhang versteht und begreift, wie wichtig es ist, Sicherheit und Leben der Menschen sowie unsere Politik, unsere Unabhängigkeit, unsere Wirtschaft und unsere Kultur zu schützen.

25. Politische Erziehung muß die Menschen aufmerksam machen auf die Feinde im Land und die Strategien, die sie entwickeln, um unsere Kultur zu untergraben. Um die Menschen in die Lage zu versetzen, ihrem Feind entgegenzutreten, ist es nötig, sie in allen Bereichen, in der Armee, den wirtschaftlichen Unternehmungen, dem täglichen Leben und den Gewohnheiten auf die Stärke des Feindes hinzuweisen und ihnen klarzumachen, auf welche Weise dieser Feind zu unseren Überzeugungen und Bestrebungen in Widerspruch steht.

26. Damit sie sich unseren Feinden widersetzen können, müssen die Menschen wissen, daß sie selbst der Schutz der Nation sind. Das bedeutet, daß die Sache der Verteidigung und der Sicherheit in die Hände des Volkes selbst gelegt werden muß. Wir haben nicht die Mittel, um große stehende Heere zum Schutz des ganzen Landes aufzubauen. Unsere Armee muß die Armee des Volkes sein, die gewohnt ist, die Menschen so zu unterweisen, daß diese sich selbst in ihrer Umgebung verteidigen können und in der Lage sind, sich um Fragen der Belange der natio-

nen Sicherheit selbst zu kümmern. Deshalb ist es unumgänglich, mit der Ausbildung einer Miliz für das ganze Land zu beginnen. Da die Miliz sich in Zusammenarbeit mit der regulären Armee über das ganze Land ausbreiten wird, wird es ihre Pflicht sein, gemeinsam mit unserer regulären Armee die Landesgrenzen und den Luftraum zu verteidigen und Verräter und Feinde zu entlarven.

DIE PARTEI FÜHRT DIE ARMEE

27. Die Aufstellung der Miliz und der Armee muß sehr sorgfältig geprüft und von der Partei kontrolliert werden. Es muß eine der wesentlichsten Aufgaben der Partei sein, für die Zusammenarbeit zwischen Armee und Miliz und für die politische Erziehung beider zu sorgen. Die Partei muß einen Unterausschuß des Zentralkomitees bilden, der Verteidigung und Sicherheit überwacht.

WIRTSCHAFT UND FORTSCHRITT

"Die Entwicklung eines Landes wird von den Menschen getragen."
(Arusha-Deklaration)

FORTSCHRITT FÜR DAS VOLK

28. Für ein Volk, das versklavt oder durch Kolonialismus und Kapitalismus unterdrückt, ausgebeutet und erniedrigt worden ist, bedeutet "Entwicklung" "Befreiung". Jede Tat, die ihm mehr Kontrolle über seine eigenen Angelegenheiten verschafft, wird für die Entwicklung wirksam, selbst dann, wenn sie ihm keine bessere Gesundheit und nicht mehr Brot bringt. Jede Aktion, die sein Mitspracherecht bei der Regelung eigener Angelegenheiten oder bei der Bestimmung seiner Lebensweise einschränkt, dient nicht der Entwicklung und wirft es selbst dann zurück, wenn es dadurch ein bißchen mehr Gesundheit und etwas mehr Brot erlangt.

Für uns bedeutet Entwicklung sowohl die Beseitigung von Unterdrückung, Ausbeutung, Knechtschaft und Erniedrigung, als auch Förderung unserer Unabhängigkeit und Menschenwürde. Deshalb sollte, wenn wir die Entwicklung unserer Nation überdenken und wenn wir Entwicklungspläne vorbereiten, unser Hauptakzent zu allen Zeiten auf der Entwicklung von Menschen und nicht von Dingen liegen. Wenn Entwicklung dem Volk nutzen soll, muß es teilnehmen an der Konzipierung, Planung und Durchsetzung seiner Entwicklungspläne.

Die Aufgabe unserer Partei besteht nicht darin, das Volk zur Durchführung von Plä-

nen zu drängen, die von einigen Fachleuten und Führern festgesetzt wurden. Die Pflicht unserer Partei ist es, zu gewährleisten, daß die Führer und Experten die Pläne durchführen, mit denen das Volk selbst sich einverstanden erklärt hat. Falls das Volk, um entscheiden zu können, Informationen benötigt, über die nur die Führer und Experten verfügen, wird es die Pflicht der Führer und Fachleute sein, diese Informationen dem Volk zugänglich zu machen. Aber es ist nicht richtig, wenn Führer und Experten das Recht des Volkes, über eine Sache zu entscheiden, selbst an sich reißen, nur weil sie das Fachwissen besitzen.

29. Damit das Volk begeistert sein Land verteidigt, ist es für die TANU-Regierung besonders wichtig, auf die Verbesserung der Lebensbedingungen großen Wert zu legen.

Die überkommene Wirtschaftsstruktur, die viele Menschen von der Wirtschaftsentwicklung ausgeschlossen hat, muß sofort durch Programme ersetzt werden, die aufgestellt werden, um die Aufwendungen für Entwicklungsvorhaben zu verstärken und Investitionen auf alle Gebiete auszudehnen. Der Regionale Entwicklungsfonds hat geholfen, die wirtschaftliche Aktivität zu steigern, und hat damit dem Volk sichtbaren Nutzen gebracht. Es wird dienlich sein, die Zuteilungen zum Fonds zu vergrößern und diesen Ausgaben besonderen Vorrang bei der Aufstellung des Regierungshaushalts zu geben. Die Partei muß die Beteiligung des Volkes an den verschiedenen Projekten zum Aufbau der Nation nachdrücklich unterstreichen.

SPAREINLAGEN

30. Es ist ebenfalls Aufgabe der Partei, das Volk von der Wichtigkeit des Sparens bei nationalen Institutionen wie der Sparkasse und der Nationalen Handelsbank zu überzeugen, anstatt Geld einfach zu norten.

NATIONALÖKONOMIE

31. Zur Festigung der Entwicklung des Volkes erhebt sich nun die Notwendigkeit, die Binnenwirtschaft auszubauen und zu fördern. Obwohl dies bereits im Zweiten Entwicklungsfünfjahresplan angesprochen wurde, ist seiner Durchführung nicht genügend Gewicht beimessen worden, und deshalb hat er auch keine Ergebnisse gezeitigt. Erzeugnisse dieses Landes müssen außerdem vor unnötiger ausländischer Konkurrenz geschützt werden.

AUSSENHANDEL

32. Bezüglich unseres Außenhandels müssen

wir es vermeiden, mit unseren Devisenreserven Waren zu kaufen, die unserer Wirtschaft nichts nützen. Die Regierung und ihre Körperschaften müssen darin beispielhaft vorgehen - was bis jetzt nicht geschehen ist. Unsere Einfuhrstellen müssen Richtlinien erhalten, die unserer Politik des Sozialismus und des Selbstvertrauens entsprechen, und die befolgt werden müssen. Es ist die Pflicht eines jeden Tansaniers, und besonders jedes Führers, daran zu denken, daß Knappheit an ausländischer Währung unsere Wirtschaft schwächt und unsere nationale Unabhängigkeit gefährdet.

TEILSTAATLICHE INSTITUTIONEN

33. Das Verhalten und die Tätigkeit dieser "Institutionen" muß kontrolliert werden, um sicherzugehen, daß sie zur Weiterentwicklung unserer Politik des Sozialismus und des Selbstvertrauens beitragen. Die Aktivitäten der "parastatals" sollten eine Quelle der Zufriedenheit sein und nicht Unzufriedenheit hervorrufen. Die Partei muß gewährleisten, daß die "parastatals" nicht unmäßig viel Geld ausgeben für Dinge, die nicht zur Weiterentwicklung unserer Volkswirtschaft insgesamt beitragen.

MEHRPRODUKT

34. Die Regierung muß den Verbrauch des Mehrprodukts, das aus den wirtschaftlichen Aktivitäten der "parastatals" erwächst, überwachen und leiten.

35. "Wir sind auf das Äußerste unterdrückt, ausgebeutet und mißachtet worden. Es ist unsere Schwäche, die zu unserer Unterdrückung, Ausbeutung und Mißachtung geführt hat. Jetzt wollen wir eine Revolution - eine Revolution, die unserer Schwäche ein Ende setzt, so daß wir niemals wieder ausgebeutet, unterdrückt oder erniedrigt werden."

Adressenänderungen

bitte

r e c h t z e i t i g

bekanntgeben

SÜDAFRIKA

Wir bringen im folgenden den 2. Teil der in AIB 10/1972 begonnenen Untersuchung über Ursachen und Verlauf der studentischen Demonstrationen, die im Sommer dieses Jahres die Universitäten der Republik Südafrika erschütterten.

Armin Hebel:

Erziehungssystem und studentischer Widerstand in der Republik Südafrika (II)

IV. ZIELSETZUNGEN UND VERLAUF STUDENTISCHER AKTIVITÄTEN

Die südafrikanischen Studentendemonstrationen während der Monate Mai und Juni 1972 an den nichtweißen und englischsprachigen Universitäten hatten zum äußeren Anlaß die Verweisung des Studentensprechers Ramothibi Tiro von der University of the North. Auf einer Feier für die Absolventen der Universität hatte Tiro Anfang Mai in einer Rede nicht nur "ein gemeinsames Erziehungssystem für alle Südafrikaner" gefordert¹⁾, sondern darüber hinaus die graduierten Studenten auf die Notwendigkeit hingewiesen, entschieden das System der rassistischen Diskriminierung und Unterdrückung zu bekämpfen. In diesem Zusammenhang problematisierte er die Rolle der nichtweißen Intelligenz, insoweit sie sich unkritisch zur Mitarbeit im System der indirekten Herrschaft herbeiläßt:

"Die Herausforderung für jeden schwarzen Graduierten in diesem Land liegt in der Tatsache, daß die Verantwortung für alle unrechtmäßigen Handlungen - Restriktionen ohne Prozeß, unerträgliche Gesetzgebung, Vertreibung von den Schulen - alle diejenigen tragen, die sich nicht selbst aktiv von diesem System, nämlich dem Apartheidsystem der nationalistischen Regierung, lossagen und nicht an dessen Ausrottung mitwirken."²⁾

Tiro lehnte die Zusammenarbeit der nichtweißen Intelligenz mit der herrschenden Klasse entschieden ab und sah ihre vorrangige Aufgabe darin, aktiv an der Befreiung der Nichtweißen mitzuwirken:

"Wir schwarzen Graduierten sind dazu aufgerufen, größere Verpflichtungen zur Befreiung unseres Volkes zu übernehmen. Was ist unsere Erziehung denn wert, wenn wir unserem Volk in der Stunde seiner Not nicht helfen können. Unsere Erziehung ist ohne Bedeutung, wenn sie nicht mit dem Kampf auf dem gesamten afrikanischen Kontinent verbunden ist." ³⁾

Mit dieser Aufforderung an die Universitätsabsolventen, sich am Befreiungskampf der unterdrückten nichtweißen Massen zu beteiligen, stellte Tiro die gesellschaftliche Funktion der Universitäten für Nichtweiße als bloße Ausbildungsstätten im Dienste des Apartheidregimes in Frage. Die Sanktion des Regimes folgte diesem Eintreten für eine emanzipative Rolle der nichtweißen Intelligenz auf dem Fuße. Unmittelbar nach seiner Rede wurde Tiro von der Universität gewiesen. Als Reaktion auf dieses polizeistaatliche Vorgehen der Universitätsbürokratie erklärte sich die gesamte afrikanische Studentenschaft der University of the North mit ihrem Studentensprecher solidarisch und forderte die Rücknahme der Relegierung. Die universitäre Verwaltung ging auf diese Forderung der Studenten nicht ein, sondern legte ihnen ein Papier vor, auf dem sie sich durch ihre Unterschrift verpflichten sollten, alle Anordnungen der Universitätsbehörden gehorsam zu befolgen. Als die Studentenschaft sich weigerte, dieser Forderung nachzukommen, vertrieb die Verwaltung mit Hilfe der Polizei die insgesamt 1 146 Studenten und unter Einsatz von Polizeihunden von der Universität.⁴⁾

Diese Maßnahme führte zunächst zu einer schnell um sich greifenden Solidarisierung der Studentenschaft der übrigen Universitäten und teilweise der Lehrerseminare und theologischen Seminare für Nichtweiße. Sie gingen größtenteils zu einem Boykott der Vorlesungen über und verliehen in Protestaktionen ihren Forderungen nach Rücknahme aller Disziplinierungsmaßnahmen sowie nach nichtrassistischen Lebensbedingungen in allen gesellschaftlichen Bereichen Nachdruck.⁵⁾

Daß sich während des Monats Mai die nichtweiße Studentenschaft trotz der isolierter Lage der einzelnen universitären Ausbildungsinstitutionen über große Entfernungen hinweg in solidarischen Aktionen zusammenfanden, war nur durch eine organisierte Kraft, konkret durch die South African Students' Organization (SASO) möglich. Dieser 1969 von afrikanischen, indischen und farbigen Studenten gegründeten Organisation gelang es⁶⁾, sich zu einer organisa-

torischen und politischen Plattform der Mehrheit der nichtweißen Studentenschaft zu entwickeln und ein Kampfmittel zur Stärkung der grundsätzlichen Opposition gegen das Apartheidregime im universitären Bereich zu werden⁷⁾. Indem nach der Vertreibung der gesamten afrikanischen Studentenschaft von der University of the North die Mehrheit der nichtweißen Studentenschaft dem Solidaritätsaufruf der SASO von Mitte Mai folgte⁸⁾, geschah das, was die Architekten eines nach ethnischen Gruppen aufgesplitterten Erziehungssystems verhindern wollten: die offene, kollektive Ablehnung des rassistisch strukturierten Erziehungssystems und seiner gesellschaftlichen Grundlagen durch die Betroffenen selbst sowie das gleichzeitige, einheitliche Handeln von verschiedenen ethnischen Gruppen zur Durchsetzung ihrer gemeinsamen Interessen.

Die Protestaktionen gegen die Politik der Apartheid blieben nicht auf die nichtweißen Universitäten beschränkt. Nachdem sichtbar wurde, daß die Universitäts- und Collegeverwaltungen gegen das Ende Mai sich verstärkende solidarische Handeln der nichtweißen Studenten mit befristeten Massenverweisungen vorgingen, die Wiederzulassung der Studenten von der schriftlichen Erklärung abhängig machten, daß diese sich zukünftig an Demonstrationen und Streiks nicht beteiligen würden, politisch besonders aktive Studenten für immer von den Universitäten verwiesen und die Aktivität der SASO auf dem Campus verboten⁹⁾, erklärten sich vor allem die Studenten der englischsprachigen Universitäten mit den Forderungen und Aktionen der nichtweißen Studenten solidarisch¹⁰⁾.

Diese Bereitschaft der sich vor allem in der National Union of South African Students (NUSAS) organisierenden englischsprachigen Studentenschaft zur Solidarität mit ihren nichtweißen Kommilitonen ist nicht zufällig: Im Gegensatz zu den afrikaanssprachigen hatten sich die englischsprachigen Universitäten entschieden gegen die Organisation der Universitätsausbildung auf ethnischer Grundlage gewandt.¹¹⁾ Diese Opposition konnte sich aufgrund der relativen Autonomie der englischsprachigen Universitäten gegenüber dem Staat konservieren und erneuerte sich in den 60er Jahren insbesondere unter der Studentenschaft, als durch polizeistaatliche Eingriffe in die Informations-, Meinungs- und Organisationsfreiheit, durch zunehmende Gefährdung

der Freiheit der Lehre und Forschung die Voraussetzungen dieser Hochschulautonomie völlig zu schwinden drohten.¹²⁾ Es entwickelte sich bei den Studenten die Einsicht, daß durch die völlige politische und soziale Unterdrückung der Nichtweißen die den Weißen reservierten eingeschränkten politischen Rechte dem Abbau rechtsstaatlicher Relikte zugunsten der Festigung des Rassenstaates zum Opfer fallen.¹³⁾ Im Kampf gegen die Eingriffe des Staates in die Hochschulautonomie und gegen den Abbau jeglicher Rechtsstaatlichkeit wuchs daher bei den sich vor allem in der NUSAS organisierenden politisch bewußtesten Studenten die Bereitschaft, sich mit den Interessen der unterdrückten nichtweißen Bevölkerung zu solidarisieren.

In den seit dem 1. Juni d.J. einsetzenden Demonstrationen, Teach-Ins und Flugblattaktionen protestierten diese Studenten daher nicht nur gegen die allgemein zunehmende staatliche Kontrolle der Universitäten, für die Wiederezulassung der relegierten nichtweißen Studenten und für die Aufhebung der Apartheid im Erziehungssektor,¹⁴⁾ sondern forderten auch "ein Ende von Ausbeutung und Rassismus", also eine demokratische Umgestaltung aller gesellschaftlichen Bereiche.¹⁵⁾

Wenngleich die breite Front studentischen Widerstandes, die die ethnischen Begrenzungen in solidarischen Aktionen überwand, keine aktuelle Gefährdung der Herrschaftsstrukturen Südafrikas bedeutete, stellte sie gleichwohl die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse, insbesondere die Methoden der Herrschaftssicherung des Regimes in Frage. Um im Interesse der Aufrechterhaltung des Herrschaftsmonopols der burischen Nationalisten und des gesellschaftlichen Status quo ein Unterlaufen der Politik des "Teile-und-Herrsche" bereits im Anfangsstadium abzuwehren, ging der Staatsapparat mit allen ihm zu Gebote stehenden polizeistaatlichen Maßnahmen vor.¹⁶⁾

Als am 2. Juni englischsprachige Studenten vor der St. George's Cathedral in Kapstadt gegen den Rassismus im Erziehungssektor friedlich demonstrierten, überfiel die Polizei brutal Studenten, Journalisten und Passanten und verfolgte Zuflucht Suchende bis in die Kirche.¹⁷⁾ Nachdem sich die Studentendemonstrationen am 5. Juni in allen universitären Zentren verstärkt hatten, die SASO sich mit ihren englischsprachigen Kommilitonen solidarisch erklärt hatte und sich die Protestaktionen auch teilweise auf

die afrikaanssprachigen Universitäten auszuweiten drohten, genügte der Einsatz von Tränengas und Polizeiknütteln gegen die Demonstranten nicht mehr, um sie von ihrem mutigen Eintreten für ihre nichtweißen Kommilitonen und für demokratische Forderungen abzuhalten. Am 6. Juni verbot die Regierung in Pretoria aufgrund des "Gesetzes gegen aufrührerische Versammlungen" aus dem Jahre 1956 alle politischen Versammlungen, Demonstrationen und Proteste unter freiem Himmel bis zum 12. Juli in Kapstadt, Johannesburg, Pretoria und 13 weiteren Universitätsorten.¹⁸⁾

Angesichts dieser polizeistaatlichen Eingriffe hatten weitere Demonstrationsversuche der Studenten nur noch wenig Aussicht auf Erfolg. Durch eine Reihe weiterer Maßnahmen versuchte der Staatsapparat, den harten Kern der politisch aktivsten Studenten einzuschüchtern und zu zerschlagen: Es kam nicht nur zu über 500 Verhaftungen, sondern die Polizei war darüber hinaus auch bestrebt, durch Einschleusen von Spitzeln und Provokateuren die Studenten zu illegalen Aktionen zu bewegen. Englischsprachige Zeitungen in Südafrika haben darauf hingewiesen, daß die gleichen Provokateure, die die Studenten zu illegalen Aktionen anzutreiben suchten, anschließend die Studenten in den Polizeiquartieren in Empfang nahmen und die Haftbefehle ausstellten.¹⁹⁾

Dieses polizeiliche Vorgehen wurde von Premierminister Vorster ausdrücklich gut geheißt. Er erklärte, daß er persönlich von der Polizei enttäuscht gewesen wäre, wenn sie anders gehandelt hätte.²⁰⁾ Darüber hinaus entfachte er - unterstützt von Kabinettsmitgliedern sowie von den reaktionären afrikaanssprachigen Massenmedien und kulturellen Organisationen - eine Progromstimmung gegen Opponenten des Apartheidregimes.²¹⁾ Er versuchte, die studentischen Demonstrationen auf den Einfluß ausländischer Studenten zurückzuführen und diffamierte die Opponenten des Rassistenregimes auf übelste Weise: Er führte aus, seine Regierung werde es "nicht zulassen, den ganzen Volkskörper durch ein paar Schmeißfliegen verderben zu lassen".²²⁾ Diese faschistischen Äußerungen wie die antikommunistische Hetze des Polizeiministers²³⁾ förderten

eine politische Atmosphäre, in der die "gesunden Glieder des Volkskörpers" zu Formen der Lynchjustiz griffen: In der Folgezeit wurden von Rassisten Häuser von Kritikern des Regimes in Brand gesetzt, Opponenten

mit Morddrohungen terrorisiert und auf sie sogar Mordanschläge verübt.²⁴⁾

Die polizeistaatliche Zerschlagung der südafrikanischen Studentendemonstrationen im Mai und Juni dieses Jahres weisen nachdrücklich auf die beschränkten Erfolgsaussichten isolierter studentischer Aktivitäten hin, sofern sie nicht politisch und organisatorisch mit den Aktivitäten und Interessen der unterdrückten nichtweißen Massen in Stadt und Land verbunden sind. Die Tatsache, daß die Notwendigkeit eines engen Bündnisses zwischen progressiver Intelligenz und den nichtweißen Werktätigen und ihren Organisationen, um das Ziel einer demokratischen Umgestaltung der Gesellschaft zu erreichen, von den nichtweißen und teilweise den englischsprachigen Studenten erkannt wurde,²⁵⁾ hebt die beschriebenen Studentendemonstrationen aus dem politischen Alltagsgeschehen Südafrikas heraus. Sie stellt sie an die Seite des Widerstandes der Afrikaner gegen die Minderheitenregime des südlichen Afrika, wie er z.B. im Streik der Ovambos in Namibia und dem "Nein" des Volkes von Zimbabwe zu dem britisch-rhodesischen Übereinkommen vom 24.11.1971 aufbrach.

Anmerkungen

- 1) National Strike by Students, in: Sechaba, London, Vol.6, No.8/1972, S.2 ff.; hier: S.2
- 2) Anti-Apartheid News, London, Juni 1972, S. 8
- 3) Dieser Teil der Rede ist aus Redeauszügen von mir rekonstruiert worden. Vgl. National Strike by Students, a.a.O., S. 3, Anti-Apartheid News, London, Juli-August 1972, S. 6 f
- 4) Ebenda
- 5) National Strike by Students, a.a.O., S. 4; ebenso Anti-Apartheid News, London, Juni 1972, S.8 wie Juli-August 1972, S. 6
- 6) Die Gründung einer besonderen Studentenorganisation für nichtweiße Studenten neben der liberalen National Union of South African Students (NUSAS) der englischsprachigen Studenten und dem reaktionären Afrikaanse Studentenbond (A.S.B.) der afrikaanssprachigen Studenten wurde aus zwei Gründen notwendig: Zum einen sind in Südafrika "ethnisch gemischte" Organisationen verboten; zum anderen hätte nach Meinung nichtweißer Studenten bei Umgehung dieses Verbots eine gemeinsame Organisation von nichtweißen und liberalen englischsprachigen Studenten den Nachteil, daß sich in ihr die spezifischen Interessen der nichtweißen Studenten nicht im notwendigen Maß entfalten könnten. Denn - wie es ein früherer Vorsitzender der SASO ausdrückte - die "völlige Identifizierung mit einer unterdrückten Gruppe ist in einem System unmöglich, das zwangsweise erwirkt, daß die eine Gruppe sich aller Privilegien erfreut und von der Placke-

rei der anderen lebt". Vgl. A Survey of Race Relation 1971, a.a.O., S.42 f

- 7) Anfang 1972 umfaßte die SASO etwa 4 000 Mitglieder. Ihrem Selbstverständnis nach begreift sich die SASO als Teil der unterdrückten nichtweißen Massen, an deren Befreiung sie mitwirken will. In der Vereinigung der Nichtweißen in studentischen und politischen Organisationen sieht die SASO einen wesentlichen Schritt in diesem Kampf. Die organisatorische Beschränkung auf Nichtweiße will die SASO nicht als die Kehrseite des weißen Rassismus verstanden wissen, sondern als eine ihrer Einschätzung nach notwendige Voraussetzung, um auf der Grundlage der Bedürfnisse der unterdrückten nichtweißen Massen die Strategie zu deren Befreiung entwickeln zu können und um organisatorisch gefestigt - ihrem Kampf größere Aussicht auf Erfolg zu eröffnen. Kooperationswillige Weiße werden aufgefordert, in ihrer ethnischen Gruppe günstige Voraussetzungen für diesen Kampf zu schaffen. Die in Ansätzen vorhandenen gemeinsamen Vorstellungen der Nichtweißen über ihre sozialen, politischen und kulturellen Interessen, die Ziele und die anzuwendenden Mittel im Befreiungskampf faßt die SASO unter dem Begriff des "black consciousness" zusammen. Damit die nichtweißen Studenten effektiv am Kampf um eine von rassistischer Unterdrückung freien Gesellschaft mitwirken können, fordert die SASO ihre Mitglieder auf, sich mit den besonderen Lebensbedingungen der Nichtweißen in allen gesellschaftlichen Bereichen, insbesondere mit denen der Arbeiter, vertraut zu machen. Man kann sagen, daß die politischen Vorstellungen der SASO, trotz aller fortschrittlichen Ansätze noch geprägt sind von der spezifischen Situation einer schwarzen - relativ - privilegierten Intelligenz, die erst beginnt, ihren Standort innerhalb des antiimperialistischen Kampfes ausfindig zu machen.
- 8) Vgl. Anti-Apartheid News, Juli-August 1972, S.6
- 9) Vgl. Anti-Apartheid News, a.a.O., S.6f.; dies., Juni 1972, S.8; ferner The Star, Johannesburg, 3.6.72 (S.1f.,8) und 10.6.72(S.1f.). Die Wiedenzulassung des Studentensprechers der University of the North, Tiro, zum Studium wollte der Rektor in zwei bis drei Jahren gestatten, wenn Tiro sich "gebessert" habe.
- 10) Vgl. The Star, Johannesburg, 3.6.1972, S. 1f.
- 11) E.H.Brookes, a.a.O., S.68ff.- Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, daß diese Opposition nicht in der Lage war, die gesellschaftlichen Ursachen der Rassendiskriminierung in ihre Kritik einzubeziehen.
- 12) Vgl. International Defence and Aid Fund [Hg.], Information Service: I. Political & Social, S.105f., 215ff., 277f., 324f.- Vgl. Student Movements in South Africa, a.a.O., S.8ff.
- 13) Vgl. The Guardian (Weekly), London/Manchester, 17.6.1972, S.5
- 14) The Star, Johannesburg, 3.6.1972, S.1
- 15) Daily News, Tansania, 7.6.1972; zit. nach: Africa Research Bulletin, 1.-30. Juni 1972, S. 2511, BC.
- 16) Strategisch gesehen, zielt jedes polizeistaatliche Vorgehen gegen demokratische Oppositionsbewegungen auch auf eine Schwächung jener kapitalistischen Kräfte, deren ökonomische Expansion durch die rassistischen Arbeitsregulierungen für Nichtweiße behindert wird, die auf

der Grundlage der Beibehaltung kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse eine beschränkte politische und soziale Integration der ethnischen Gruppierungen befürworten und damit zu dem von den burischen Nationalisten beanspruchten Herrschaftsmonopol in Opposition stehen. Vgl. dazu Virgilio Delemos, Chez les etudiants noirs sud-africains: "conscience et pouvoir noir"; in: Le Monde Diplomatique, Oktober 1972, S.11

- 17) Vgl. The Star, Johannesburg, 3.6.1972 (S.1f.) und 10.6.1972 (S.1f.,12)
- 18) The Star, 10.6.1972 (S.2) und 17.6.1972 (S.12)
- 19) Vgl. The Guardian (Weekly), London/Manchester, 17.6.1972, S.5.- Zur Praxis der Geheimpolizei an den Universitäten vgl. auch The Star, Johannesburg, 24.6.1972 (S.5) und 29.7.72 (S.3). In einer Podiumsdiskussion an der Universität Stellenbosch hat der oberste Geheimdienstchef Südafrikas, van den Bergh, die Notwendigkeit einer alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringenden Geheimpolizei mit dem Argument begründet, daß sich mit normalen rechtsstaatlichen Mitteln keine Revolution in Südafrika verhindern lasse (The Star, 29.7.1972, S.3).
- 20) The Star, Johannesburg, 10.6.1972, S.4
- 21) Vgl. z.B. die Stellungnahme der Rektoren der afrikaanssprachigen Universitäten, die sich uneingeschränkt hinter die Politik des Regimes gegen die Studenten stellten (The Star, 24.6.1972, S.5); ebenso die Verlautbarung der regimetreuen Niederduitse Gereformeerde Kerk (NGK) (The Star, 24.6.1972, S.5 und 1.7.1972, S.9).
- 22) Vgl. Internationales Afrikaforum, München, 8.Jg., Nr.7/8, Juli/August 1972, S.424 ff
- 23) a.a.O., S.425
- 24) Vgl. The Star, 10.6.1972 (S.1), 17.6.1972 (S.4), 15.7.1972 (S.15), 26.8.1972 (S.8), 14.10.1972 (S.16).
- 25) Daß bei Repräsentanten der NUSAS (vgl. Anm.6) diese Bündnisbereitschaft vorhanden ist, geht aus einer Rede des NUSAS-Vorsitzenden, Paul Pretorius, hervor, in der er forderte, "daß die Studenten sich mit dem schwarzen Lager gegen das weiße Lager verbünden müssen". Vgl. Afrika heute, Bonn, Heft 13/14, Juli 1972, S.255 ff.; hier: S.257.

KONGRESS FREIHEIT FÜR ANGOLA, GUINEA-BISSAO & MOZAMBIQUE

Dortmund 13./14. Januar

Reinoldi-Gaststätten

Reinoldi Straße 5

Beginn 10.30 h

Es sprechen u.a. Vertreter der drei Befreiungsbewegungen.

Kongressbüro:

46 Dortmund-Hörde

Am Richtersbusch 6. (Tel. 0231/464983)

ab 27.12.:

46 Dortmund

Ruhrallee 62 (Tel. 0231/125093)

RHODESIEN

Joshua Nkomo ist Präsident der verbotenen rhodesischen Befreiungsbewegung ZAPU (Afrikanische Volksunion von Zimbabwe). In diesem Memorandum an die Pearce-Kommission begründet er, warum die Vereinbarungen zwischen der britischen Regierung und der Minderheitsregierung der rassistischen Rhodesischen Front vom November 1971 mit dem Interesse der afrikanischen Bevölkerung Rhodesiens unvereinbar sind.

Auch nach der Darstellung der westdeutschen Presse zielten die Vereinbarungen darauf ab, die Regierungsgewalt in Rhodesien "für mehr als 25 Jahre weiter in weißer Hand" zu zementieren. (Vgl. AIB Nr 1/1972)

J. Nkomo: Memorandum an die Pearce-Kommission

Süd-Rhodesien hat eine Bevölkerung von ca. 5,75 Mio Menschen. Davon sind 5 1/2 Mio schwarze Einwohner. Der Rest der Bevölkerung setzt sich zusammen aus Menschen europäischer und asiatischer Abstammung sowie aus Farbigen. Alle Afrikaner und Teiler der anderen Bevölkerungsgruppen sind von Geburt her Bürger dieses Landes, die übrigen durch amtliche Meldung.

Wir halten die Forderung aufrecht, daß alle Entscheidungen, die die Gegenwart und Zukunft dieses Landes betreffen, von allen Bürgern ohne Ansehen ihrer Hautfarbe, Weltanschauung und ihrer sozialen Stellung getroffen werden müssen. Wir können jedoch beobachten, daß seit der Okkupation dieses Landes durch die Europäer Mitte der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts sich die gesamte politische, wirtschaftliche, finanzielle, behördliche und militärische Kontrolle ausschließlich in Händen des europäischen Teils unserer Bevölkerung befindet, so daß die Richtung, die die Angelegenheiten unseres Landes nehmen, seit damals bis heute von diesem Bevölkerungsteil bestimmt wird.

Dieser Zustand wurde und wird durch eine geschickt verklausulierte Gesetzgebung und verschiedene Rechtsmittel aufrechterhalten und hat Afrikaner und andere Nichteuropäer

dieses Landes erfolgreich daran gehindert, uneingeschränkt am politischen Leben ihres Landes teilzunehmen. Der Verschleierungscharakter dieser Gesetzgebung, die immer diskriminierender und erdrückender wurde, nahm zu, nachdem (uns) 1923 eine eigenverantwortliche Regierung zugestanden wurde. Das Wahlgesetz wurde jedesmal geändert, sobald man merkte, daß eine nennenswerte Anzahl von Afrikanern die Bedingungen für das Wahlrecht (Besitz, Einkommen und einige Kenntnisse der englischen Sprache) erfüllen würden. Das Landverteilungsgesetz und weitere damit zusammenhängende Gesetze wurden dazu benutzt, der Weiterentwicklung der Afrikaner Hindernisse in den Weg zu legen.

Als die afrikanische Bevölkerung merkte, daß ihre weißen Mitbürger nicht die Absicht hatten, im Rahmen der bestehenden Verfassung ein faires Spiel mit ihnen zu spielen, forderte sie Großbritannien auf, neue Vereinbarungen zu treffen, die die politische Macht in die Hände aller Bürger legen sollten (ein Mann, eine Stimme), und dann dem Land die Unabhängigkeit zu gewähren. Während dieses Verfassungsstreites zwischen der Bevölkerung dieses Landes und der britischen Regierung wurde allerdings von der Minderheitsregierung der Rhodesischen Front illegal die Unabhängigkeit erklärt. Dies wurde von der afrikanischen Bevölkerung dieses Landes nicht nur als ein rebellischer Akt gegen die Königin verstanden, sondern vielmehr als ein Affront gegen sie selbst. Ihr war klar, daß die UDI* darauf abzielte, ihre legitimen politischen Bestrebungen permanent zu vereiteln.

Es muß auch in Erinnerung gerufen werden, daß die Regierung der Rhodesischen Front zur Vorbereitung ihres verräterischen Akts alle ihre Gegner verhaftete, ohne Prozeß festhielt und darüber hinaus durch den damaligen Gouverneur auf falsche Angaben hin den Notstand ausrufen ließ.

Die britische Regierung unter Harold Wilson erklärte der Öffentlichkeit, die Regierung der Rhodesischen Front habe gegen die Königin rebelliert, und dieser Rebellion müsse ein Ende gemacht werden; dies wurde von den Konservativen im Unterhaus unterstützt. Die Bevölkerung unseres Landes tat ihrerseits alles in ihrer Macht stehende, um der Rebellion zu begegnen. Wieder andere verließen das Land, um vom Ausland aus Widerstand zu leisten. Daraufhin wurden viele verhaftet und zum Tode verurteilt, andere zu langen Kerkerstrafen.

Viele befinden sich heute noch in den Todeszellen, andere sitzen ihre langen Gefängnisstrafen ab; wieder andere befinden sich immer noch im Exil.

Alle diese Menschen sollen nun entsprechend diesen Vereinbarungen der Gnade derer ausgeliefert werden, die einen illegalen Akt begangen und sich gegen die Königin aufgelehnt haben. Die afrikanische Bevölkerung wird heute so behandelt, als habe sie die Rebellion zu verantworten und nicht die Rhodesische Front. Die Art, wie die Verhandlungen über diese Vereinbarungen geführt wurden, nämlich unter Ausschluß der afrikanischen Bevölkerung, gibt dieser das Gefühl, von der britischen Regierung übergangen zu werden. Man muß deshalb die Einstellung dieses Volkes entschuldigen, das nun der Meinung ist, Partei ergreifen zu müssen.

Man muß diese Vereinbarungen vor dem oben geschilderten Hintergrund - der der Bevölkerung stets gegenwärtig ist - sehen. Die Frage ist folgende: 'Stellen diese Vereinbarungen einen Versuch dar, alle oder wenigstens einige der vorhergenannten Grundprobleme dieses Landes zu lösen?' Unsere Antwort darauf ist ein entschiedenes NEIN ! Diese Vereinbarungen sind eine oberflächliche Modifizierung der illegalen Verfassung der Republik von 1969, deren Hauptzweck es ist, die unterdrückenden und diskriminierenden Praktiken in diesem Land permanent zu festigen, aufrechtzuerhalten und zu verstärken. Soll die afrikanische Bevölkerung dieses Landes eine Verfassung akzeptieren, deren Zweck es ist, die Hälfte des Landes (44.948.300 acres) für 249.000 Menschen europäischer Abstammung (inklusive Asiaten und Farbige) zu vereinbaren, während 5,5 Mio Menschen, von denen angenommen wird, daß ihre Zahl sich in 20 Jahren verdoppelt haben wird sich die andere Hälfte teilen sollen? Soll sie damit einverstanden sein, daß die Städte ihres Landes, die sie zusammen mit anderen Teilen der Bevölkerung aufgebaut hat, auf Dauer europäisches Gebiet werden? NEIN ! Das können wir nicht akzeptieren.

Wir sind der unerschütterlichen Überzeugung, daß eine Aufteilung des Landes nach rassischen Gesichtspunkten, die in der Verfassung unseres Landes laut diesen Vereinbarungen zementiert werden soll, gleichzeitig eine Zementierung von Mißtrauen und Konflikten bedeutet. Wie können wir hoffen, auf einem gespaltenen Fundament eine ge-

einigte Nation und ein geeinigtes Volk zu schaffen?

Wie bereits oben erwähnt, intervenierte die UDI, während des Verfassungsstreites zwischen der afrikanischen Bevölkerung einerseits und der britischen und der rhodesischen Regierung andererseits. Diese Vereinbarungen stellen keinen Versuch dar, diese grundlegende Verfassungsfrage zu lösen. Sie verschlimmern höchstens noch die Situation. So wie wir es sehen, besteht das Ziel dieser Vorschläge darin, den zwischen der Rhodesischen Rebellenregierung und der britischen Regierung entstandenen Streit zu beenden, während das Problem der Verfassung, das die Mehrzahl der Bevölkerung angeht, von einer Lösung noch weiter entfernt bleibt, als es vor der illegalen Unabhängigkeitserklärung der Fall war. Die Vereinbarungen sind ein Versuch der britischen Regierung, die UDI anzuerkennen und das afrikanische Volk, gegen deren Interessen die UDI gerichtet ist, dazu zu bringen, diese Anerkennung zu bestätigen. Dem können wir nicht zustimmen, Lord Pearce. Unsere Antwort ist ein entschiedenes NEIN ! Wir weisen diese Vorschläge aufs schärfste zurück.

Sir Alec Douglas-Home soll gesagt haben, falls die Antwort 'Nein' sei, werde es keine weiteren Verhandlungen geben. Das scheint uns eine fatalistische Haltung zu sein. Die afrikanische Bevölkerung sagt nicht nein zu einer echten Lösung des wirklichen Problems ihres Landes; sie sagt nein zu Vorschlägen, die, falls sie akzeptiert werden, ihr Land notwendigerweise zu einem ständigen Krisenherd machen werden. Die afrikanische Bevölkerung möchte ein Übereinkommen, das zur Versöhnung unserer Völker führen könnte, und kein solches, das - wie diese Vorschläge - nur die britische Regierung und das Smith Regime versöhnt. Wir erwarten von Großbritannien, daß es unseren Standpunkt respektiert und eine Verfassungskonferenz einberuft, um die Zukunft unseres Landes zu diskutieren. Großbritannien muß, gleich wieviel Zeit es in Anspruch nimmt, zusammen mit den weißen und schwarzen Bürgern die richtige Lösung zum Nutzen unseres Landes finden.

Wir glauben, daß die ernstesten Unzulänglichkeiten dieser Vereinbarungen nicht völlig erlassen werden können, wenn nicht der Dschungel einer unterdrückenden und diskriminierenden Gesetzgebung untersucht wird, die von diesen Vereinbarungen geschützt und zementiert werden soll. Es muß weiter be-

achtet werden, daß die Regierung der Rhodesischen Front in den 6 1/2 Jahren der illegalen Unabhängigkeit, besonders vor der Übereinkunft vom 24. November 1971, viele neue Gesetze hinzugefügt und eine große Anzahl von bestehenden Gesetzen entschieden verschärft hat. Diese Gesetzgebung macht die minimalen, in der illegalen Verfassung von 1969 angedeuteten Verbesserungen wertlos.

Der unbehinderte Fortschritt zur Gleichberechtigung und zu einer Mehrheitsregierung der Afrikaner, von der so oft geredet wird, wird durch diese Gesetzgebung so behindert, daß niemand sagen kann, wann dieses Ziel jemals erreicht sein wird.

In den Vereinbarungen wird darauf hingewiesen, daß die Afrikaner diesem Ziel näher kommen könnten, indem sie sich in das afrikanische Melderegister eintragen. Viele Afrikaner könnten das tun, sofern sie die Wahlbedingungen, wie sie im Anhang I der Vereinbarungen enthalten sind, erfüllen. (Anhang A dieses Dokuments).

Dies ist entweder möglich, wenn sie Immobilien von bestimmtem Wert erwerben, oder über ein bestimmtes Jahreseinkommen verfügen, oder aber wenn sie eine vierjährige Erziehung an einer Realschule von vorgeschriebener Art in Verbindung mit einem geringeren Immobilienbesitz und niedrigerem Jahreseinkommen nachweisen können.

Wir wollen nun jede dieser Anforderungen sowie die - unter der gegenwärtigen Gesetzgebung und Verwaltung existierenden - Aussichten von Afrikanern, die Bedingungen für die Eintragung in das afrikanische Melderegister zu erfüllen, untersuchen.

1. BESITZ EINER FARM ODER LANDBESITZ:

Auf jeden Afrikaner entfallen etwa 9 acres (Anm. d. Ü.: 1 acre = 4047 qm) Land. Etwa 95% dieses Landes ist Gemeindeland und kann somit nicht als Qualifizierung dienen. Selbst wenn dieses Land in Privatbesitz überginge, würde sein Wert nicht den Anforderungen genügen. Die restlichen 5% afrikanischen Landes setzen sich zusammen aus verkäuflichem Gelände, Parks, Wildparks und Land für besondere Zwecke. Davon beträgt das Land, das zum privaten Erwerb freisteht, also das verkäufliche Gelände etwa 3,5 Mio acres im Gegensatz zu 38.671.232 acres, die den Europäern zur Verfügung stehen. Wenn man dieses Land in Stücke von 300 acres teilen würde (viele afrikanische Grundstücke haben diese Größe), würden lediglich

12.000 Menschen Land besitzen. Der Wert dieser kleinen Farmen liegt beträchtlich unter dem für die Wahlberechtigung erforderlichen Betrag, es sei denn, sie sind hervorragend ausgebaut. Jenen Afrikanern, die solche kleinen Farmen besitzen, war es fast unmöglich, Mittel zum Ausbau aufzubringen. Die Agrarfinanzierungsgesellschaft ist so angelegt, daß solche kleinen afrikanischen Farmer kaum, wenn überhaupt die Chance haben, finanzielle Unterstützung zu erhalten.

2. HAUS- UND GEBÄUDEBESITZ:

Haus- und Gebäudebesitz nennenswerter Art ist verständlicherweise nur in den Städten möglich. Wie aus Anhang C zu ersehen, befinden sich alle Städte dieses Landes, entsprechend dem Landbesitz-Gesetz auf europäischem Gebiet; dies wird durch die Verfassung untermauert. Aus diesem Grund hängt der Haus- und Gebäudebesitz eines Afrikaners in diesen Gebieten davon ab, was die von Europäern kontrollierten Gemeindeverwaltungen unter der strengen Aufsicht der Regierung zulassen.

Es ist eine allgemeine Tatsache, daß Handel und Industrie in jedem Land sich in den städtischen Zentren entwickeln; da diese Gebiete [hier] im Besitz von Europäern sind, können Afrikaner nur solche kommerziellen oder industriellen Unternehmungen unterhalten, die von den jeweiligen europäischen Gemeindeverwaltungen genehmigt werden; wegen der besonderen Voraussetzungen für Landbesitz in diesen afrikanischen Städten, die Europäern gehören, hat es sich für Geld- und Kreditinstitute als fast unmöglich erwiesen, Kredite an afrikanische Geschäftsleute zu geben, ebenso wie es für Baugesellschaften unmöglich ist, Darlehen für Wohnungsbau- oder Geschäftszwecke zu erteilen.

Unter diesen Umständen sehen wir keine Möglichkeit, wie Afrikaner durch den Besitz von Immobilien aller Art ihre Zahl im afrikanischen Melderegister erhöhen können.

3. BILDUNG:

Der Bildungsnachweis, der entweder in Zusammenhang mit Einkommen oder Hausbesitz verlangt wird, sind "4 Jahre Besuch einer Realschule vorgeschriebener Art". Erstens, ist die Erziehung für Europäer kostenlos und obligatorisch, für Afrikaner jedoch nicht. Nur etwa 12,5% der afrikanischen Kinder, die die Grundschule abschließen, besuchen anschließend vier Jahre lang eine Realschule, ganz abgesehen von der Möglich-

keit, finanzielle Unterstützung für weiterführende Schulbildung zu erhalten. Auf diese Weise wird Jahr für Jahr die Anzahl der Afrikaner mit vierjähriger höherer Bildung gegenüber der Anzahl der Europäer in Grenzen gehalten. Siehe Anhang D.

Des weiteren wird die Bildung der Afrikaner durch eine Vielzahl restriktiver Regelungen und Abstufungen, die nicht für die Erziehung der Europäer gelten, schwer beeinträchtigt. Unterschiedliche Examina, Zertifikate und eine andere Nomenklatur bei der afrikanischen und der europäischen Schulbildung stellen sich dem schwarzen Schulabgänger auf die verschiedensten Weisen in den Weg. Die Tatsache, daß es zwei Kultusministerien in diesem Land gibt, dienste und dient dazu, den Wert der Ausbildung der Afrikaner hinsichtlich ihrer Eignung für eine berufliche - und daher auch für eine politische - Laufbahn zu vermindern. Unter dem gegenwärtigen Bildungssystem haben Afrikaner keine Chance, eine anerkannte technische oder kommerzielle Laufbahn einzuschlagen. Die sogenannten "Junior Secondary Schools", wie sie vom Kultusministerium für Afrikaner vorgeschlagen wurden, sind ein schwacher Ersatz; und wenn Großbritannien, wie in den Vereinbarungen versprochen, Geld für Erziehungszwecke geben sollte, so würde es zum größten Teil zur Finanzierung dieses Ausbildungstyps dienen (weil er als sicheres Mittel gegen die Erhöhung der Wahlbeteiligung angesehen wird).

4. EINKOMMEN

Die Differenz zwischen dem durchschnittlichen Jahreseinkommen von Afrikanern und Europäern, wie sie im Anhang E für das Jahr 1970 dargestellt wird, zeigt deutlich, daß die Zahl der Afrikaner, die das für die Eintragung in das afrikanische Melderegister erforderliche Einkommen haben, sehr gering sein muß. Es kann aus verschiedenen Gründen nicht erwartet werden, daß das Lohnaufkommen der Afrikaner langfristig gesehen nennenswert ansteigen wird. Dazu gehören: traditionelle rhodesische Vorurteile und Diskriminierung, Arbeitsvermittlung unter der Hand, unterschiedliche schulische Qualifikationen, die sich dem afrikanischen Schulabgänger in den Weg stellen, die Weigerung europäischer Facharbeiter, afrikanische Lehrlinge zu unterrichten, und die nach rassistischen Kriterien differenzierte Lohnskala, wonach gleiche Arbeit ungleich entlohnt wird. Beispiele für diese diskriminierende Praxis lassen sich in allen Arbeitsbereichen, auf privatem wie auch auf

öffentlichem Sektor, im ganzen Land finden.

Im Schuldienst sind die Arbeitsbedingungen, die Bezahlung, die Regelung des Urlaubs, der Anspruch auf Pension etc. für afrikanische Lehrkräfte wesentlich schlechter als die ihrer europäischen Kollegen mit ähnlichen Qualifikationen. In der Armee, bei der Polizei und in den Gefängnissen, gibt es zwei, nach Rassen getrennte Laufbahnen, wobei die Afrikaner die untere Laufbahn mit schlechteren Arbeitsbedingungen und Aufstiegsmöglichkeiten nur bis zum Unteroffizier innehaben.

Im öffentlichen Dienst hat die rassistisch eingestellte und zusammengesetzte Zivilverwaltungsbehörde die Einstellung in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes zu einem Privileg für Menschen mit europäischer Abstammung gemacht; nur in ein oder zwei Berufszweigen sind einige wenige Afrikaner eingestellt. Dieser Ausschluß von Afrikanern aus dem öffentlichen Dienst erstreckt sich auch auf das Gerichtswesen.

Unter diesen Umständen gibt es für Afrikaner keine Möglichkeit, ihre Zahl im afrikanischen Melderegister in dem Maße zu erhöhen, daß in einem Zeitraum von weniger als 100 Jahren eine politische Veränderung oder die Gleichberechtigung erreichbar wäre.

Es mag sein, daß nach der Durchführung der eingangs zitierten Vereinbarungen durch die Zahl der Eintragungen im afrikanischen Melderegister zwei zusätzliche Abgeordnetensitze gewonnen werden können; aber danach wird die Anzahl der Eintragungen im europäischen Melderegister schneller anwachsen als die im afrikanischen, und zwar aufgrund der größeren Zahl europäischer Schulabgänger, die wegen ihrer Hautfarbe das geforderte Einkommen verdienen werden. Dazu kommt noch, daß europäische Einwanderer nach nur 2 Jahren Aufenthalt wahlberechtigt sind. Man schätzt die Zahl der Einwanderer nach zwei Jahren auf 30.000, wobei danach diese Zahl auf etwa 25.000 - 35.000 pro Jahr steigen wird. Die Chancen der Afrikaner, ihre Anzahl im afrikanischen Melderegister proportional zu steigern, sind wirklich sehr gering.

[...]

GRUNDRECHTSERKLÄRUNG:

Es war viel die Rede vom Schutz der Rechte des einzelnen durch die Grundrechteerklärung, wie sie in den Vereinbarungen enthalten ist. Aber bei eingehender Betrachtung

tung mußten wir entdecken, daß sie durch die Art und das Ausmaß der Ausnahmen für den Bürger recht wertlos ist.

Es ist ganz offensichtlich, daß diese Vorkehrungen darauf abzielen, die ganze unterdrückende und diskriminierende Gesetzgebung zu schützen, von der einiges im Anhang F aufgeführt ist.

Wir geben zu bedenken, daß bei den Machtmitteln, die z.B. das Ordnungsrecht, das Gesetz über illegale Organisationen etc. enthalten, eine skrupellose Regierungspartei, die an einer Übermacht der Weißen interessiert ist, die Arbeit einer wirklich repräsentativen afrikanischen Partei mit den verschiedensten Mitteln unmöglich machen kann, während die Gerichte nicht die Macht hätten, einzuschreiten.

Es ist einer solchen Regierungspartei nicht unmöglich, ihre afrikanischen Gegner für einige Jahre oder Tage bzw. Wochen vor einer Wahl festzuhalten oder zu verhaften, um so bei den Bestimmungen des Wahlgesetzes ihre Wahl ins Parlament bzw. in afrikanische Gremien angesichts der Bestimmungen des afrikanischen Gremiengesetzes zu verhindern; auch hier könnten die Gerichte nicht eingreifen.

Man sollte annehmen, die Grundrechtserklärung sei geschaffen worden, um wirksam die Wahl von Personen ins Parlament, in afrikanische Gremien und in den Häuptlingsrat zu schützen. Die beiden letzteren sind Wahl-Kollegien; dennoch ist ihre Wahl unter den entsprechenden Gesetzen einem Mißbrauch durch die Regierungspartei so erschreckend offen ausgesetzt, und die Gerichte sind unfähig, etwas dagegen zu tun.

Schließlich, aber keineswegs zuletzt kann nach diesen Vereinbarungen das Parlament alle neun Monate die Erklärung des Notstands erneuern. Während dieser Zeit würde die Grundrechtserklärung in gewisser Weise außerkraftgesetzt. Wie uns die Erfahrungen der letzten sieben Jahre zeigen, kann eine Regierung, die darauf aus ist, eine normale politische Betätigung der Afrikaner zu verhindern, in dem Gebiet des Landes, wo ihre Gegner wohnen, den Notstand auszurufen, und sie dann auf unbestimmte Zeit in Haft setzen. Die Regierung der Rhodesischen Front verfuhr so 1964/65, als in Highfields African Township, Gonakudzingwa und im Nkai

Distrikt der Notstand ausgerufen wurde, bevor am 25. November 1965 über das ganze Land der Notstand verhängt wurde.

Wir möchten schließlich der Kommission deutlich machen, daß wir diese Vereinbarungen ohne Einschränkung zurückweisen, weil sie nicht den weltweit anerkannten Bedingungen für eine Unabhängigkeit und für die Selbstbestimmung unseres ganzen Volkes genügen; sie sind rassistisch und diskriminierend, und wir glauben, daß sie, wenn sie in Kraft gesetzt werden, feindliche Gefühle zwischen weißen und schwarzen Bürgern dieses Landes hervorrufen und Blutvergießen und unerhörtes Leid mit sich bringen würden. Das darf nicht geschehen. Wir bitten Sie daher, Lord Pearce, auf die britische Regierung Druck auszuüben, damit sie von diesen Vereinbarungen Abstand nimmt und eine Verfassungskonferenz mit Führern aller Teile unserer Bevölkerung einberuft. Wir wissen, daß schwerwiegende Probleme aus dem Weg geräumt werden müssen, aber wir sind davon überzeugt, daß sie, wenn wir alle guten Willens sind, gelöst werden können.

Wir sind darauf vorbereitet, energisch auf eine verfassungsmäßige Regelung hinzuwirken, die allen Bürgern ohne Rücksicht auf ihre Hautfarbe Frieden und Sicherheit gewährleistet.

* UDI = Unilateral Declaration of Independence (Einseitige Unabhängigkeitserklärung)

ANHANG A

Bedingungen für das Afrikanische Melderegister

- a) Einkommen von nicht weniger als 1.800 Pfund pro Jahr während der letzten beiden Jahre vor Antrag auf Einschreibung oder Besitz von Immobilien im Wert von nicht weniger als 3.600 Pfund.
Oder
- b) I. Einkommen von nicht weniger als 1.200 Pfund pro Jahr während der letzten beiden Jahre vor Antrag auf Einschreibung oder Besitz von Immobilien im Wert von nicht weniger als 2.400 Pfund; und
II. Vier Jahre höhere Schulbildung von der vorgeschriebenen Art.

ANHANG B

1. Land in europäischem Besitz: 44.948.300 acres. Europäisches Land pro Kopf 168 acres.
2. Land in afrikanischem Besitz: 44.949.100 acres. Afrikanisches Land pro Kopf 9 acres.

ANHANG C

	Landbevölkerung	Stadtbevölkerung
1. Afrikaner	5.220.000	752.000
2. Europäer	249.000	198.000
3. Asiaten	9.000	8.480
4. Farbige	16.000	14.040

Anzahl der Städte im gesamten Land:

1. Europäische Städte: 12
2. Afrikanische Städte: - (keine)

ANHANG D

Vierjährige höhere Schulbildung von vorgeschriebener Art (1970)

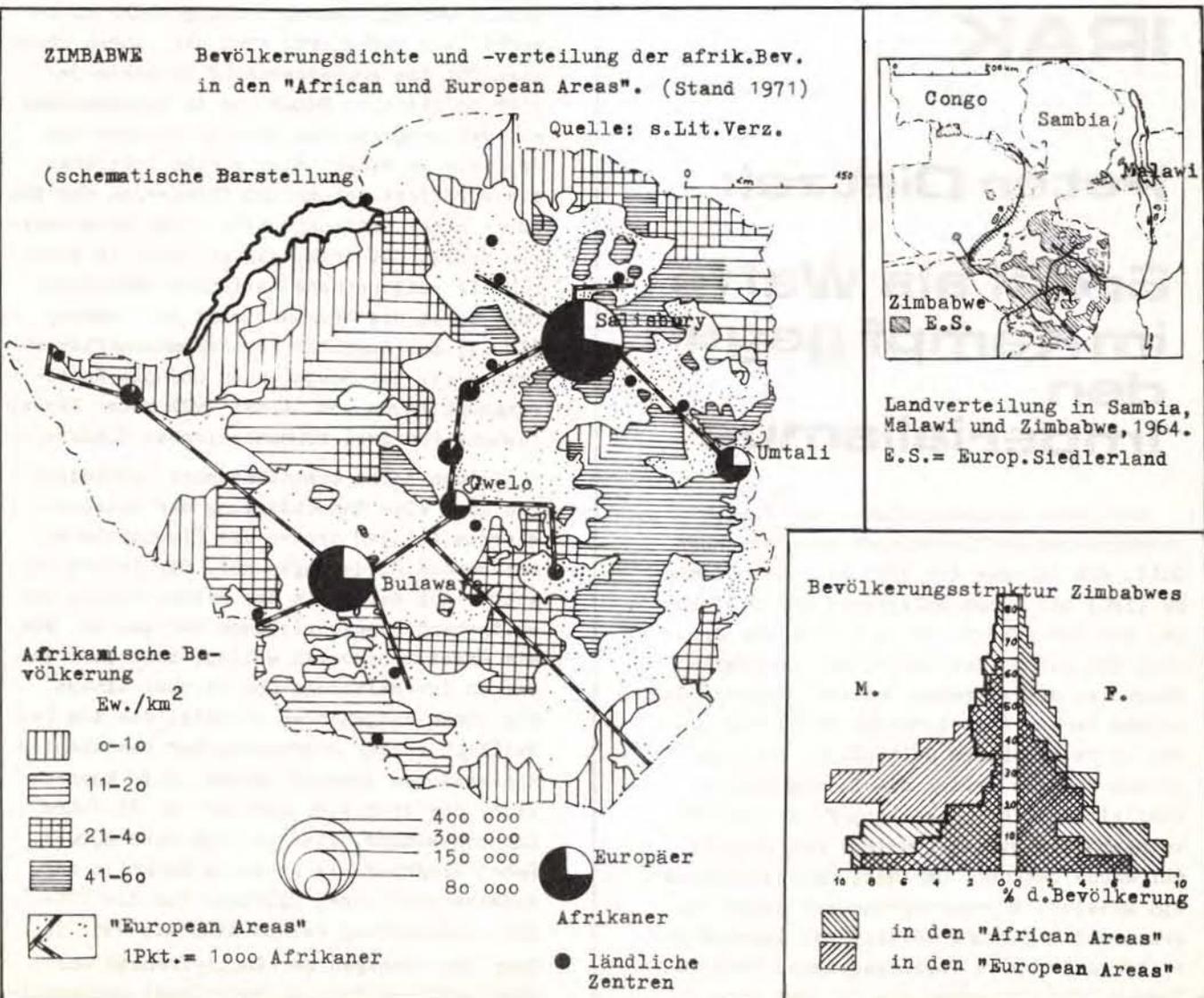
1. Afrikanische Schulabgänger: 2.545

2. Europäische Schulabgänger: 4.329
3. Asiaten und Farbige: 599

ANHANG E

Durchschnittliches Jahreseinkommen von Afrikanern und Europäern (1970)

	Afrikaner Dollar	Europäer Dollar
Land- u. Forstwirtschaft	153	2.437
Bergbau und Steinbruch	343	4.456
Handwerk	478	3.606
Elektrizität u. Wasserwirtschaft	448	3.840
Bauwesen	428	3.273
Finanzen und Versicherungen	714	3.280
Distribution	454	2.654
Transport	626	3.600
öffentliche Dienstleistungen		
Öffentliche Behörden	409	3.120
Erziehung	590	2.709
Gesundheitswesen	579	2.388



ANHANG F

Diskriminierende und unterdrückende Gesetze, die den minimalen Zusatz zu der Verfassung von 1969 wertlos machen würden:

1. Landbesitz-Gesetz und die darauf bezogene Gesetzgebung
2. Ordnungsrecht
3. Gesetz über unrechtmäßige Organisationen
4. Wahlgesetz; Besonders Absatz 28 g
5. Gesetz für Afrikanische Gremien von 1971, besonders Absatz 11 und die Absätze, die sich mit der Wahl von Mitgliedern und den Befugnissen der Distriktaufseher und ihrer Hilfskräfte befassen.
6. Gesetz für Afrikanische Angelegenheiten und Zusatzgesetze davon
7. Verteidigungsgesetz und das nationale Registrierungsgesetz

(Quelle: Rhodesia. Report of the Commission on Rhodesian Opinion under the Chairmanship of the Right Honourable the Lord Pearce, London, Mai 1972)

IRAK

Peter Dietzel:

Erdöl als Waffe im Kampf gegen den Imperialismus

Am 1. Juni nationalisierte der Irak, viertgrößter Erdölproduzent am Arabischen Golf, die Anlagen der Iraq Petroleum Company (IPC) mit einem Anlagewert von 3,5 Mrd DM. Die IPC gehörte zu je 23,75% der British Petroleum, der Shell, der Compagnie Française des Pétroles und der Standard Oil of New Jersey (Esso)/Socony Mobil Oil sowie zu 5% der Firma Gulbenkian. Noch am selben Tag gab Syrien die Enteignung der Rohrleitungen der Gesellschaft zu den Mittelmeerhäfen Banias (Syrien) und Tripoli (Libanon) bekannt. Der Nationalisierung war ein massives Erpressungsmanöver gegen die irakische Regierung seitens der imperialistischen Monopole vorausgegangen. Noch im Januar 1972 förderten die IPC und ihre

Tochtergesellschaften Basra Oil Company und Mossul Oil Company 78 Mio t Öl, d.h. eine Menge, die sich prinzipiell im Einklang mit den zwischen ihnen und der irakischen Regierung im Jahre 1971 getroffenen Vereinbarungen befand. Bis April drosselten sie die Förderung jedoch auf 57 Mio t, wodurch dem Irak bisher ein finanzieller Schaden von etwa 270 Mio DM entstand. Die Bedeutung der Erdöllexporte und die daraus fließenden Einnahmen für den Irak sind beträchtlich: Das Erdöl macht 83% des Totalexportwertes, 52% der Ausgaben des Staatsbudgets und 71% des Entwicklungsbudgets aus. Die IPC, die seit 1925 Konzessionen nutzte, die zur Zeit des Osmanischen Reiches deutschen Finanzkreisen gehörten, hat in den letzten Jahren kaum noch investiert, so daß nur relativ geringe Steigerungsraten in der Förderleistung erreicht werden konnten: in den letzten 10 Jahren um 68% (die Förderung der übrigen Golfstaaten stieg im gleichen Zeitraum um 213 %). Infolge des jüngsten Erpressungsversuchs der Erdölmonopole mußte die Arbeit an einigen für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes wichtigen Projekten eingestellt werden. Obwohl vordergründig wirtschaftlich motiviert, sind die wahren Ursachen für das erpresserische Vorgehen jedoch politischer Natur und im Zusammenhang mit der progressiven inneren Entwicklung des Irak zu sehen. Hier einige Stationen: die Veröffentlichung und Diskussion des Entwurfs einer Nationalcharta aller progressiven Kräfte des Irak, die im April in Nordrumaila aufgenommene nationale Erdölförderung durch die Iraq National Oil Company (INOC), der Abschluß des Freundschaftsvertrages mit der Sowjetunion und die Regierungsumbildung vom 14. Mai 1972 unter Einbeziehung von zwei kommunistischen Ministern.

In den jetzt stattfindenden Verhandlungen über eine Entschädigung der nationalisierten Anlagen treten die Ölmonopole mit anmaßenden Forderungen auf. Sie lehnen Angebote auf der Basis der Restbuchwerte der weitgehend abgeschriebenen Anlagen ab. Was sie ersetzt bekommen wollen, sind ihre gesamten Investitionen und darüber hinaus die ihnen entgehenden Profite, die sie bei zeitlich voller Ausnutzung der bestehenden Konzessionen gemacht hätten. (Die Konzession, die sich z.B. die IPC für 75 Jahre sichern konnte, lief bis zum Jahr 2000!). Dabei schätzen sie aber die Reaktion der anderen arabischen Ölländer auf die IPC-Nationalisierung falsch ein. Als 1951 im Iran das Vermögen der Anglo-Iranian Oil (der heutigen British Petroleum) nationali-

siert wurde, gelang es ihnen, den Iran zu isolieren, einen wirksamen Boykott zu organisieren und die Regierung Mossadegh mit Hilfe der CIA zu stürzen. Dem Irak aber wird Hilfe und Unterstützung zuteil:

- Der 8. Arabische Erdölkongress in Algier begrüßte die Entscheidung des Irak einstimmig als "gerechte irakische Opposition gegen die kapitalistischen Ausbeuter";
- die OPEC (Organisation der Ölexportierenden Länder) hat auf einer Sondersitzung in Beirut im Juni die IPC-Nationalisierung einmütig gebilligt und sich bereit erklärt, dem Irak, falls erforderlich, finanzielle Verluste zu ersetzen.

Außerdem konnte durch geschickte Ausnutzung innerimperialistischer Rivalitäten ein einheitliches Vorgehen der enteigneten Konzerne und der damit drohende Boykott irakischen Erdöls verhindert werden: Ein Sondervertrag mit dem bisherigen Großabnehmer Frankreich (18% der irakischen Gesamtpro-

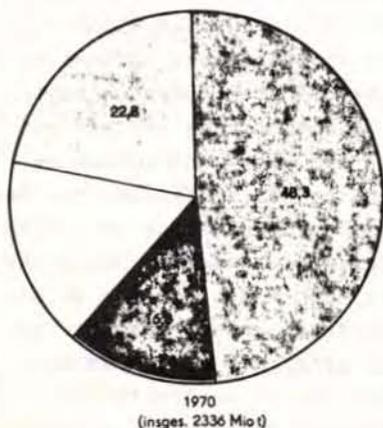
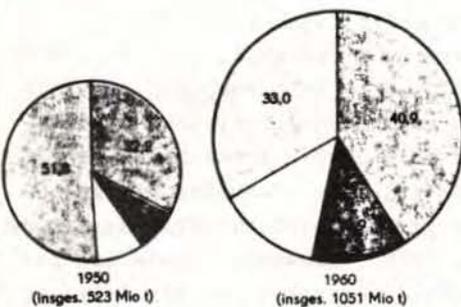
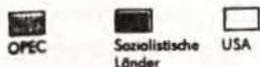
duktion = 14% aller französischen Erdölimporte) sichert bereits einen Teil des Absatzes. Inzwischen zeigten sich auch Italien, Spanien, Griechenland und Sri Lanka an langfristigen Lieferverträgen interessiert. Die sozialistischen Länder werden ebenfalls einen wachsenden Anteil des nationalisierten Erdöls abnehmen.

Seit die "Internationale Konferenz der Erdölarbeiter gegen die Monopole" 1968 in Algier und nochmals 1971 in Leuna, unterstützt durch den Weltgewerkschaftsbund (WGB) und die Internationale Konföderation arabischer Gewerkschaften (ICATU) die sofortige Nationalisierung der Erdölindustrie, die Kündigung der Erdölkonzessionen und eine Beschränkung der Rückzahlung des investierten Kapitals forderte, beginnen progressive arabische Regierungen, den Ölreichtum ihrer Länder als Waffe im Kampf gegen den Imperialismus zu gebrauchen. Die Natio-

Anteile der OPEC-Länder, der sozialistischen Länder und der USA an der Welt-Erdölförderung

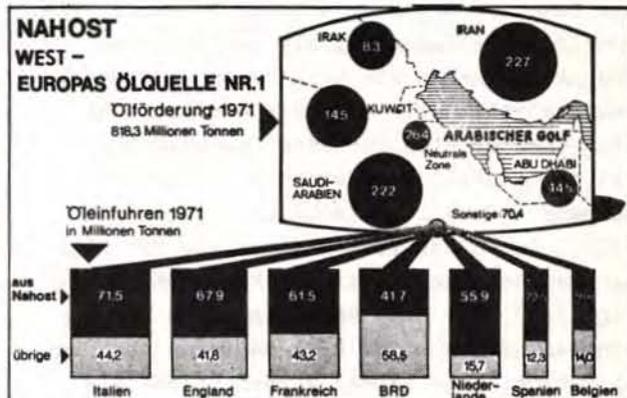
In Prozent

(Der OPEC/Organisation der Öl exportierenden Länder gehören an: Iran, Saudi-Arabien, Kuwait, Abu Dhabi, Katar, Irak, Libyen, Algerien, Nigeria, Indonesien und Venezuela.)



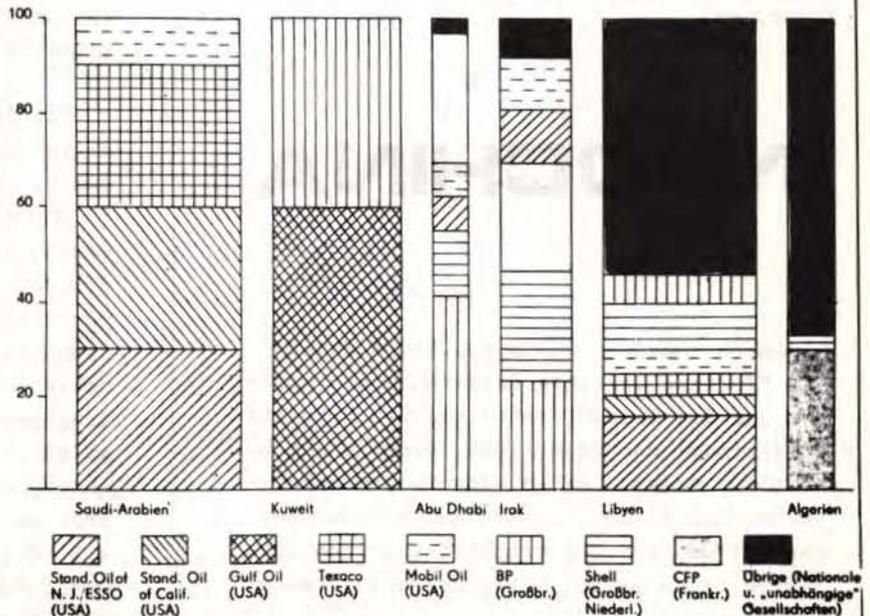
(Quelle: IPW-Berichte Nr 5/1972)

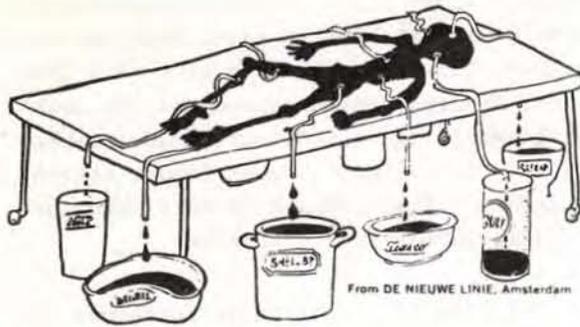
Gräfik nach „Handelsblatt“ (BRD)



Anteile internationaler Ölkonzerne an der Erdölförderung arabischer Länder 1970

in Prozent





nalisationen in Algerien, Libyen und dem Irak sind ein erster Anfang. Die Weigerung der reaktionären und proimperialistischen Regime im Iran und in Saudi-Arabien, den größten Erdölproduzenten am arabischen Golf, einschneidende Nationalisierungsmaßnahmen vorzunehmen, verhindert zur Zeit jedoch noch ein einheitliches Vorgehen der Ölproduzenten gegen die ausländischen Monopole. So lehnte Schah Reza Pahlevi eine Drosselung des iranischen Erdölexportes zugunsten der boykottbedrohten irakischen Erdölförderung ab und verlängerte stattdessen die Konzessionen der im Iran operierenden Gesellschaften um weitere 15 Jahre. Die günstigen Bedingungen, die ausländische Erdölkonzerne in diesen Ländern vorfinden, bewog mittlerweile auch die westdeutsche VEBA-Chemie, sich für eine Zusammenarbeit mit der staatlichen National Iranian Oil Company (NIOC) zu entscheiden (siehe AIB 3/72). Durch ihr Veto stoppte sie den Plan der Deminex (an der sie zu rund 25% beteiligt ist), der eine Beteiligung an der mehrheitlich von der BP gehaltenen Abu Dhabi Marine Areas (ADMA) vorsah (siehe AIB 2/72).

(Die Angaben wurden den Zeitungen Le Monde, Neue Zürcher Zeitung, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Allgemeine Zeitung und Horizont entnommen).

INDOCHINA

Am 26. Oktober wurde von Radio Hanoi der "Vertrag über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam" veröffentlicht. Über Inhalt und Wortlaut dieses Textes, der in den Geheimverhandlungen der letzten Monate zwischen der DRV und den USA erarbeitet worden war, hatten beide Seiten volle Übereinstimmung erzielt.

Jahrelang hatten die USA alle Vorschläge der DRV-Regierung für Friedensverhandlungen und politische Lösungen ignoriert - im Gegenteil, sie versuchten, durch eine fast unvorstellbare Eskalation des Krieges, das vietnamesische Volk in die Knie zu zwingen.

Die Tatsache, daß die US-Regierung sich nun doch gezwungen sah, mit der DRV ernsthafte Verhandlungen zu führen, und daß sie einen Vertragstext akzeptierte, der in allen wesentlichen Punkten die Bestimmungen des 7-Punkte Friedensplanes der DRV vom 1. Juli 1971 berücksichtigte, steht in engstem Zusammenhang mit den militärischen Erfolgen, die von den Volksbefreiungsstreitkräften im Verlauf der diesjährigen Offensive errungen wurden. Sie bedeutet auch, daß hier seitens der USA die Interessen derjenigen Monopole stärker zum Ausdruck kommen, die sich z.B. von der Beteiligung am Wiederaufbau des zerstörten Vietnam (vgl. Punkt 8 des Vertragstextes) größere Vorteile versprechen als die Rüstungskonzerne.

Die Offensive hatte in erster Linie die Zerschlagung der "Befriedung" in den Landgebieten - einem Eckpfeiler der "Vietnamisierung"-Politik zum Ziel. Entgegen der westlichen Presseberichterstattung hatten zwar Elemente der konventionellen Kriegführung größeres Gewicht als zuvor, jedoch ist eine Charakterisierung als konventioneller Großangriff falsch: Wie bei der Tet-Offensive 1968 verbanden sich militärische und politische Anstrengungen zu einer einheitlich geführten allgemeinen Offensive. Auf der politischen Ebene hieß das vor allem die Politik der 10-Punkte Erklärung der Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams (PRR) anzuwenden sowie die politische Aufklärungsarbeit in der Saigoner Armee zu verstärken.

Riesige Verluste (nach noch unvollständigen Angaben der PRR wurden im Oktober, dem 7. Monat der strategischen Offensive, 30 000 feindliche Soldaten außer Gefecht gesetzt), eine Desertionsrate von bis zu 55% und eine auf den Tiefstand gesunkene Moral kennzeichneten die Verfassung der Marionettentruppen. Volksaufstände in vielen Gebieten, aus denen die Saigoner Regierung Truppenteile abziehen mußte, um sie an die am meisten gefährdeten Frontabschnitte zu entsenden, flankierten die militärischen Erfolge der Volksbefreiungsstreitkräfte wie z.B. die vollständige Befreiung der Provinz Quang Tri und großer Teile der Küstenprovinz Binh Dinh.

VERTRAG ÜBER DIE BE- ENDIGUNG DES KRIEGES UND DIE WIERHERSTELLUNG DES FRIEDENS IN VIETNAM

1. Die Vereinigten Staaten respektieren die Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territoriale Integrität Vietnams, wie sie in dem Genfer Abkommen von 1954 anerkannt werden.

Waffenstillstand und Rückzug

2. 24 Stunden nach Unterzeichnung des Abkommens soll in ganz Südvietnam ein Waffenstillstand eingehalten werden. Die Vereinigten Staaten werden alle ihre militärischen Aktivitäten einstellen und die Bombardierung und Verminderung in Nordvietnam beenden. Innerhalb von 60 Tagen wird es einen totalen Rückzug von Truppen und Militärpersonal der Vereinigten Staaten und derjenigen ausländischen Länder aus Südvietnam geben, die mit den Vereinigten Staaten und mit der Republik Vietnam verbündet sind.

Die beiden südvietnamesischen Parteien sollen die Entsendung von Truppen, militärischen Beratern und militärischem Personal, Waffen, Munition und Kriegsmaterial nach Südvietnam nicht zulassen. Den beiden südvietnamesischen Parteien wird gestattet, in regelmäßigen Abständen Waffen, Munition und Kriegsmaterial, das nach dem Waffenstillstand abgenutzt oder zerstört worden ist, zu ersetzen, und zwar auf der Grundlage Stück um Stück von entsprechender Beschaffenheit und Ausrüstung. Die Vereinigten Staaten werden weder ihr militärisches Engagement fortsetzen noch sich in die inneren Angelegenheiten Südvietnams einmischen.

3. Die Rückkehr aller gefangenen und festgehaltenen Personen der Parteien sollten gleichzeitig mit dem US-Truppenabzug erfolgen.

Freie Wahlen unter Kontrolle

4. Die Grundsätze für die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes der südvietnamesischen Völker sind wie folgt: Das südvietnamesische Volk soll selbst über die Zukunft Südvietnams durch wirklich freie und demokratische allgemeine Wahlen unter internationaler Kontrolle entscheiden. Die Vereinigten Staaten legen sich auf keine politische Richtung in Südvietnam fest und versuchen nicht ein proamerikanisches Regime in Saigon einzusetzen. Nationale Versöhnung und Eintracht werden angestrebt, die demokratischen Freiheiten des Volkes gesichert und eine Verwaltungsstruktur mit der Bezeichnung „Nationaler Rat der nationalen Versöhnung und Eintracht“ bestehend aus drei gleichen Parteien wird eingesetzt, um die Verwirklichung der unterzeichneten Abkommen durch die provisorische Revolutionsregierung Südvietnams und die Regierung der Republik Südvietnam voranzubringen und allgemeine Wahlen zu organisieren. Die beiden südvietnamesischen Parteien werden sich über die Bildung von Räten auf unterer Ebene konsultieren.

Die Frage vietnamesischer Streitkräfte in Südvietnam soll durch die zwei südvietnamesischen Parteien in einem Geist nationaler Versöhnung und Eintracht, Gleichheit und gegenseitigen Respekts ohne ausländische Einmischung in Übereinstimmung mit der Nachkriegssituation geregelt werden. Zu den von den beiden südvietnamesischen Parteien zu erörternden Fragen gehören Schritte einer Reduzie-

rung der militärischen Zahlen auf beiden Seiten und der Demobilisierung der zu reduzierenden Truppen. Die beiden südvietnamesischen Parteien sollen ein Abkommen über innere Angelegenheiten Südvietnams sobald wie möglich unterzeichnen und ihr Äußerstes tun, um dies innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Waffenstillstandes zu verwirklichen.

5. Die Wiedervereinigung Vietnams wird Schritt für Schritt mit friedlichen Mitteln verwirklicht.

Internationale Konferenz

6. Es wird eine gemischte Militärkommission aus vier Parteien und eine gemischte Militärkommission aus zwei Parteien gebildet, die die beiden südvietnamesischen Seiten umfaßt.

Es wird eine internationale Kontroll- und Überwachungskommission geschaffen.

Binnen 30 Tagen nach Unterzeichnung dieses Abkommens wird eine internationale Konferenz über Vietnam einberufen.

Kambodscha und Laos

7. Die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam, die provisorische Revolutionsregierung der Republik Südvietnam, die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und die Regierung der Republik Vietnam respektieren strikt die fundamentalen nationalen Rechte der Völker Kambodschas und Laos, wie sie in den Genfer Abkommen von 1954 über Indochina und den Genfer Abkommen von 1962 über Laos besiegelt wurden, das heißt die Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territoriale Integrität dieser beiden Länder. Die unterzeichnenden Regierungen respektieren die Neutralität Kambodschas und Laos. Die Regierung der DRV, die provisorische Revolutionsregierung der Republik Südvietnam, die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und die Regierung der Republik Vietnam verpflichten sich, nicht das Territorium Kambodschas und Laos für Angriffe auf die Souveränität und die Sicherheit anderer Staaten zu benutzen.

Die außenstehenden Staaten beenden all ihre militärischen Aktivitäten in Laos und Kambodscha, ziehen aus diesen beiden Ländern ihre Truppen, Militärberater und Militärpersonal sowie alle Waffen, Munition und Kriegsmaterial zurück und nehmen davon Abstand, sie wieder dorthin zu entsenden.

USA tragen zum Wiederaufbau bei

Die inneren Angelegenheiten von Kambodscha und Laos werden ohne Einmischung von außen von ihren Völkern selbst geregelt.

8. Die Beendigung des Krieges. Die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam wird Bedingungen zur Herstellung eines neuen, gleichen und beiderseitig vorteilhaften Verhältnisses zwischen der Demokratischen Republik von Vietnam und den Vereinigten Staaten schaffen. Die Vereinigten Staaten werden zum Heilen der Wunden des Krieges und zum Wiederaufbau nach dem Kriege in der Demokratischen Republik von Vietnam und in ganz Indochina beitragen.

9. Dieses Abkommen soll unmittelbar nach seiner Unterzeichnung in Kraft treten. Es soll von allen beteiligten Parteien strikt eingehalten werden.

DOKUMENTATION

1) Bombardierungen

- 1 -

Seit dem Bekanntwerden des 9-Punkteabkommens nahm die Neigung der hiesigen Presse, die Kampfhandlungen in Indochina außerordentlich verzerrt und US-freundlich wiederzugeben (vgl. auch AIB Nr.8/1972) ein geradezu groteskes Ausmaß an.

Nachrichten über die pausenlosen Bombardierungen, über die Durchführung der Operation Phönix, d.h. die systematische Liquidierung der politischen Opposition, und andere Verbrechen der US-Aggressoren und ihrer vietnamesischen Söldner verschwanden fast völlig von der Bildfläche zugunsten einer euphorischen "Friedensberichterstattung". Stattdessen diffamierte man die FNL

und versuchte in den Berichten über die Aktionen der Befreiungsstreitkräfte diesen zu unterstellen, es seien gerade sie, die den Frieden gefährdeten, indem sie versuchten, noch möglichst große Gebiete an sich zu reißen, ehe sie aufgrund des Waffenstillstandes quasi gezwungenermaßen die Waffen strecken müßten.

Um nochmals klar zu zeigen, welcher Verbrechen sich die US-Aggressoren auf Geheiß ihres "Friedenspräsidenten" Nixon gerade unmittelbar während und nach den Vertragsverhandlungen schuldig machten, bringen wir die nachstehende Dokumentation.

In der Phase der sogenannten Vietnamisierung des Indochinakrieges haben die USA ihre barbarischen Luftangriffe ungeheuer verschärft. Ein Viertel aller Dörfer Südvietnams ist vom Erdboden verschwunden oder stark zerstört und 26 687 Menschen wurden umgebracht. Täglich bewegen neue Meldungen über amerikanische Luftangriffe auf Stellungen der Patrioten in Südvietnam oder auf Gebiete der DRV die Weltöffentlichkeit:

- April 1972

Die USA-Luftwaffe bombardiert den Hafen von Haiphong. Auf dem sowjetischen Frachter "Samuil Marschak" finden drei Dockarbeiter den Tod.

- Mai 1972

Die DRV-Regierung teilt mit, daß vom 13. bis 24. April Kreuzer und Zerstörer der 7. USA-Flotte 22 Gemeinden an der DRV-Küste mit Granaten beschossen haben. Dabei kamen 267 Kinder, Frauen und Greise ums Leben. Es gab 382 Verwundete.

Im Gebiet Gia Lam werden 32 Einwohner getötet. Vier Bomber fliegen gegen zwei Schulen im Gebiet Thach Ha - der Bombenhagel tötet 20 Kinder.

Das Pentagon teilt mit, daß USA-Kriegsflugzeuge Flüsse und Kanäle sowie die Zugänge zu sieben Häfen der Demokratischen Republik Vietnam vermint haben.

- Juli 1972

Die DRV-Kommission zur Untersuchung amerikanischer Kriegsverbrechen in Vietnam gibt bekannt: Die USA-Luftwaffe hat in einem einzigen Monat, dem Juli 1972, über 2 100 Bombenangriffe auf die DRV unternommen. Während dieser Überfälle sind unter anderem mehr als 20 000 Sprengbomben abgeworfen und 734 Raketen abgeschossen worden.

- August 1972

Die Städte Vinh, Dong Hoi, Ha Tinh, Ninh Binh und Hong Hay sind dem Erdboden gleichgemacht worden. Dabei zerstörte der

Bombenhagel unter anderem 60 Mittel- und Hochschulen mit insgesamt 800 Unterrichtsräumen sowie 50 Krankenhäuser und Ambulanzen.

- September 1972

Aus einer Erklärung des Außenministeriums der Republik Südvietnam (RSV) geht hervor:

Vom 7. bis 11. September 1972 haben die amerikanischen Aggressoren täglich etwa 150 Flüge auf Quang Tri und seine Umgebung unternommen. Sie warfen nahezu 10 000 Tonnen Bomben ab und setzten chemische Giftstoffe ein.

- September 1972

Die vietnamesische Gewerkschaft Volksbildung informiert: "Seit dem 14. April bis heute (25. September) haben die USA-Luftpiraten fast 200 Schulen aller Stufen in Nordvietnam barbarisch angegriffen..." Am 7. September 1972 um 10.15 Uhr haben sie große Mengen von Druck-, Spreng- und Anti-Personen-Bomben auf die Schule ersten und zweiten Grades "Tran Phu" abgeworfen. Die Schule wurde völlig zerstört. Die Lehrerin... und viele Schüler kamen dabei ums Leben."

- September 1972

Von einem weiteren Massaker von USA-Soldaten berichtet die amerikanische Zeitung "Daily Oklahama". Das Blatt teilt mit, daß bei "Befriedungsoperationen" in der Zeit vom 18. bis 23. Mai 1967 Hunderte von Südvietnamesen umgebracht wurden. Die Enthüllungen, die zum Teil bereits durch USA-Militärbehörden bestätigt werden mußten, gehen auf Aussagen des früheren Kriegsberichterstatters Paul Halverson zurück.

- Oktober 1972

Auf einer der erschütterndsten Pressekonferenzen, die Hanoi bisher erlebte, geben die Oberbürgermeister von Hanoi, Haiphong, Nam Dinh und Hong Gai sowie die DRV-Untersuchungskommission für amerikanische Kriegsverbrechen bekannt: Hanoi und Umgebung wurden von April bis September 57mal mit Bomben und Raketen attackiert. Auf Haiphong, wo über eine Million Menschen leben, haben USA-Flugzeuge in 230 Luftangriffen über 4 000 verschiedenartige Bomben geworfen. Über 400 Raketen trafen die Stadt, mit annähernd 2 000 Wasserminen und magnetischen Bomben wurden die Seegebiete belegt. Die Provinzhauptstadt Hong Gai mit rund 80 000 Einwohnern existiert nach 172 Tag- und Nachtangriffen nicht mehr. Nam Dinh, mit 180 000 Einwohnern drittgrößte Stadt der DRV, ist nach 33 Tag- und Nachtangriffen zu 70 Prozent zerstört.

- Oktober 1972

Am 11. Oktober wird von der USA-Luftwaffe das Gebäude der französischen Generaldelegation in Hanoi völlig zerstört. Der französische Generaldelegierte Pierre Susini wird schwer verletzt, fünf Menschen werden getötet. Susini erliegt später seinen Verletzungen.

Am 14. Oktober fliegen die amerikanischen Aggressoren nach eigenen Angaben 350 Angriffe auf Gebiete der DRV. Es handelt sich um die schwersten Überfälle auf dichtbesiedelte Gegenden seit Monaten.

2) Zerstörung von Dämmen und Deichen

Die von den USA wiederholt geleugneten Angriffe auf Deich- und Bewässerungsanlagen der DRV sind eine inzwischen von zahlreichen Augenzeugen bestätigte Realität. Seit Monaten werden die lebenswichtigen Befestigungen ungeachtet der Proteste in aller Welt von amerikanischen Flugzeugen immer wieder beschossen:

- Juli 1972:

In Hanoi wird mitgeteilt: In den vergangenen vier Monaten waren 40 Dammschnitte am Roten Fluß sowie 20 Schleusen und andere Wasserbauanlagen massierten Bombenangriffen ausgesetzt. Insgesamt wurden 173 Einsätze geflogen und dabei 1 243 Bomben abgeworfen. Tausende von Metern an Deichen und Dämmen sind beschädigt.

- August 1972:

Dutzende von USA-Bomben gehen auf Deiche am Thai-Binh-Fluß nieder. Der Minister für Wasserwirtschaft der DRV erklärt dazu: "Die amerikanischen Flugzeuge wählen als Ziele ausgerechnet solche Objekte, die für den Kampf gegen Hochwasser von größter Bedeutung sind." Er teilt weiter mit, die USA-Luftwaffe habe seit dem 10. April das Deichsystem der DRV mindestens 206mal bombardiert.

- September 1972:

Deichanlagen in den Südprowinzen der DRV sind USA-Bombenangriffen ausgesetzt. Das Ministerium für Wasserwirtschaft gibt bekannt, daß allein die Deiche am Fluß Chonglam seit August 22mal mit Bomben angegriffen wurden.

- Oktober 1972:

Die Internationale Untersuchungskommission für amerikanische Kriegsverbrechen in Vietnam kommt auf ihrer Kopenhagener Session unter anderem zu dem Schluß: Die Bombardierungen der Deiche durch die US-Luftwaffe waren beabsichtigt und gezielt. Die beschädigten Deiche waren nicht Teil eines Verkehrsnetzes. In der Nähe gab es keine militärischen Objekte.

3) Operation Phönix

Das Thieu-Regime in Südvietnam unternimmt auf die Patrioten des Landes einen regelrechten Vernichtungsfeldzug. Jeder, der verdächtigt erscheint, wird verfolgt, eingekerkert und gefoltert, ungeachtet seines Alters oder Gesundheitszustandes. Verschärft hat sich die Jagd auf alle Gegner des Regimes und alle viet-

namesischen Patrioten vor allem seit der Intensivierung der Pariser Gespräche und nach dem Bekanntwerden des Vertragsentwurfes über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam. Die Repressalien nehmen täglich zu und aus den südvietnamesischen Gefängnissen dringen immer neue Schreckensnachrichten:

- Januar 1972:

Im Gefängnis von Shi Hoa in Saigon wurden 70 Gefangene ermordet. Im Gefängnis Kai Dau auf der Insel Phu Quoc sind 630 Menschen zu Tode gefoltert worden. In Tai Ninh sprengten Aufseher 100 Gefangene mit Minen in die Luft. Im Lager Tan Thanh starben 500 der auf kleinstem Raum zusammengepferchten 12 000 Menschen binnen weniger Wochen. In Kong H-Rinh beschossen Wachmannschaften vier Stunden lang das Lager. Ergebnis: 350 Tote, zahlreiche Verletzte.

- August 1972:

Die Londoner "Times" veröffentlicht einen Korrespondentenbericht aus Südvietnam: Seit April 1972 kerkerte das Saigoner Regime 15 000 Menschen ein. Über die Behandlung der Gefangenen hieß es: Nguyen thi Yen wurde mit glühenden Zigaretten mißhandelt und anschließend mit einem Holzknüppel besinnungslos geschlagen. Trinh dinh Ban wurde geschlagen, bis sich seine Augen schlossen und infizierten, dann trieb man ihm Nägel durch die Fingerspitzen und prügelte ihn auf Brust und Fußsohlen, bis er sich nicht mehr bewegen konnte. Vo bi Bachtyet wurde geschlagen und an den Füßen über einer brennenden Kerze aufgehängt. Später sperrte man sie in einen winzigen zur Hälfte überfluteten Raum und ließ Mäuse und Insekten über ihren Körper kriechen.

- Oktober 1972:

Die RSV-Regierung teilt in Hanoi mit: In den Gefängnissen und Konzentrationslagern des Saigoner Regimes schmachten fast eine halbe Million Menschen, darunter auch Kinder. Es gibt weit über 1 000 Konzentrationslager und Gefängnisse, die das Regime mit amerikanischer Unterstützung (1970/71: 172 000 Dollar) gebaut hat. Die dort lebenden Häftlinge schweben in höchster Lebensgefahr. Das verdeutlicht unter anderem ein Vorgang im KZ Con Son, der erst jetzt bekannt wurde: Im Frühjahr 1972 befahl der Direktor des KZ, etwa 180 neuartige Granaten, die bei der Explosion extrem hohe Temperaturen entwickeln, in die überfüllten Zellen zu werfen. Über 200 Gefangene erlitten dabei furchtbare Verletzungen.

- Oktober 1972:

In Berlin übergibt der Botschafter der RSV dokumentarisches Material über die Verbrechen der Amerikaner und ihrer Saigoner Söldner an den über 35 000 in Phu Quoc gefangengehaltenen Patrioten. Daraus geht hervor: Jährlich gibt es hier durchschnittlich neun Prozent Tote und 15 Prozent Invaliden - Opfer der Folterungen.

(Quelle: Panorama DDR, Auslandspressedienst)

GEGEN DIE RECHTEN & „LINKEN“ SABOTEURE

Als am 27.10.72 in allen Zeitungen und auf allen Kanälen der Rundfunk- und Fernsehanstalten die Nachricht von dem zu erwartenden "Vertrag über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam" gemeldet wurde, war auch bei den Vertretern bundesrepublikanischer Öffentlichkeit Erleichterung sichtbar. Erleichterung vor allem darüber, daß nun endlich das leidige Thema "Vietnamkrieg", der Stachel im Fleisch der Apologeten der "westlichen Demokratie und Freiheit", vom Programm abgesetzt würde. Der fatale Geruch von Komplizenschaft, der dem engsten Partner des US-Imperialismus - der BRD - allmählich anhaftete und der das Bild einer Außenpolitik der Verständigung und des friedlichen Interessenausgleichs zu verzerren begann, schien auf diese Weise vertrieben werden zu können. Einzelne Kommentatoren erinnerten sich plötzlich ihrer "journalistischen Sorgfaltspflicht" und hatten es nun angeblich seit langem gewußt, daß für die USA der Krieg schon seit Jahren verloren war.

Die von der US-Regierung alsbald angekündigte terminliche Verschiebung der Vertragsunterzeichnung wurde selbstverständlich akzeptiert; dagegen wurden die Aufforderungen insbesondere von Seiten der sozialistischen Länder, den Vertrag am vorgesehenen Termin zu unterzeichnen, als unbilliger Druck auf die Regierung der USA angesehen, der letztlich den Friedensschluß nur gefährden würde.

Die Argumente Nixons waren ja auch einleuchtend genug: natürlich mußten erst die Schwierigkeiten und Meinungsverschiedenheiten mit Thieu ausgeräumt werden.

Und während in dokumentarischen Sendungen die sog. "Unabhängigkeit und Souveränität" aller bisherigen Marionettenregierungen Südvietnams entlarvt wurden, stützte man gleichzeitig die Version, die US-Regierung sei nicht imstande, "einen in Präsidentenkleider gesteckten Kretin, eine von tausend Fäden gehaltene Marionette ihrer Schöpfung 'zurückzupfeifen'", wie es das Neue Deutschland treffend formulierte.

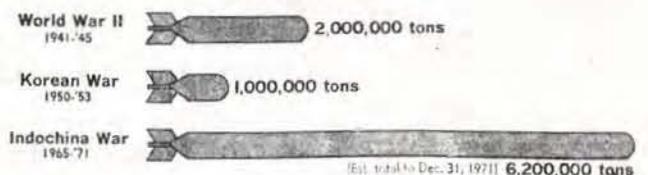
Die Behauptung der US-Regierung, daß "Nordvietnam und der Vietkong" mit verstärkten Kampfhandlungen im Süden die Friedenschancen herabminderten, wurde von den "bürgerlichen" Massenmedien umso begieriger

aufgegriffen, als immer deutlicher wurde, daß die USA das Abkommen nicht so schnell unterzeichnen würden und man nun einen Schuldigen dafür anbieten mußte.

Die Durchsichtigkeit von Nixons Wahlkampfmanöver auch nur anzudeuten, war bei wenigen Ausnahmen für die westdeutschen Massenmedien unmöglich. Es ist ihr Verdienst, die Illusionen über den Friedenswillen der US-Regierung systematisch verbreitet zu haben. Daß sich die Bundesregierung trotz ihres "Friedenskanzlers" den wahltaktischen Täuschungsmanövern Nixons, die die Verlängerung des Aggressionskrieges zum Ziel hatten, nicht widersetzen, kann nur damit erklärt werden, daß sie nach wie vor als "verlängerter Arm" der US-amerikanischen Vietnampolitik funktioniert.

Die demokratische, antiimperialistische Bewegung der BRD aber hat sich - und damit steht sie in Westeuropa leider nicht allein - hinsichtlich der Gefährlichkeit der Täuschungsmanöver und der Chancen der Abkommensunterzeichnung verschätzt. Machtvolle Aktionen in der BRD und in Westeuropa hätten es der US-Regierung nicht so leicht gemacht, die mit der DRV getroffenen Vereinbarungen zu brechen. Es muß unsere Aufgabe sein, mit aller Kraft für einen sofortigen Vertragsabschluß zu kämpfen, für einen Frieden, der den Völkern Indochinas ihre nationalen Grundrechte sichert: Frieden, Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territoriale Integrität.

Der Vertragstext, der noch am gleichen Tag der Veröffentlichung in Hanoi in vielen Städten der BRD durch die "Initiative Internationale Vietnam-Solidarität" verbreitet wurde, hat diejenigen, die sich in ihren Materialien als "Volkskriegsfanatiker" zu erkennen gegeben hatten, über die Maßen verwirrt und verstört. Da standen sie nun mit ihrer Losung "Sieg im Volkskrieg", während die vietnamesischen Freunde und Genos-



sen ein Abkommen vorweisen konnten, das einerseits die militärischen und politischen Erfolge der Völker Indochinas und das veränderte internationale Kräfteverhältnis widerspiegelte, andererseits aber auch ein Zeugnis für eine weitgehende diplomatische Initiative der vietnamesischen Patrioten war.

Die Reaktion der Spalter- und Sektierergruppchen war in ihrer Stoßrichtung - trotz einiger Varianten - einheitlich, ob sie sich zu einer mühsamen, partiellen Unterstützung des Abkommens durchdrangen oder ob sie es direkt oder indirekt als "Verrat" (der Sowjetunion an den Vietnamesen, bzw. der Vietnamesen am Volkskrieg) diffamierten.

Die gefährlichen Konsequenzen ihrer Behauptungen erlauben es nicht, diese nur als "Irrtümer" und "Mißverständnisse" zu kritisieren. Auf einige ihrer Parolen soll daher eingegangen werden.

Sie sagen: "Der Imperialismus wird seinen aggressiven Charakter nie verlieren" (- eine zweifellos richtige Feststellung) und Friedensverträge bedeuten "für ihn nur, daß er formal bereit ist, alle Zugeständnisse zu machen, solange diese ihn nicht an der weiteren Unterdrückung und Ausbeutung eines Volkes hindern."¹

Sie meinen aber: Jeder antiimperialistische Kampf muß überall und jederzeit die militärische Entscheidungsschlacht schlagen. Kurz- und langfristige Möglichkeiten, diesen aggressiven Imperialismus politisch, ideologisch und diplomatisch, (ökonomisch und militärisch) zu schwächen, ihm - wo immer das Kräfteverhältnis es zuläßt - Schranken zu setzen, Positionen zu entreißen, ihn an Nebenfronten angreifen etc. - all das sind unwesentliche bzw. verzichtbare Kampfformen.

Sie sagen: Es gibt nur eine Entscheidung. "Die Entscheidung für den revolutionären Volkskrieg oder gegen ihn. Dazwischen gibt es nichts."

Sie meinen damit: Gewerkschafter, Christen, fortschrittliche Intellektuelle, aber auch die Massen der arbeitenden Bevölkerung, die den zweiten oder sogar noch den ersten Weltkrieg am eigenen Leib erlebt hat und daher mit gutem Recht vor "Volkskriegs"-Parolen zurückschreckt, sie alle, die sich nicht für den Volkskrieg entscheiden wollen oder können, werden "an die Seite des US-Imperialismus und aller seiner Helfershelfer" gestellt, die "in letzter Konsequenz Unterdrückung und Terror auf dem ganzen Erdball" beklatschen.

Die bornierte Fixierung auf die militärische Front allein, die auch für die um ihre Befreiung mit Waffengewalt kämpfenden Völker falsch ist und von keiner Befreiungsbewegung - sei es in Lateinamerika, Asien oder Afrika - theoretisch und praktisch vertreten wird, beinhaltet in letzter Konsequenz den Verzicht auf den politischen Kampf selbst.

Gerade diejenigen, die die berechtigten Forderungen des vietnamesischen Volkes an uns - "in allen fünf Erdteilen a l l e geeigneten Kampfmaßnahmen zu ergreifen, um zu fordern, daß die amerikanische Regierung sofort das Abkommen unterzeichnet"² - ablehnen, wagen es, sich zum Sachwalter und Kritiker der vietnamesischen Revolution zu machen.

Bedenkt man die Tatsache, daß die Bundesrepublik der ökonomisch, politisch und militärisch stärkste Verbündete des US-Imperialismus ist, daß es sich um einen Staat handelt, in welchem die militärische Machtfrage längst noch nicht zu stellen ist und daher der Kampf an der militärischen Front sich zumeist auf die politische Aufklärungsarbeit in der Bundeswehr beschränkt, so kommt gerade hier dem politischen Kampf größte Bedeutung zu.

Doch selbst, wenn diese relativ schlichte Einsicht politisch Naiven oder Wirtköpfen, die ihre Erfahrungen in Geisterausschüssen (den sog. Vietnamausschüssen) sammeln, nicht unmittelbar zugänglich ist, - die Vietnamesischen Befreiungskämpfer, die FNL und die Provisorische Revolutionäre Regierung selbst haben es immer wieder und eindeutig formuliert, welches der Beitrag der internationalen Solidaritätsbewegung sein soll:

"Wir möchten Euch ... bitten, Eure Anstrengungen zu verdoppeln, um die reaktionäre Indochinapolitik der USA anzuprangern und zu verurteilen und um den Völkern von Vietnam, Laos und Kambodscha Eure ganze moralische, politische und materielle Hilfe zukommen zu lassen."³

Anmerkungen

- 1) Die im folgenden zitierten Äußerungen der "Volkskriegsfanatiker" entstammen regionalen und zentralen Flugblättern der Vietnam-Ausschüsse bzw. von KSB/ML Gruppen etc.
- 2) Bulletin der Botschaft der RSV in der DDR Nr. 11, November 1972
- 3) Brief von Ly van Sau, Sprecher der PRR bei den Pariser Vietnam-Verhandlungen an Vertreter der Initiative Internationale Vietnam-Solidarität, AIB Nr 6/1970.

CHILE

Luis Corvalán, Generalsekretär der KP Chiles:

Was geht in Chile vor?

Frage: Welches sind die charakteristischen Merkmale des revolutionären Prozesses in Chile, und welche Hauptmomente der Tätigkeit der Volksregierung bestimmen den Inhalt seiner gegenwärtigen Etappe?

Antwort: Die Ereignisse in Chile sind ein Teil des revolutionären Weltprozesses. Bestimmend für ihren Inhalt und ihren Charakter sind die dringende Notwendigkeit der Befreiung des Landes von der imperialistischen Herrschaft, die im Schoße unserer Gesellschaft herangereiften Grundwidersprüche sowie die Stärke, der erreichte Grad der Einheit und der politischen Reife des Proletariats und des ganzen Volkes. Die gegenwärtige Etappe des revolutionären Prozesses in Chile wird durch ihren antimperialistischen, antilatifundistischen und antimonopolistischen Inhalt charakterisiert.

In den zwei zurückliegenden Jahren haben sich in der Wirtschaft des Landes tiefgreifende Veränderungen vollzogen. Verstaatlicht wurden die großen Kupferminen der imperialistischen Gesellschaften Anaconda und Kennecott, die Salpeterproduktion, die großen Eisenerzgruben, das Hüttenwerk in Huachipato, eine Kraftwerksgesellschaft (Filiale der American and Foreign Powers Company) sowie die größten ausländischen Firmen im Außenhandel. Enteignet wurde die Filiale der International Telephone and Telegraph (ITT). Dem imperialistischen Herrschaftssystem sind wichtige Schläge versetzt worden. Die Agrarreform hat die Hälfte der bearbeiteten Ländereien erfaßt. Mit der Allmacht der Latifundien ist es vorbei. Private Banken gingen in die Hände des Staates über. Einige Dutzende der größten Industriebetriebe monopolistischen Typs sind verstaatlicht, requiriert oder stehen unter Kontrolle. Der Staat kontrolliert 94 Prozent des Exports von Waren und Dienstleistungen und 60 Prozent des Imports. In seine Hände ging ein großer

Teil der Großhandelsbetriebe über, geschaffen wurde ein Apparat für die Belieferung der Einzelhändler mit Waren. Die ökonomische Macht der chilenischen Finanzoligarchie ist beträchtlich untergraben, wenn auch nicht endgültig gebrochen. Von Grund auf verändert hat sich die Außenpolitik Chiles. Die Regierung stellte die 1964 unter dem Druck der USA abgebrochenen diplomatischen und Handelsbeziehungen mit Kuba wieder her und nahm Beziehungen zu einer Reihe anderer Staaten auf.

Die Regierung hat die Handelsbeziehungen zu den Ländern des Sozialismus, besonders zur Sowjetunion, beträchtlich erweitert. Die Gesamtsumme der uns von den sozialistischen Ländern gewährten und zum Teil bereits in Anspruch genommenen Kredite beläuft sich auf 463 Mill. Dollar, von denen 259 Mill. auf die UdSSR entfallen. Außerdem beginnt Chile von ihnen wertvolle wissenschaftlich-technische Hilfe zu erhalten. Die politischen und kulturellen Beziehungen werden weiterentwickelt. Hergestellt wurden die ersten freundschaftlichen Kontakte zwischen den militärischen Institutionen Chiles, der Sowjetunion, der DDR, Polens und Kubas.

Besondere Aufmerksamkeit der Volksregierung gilt einer Verbesserung der Beziehungen zu den lateinamerikanischen Ländern, insbesondere zu den angrenzenden Staaten und den Partnern des Andenpakts.

Ein Spezifikum des in Chile verlaufenden Prozesses, der in der ganzen Welt starkes Interesse findet, besteht darin, daß die revolutionären Umgestaltungen im Rahmen der Verfassung vollzogen werden. Natürlich handelt es sich nicht einfach um konstitutionelle Möglichkeiten in reiner Form. Von entscheidender Bedeutung ist der organisierte Kampf der Werktätigen und die Tatsache, daß die Mehrheit der Bevölkerung des Landes die Notwendig-

keit dieser oder jener Maßnahmen begreift. Das war beispielsweise bei der Verstaatlichung des Kupfers der Fall, die vom ganzen Volk einmütig unterstützt wurde. Als ein weiteres Beispiel mag das Scheitern der von den Reaktionären eingebrachten Gesetzesvorlagen dienen, durch die requirierte Unternehmen den früheren Geschäftsführern unterstellt werden sollten. Die Werktätigen erklärten entschlossen, daß sie dem nie und nimmer zustimmen werden.

Der gesamte revolutionäre Prozeß – angefangen beim Wahlsieg des Volkes im Jahre 1970 bis zu den Umgestaltungen der jüngsten Zeit – wird vor allem durch die Aktionen der Massen, durch die Einheit und den Kampf der Werktätigen und des ganzen Volkes bestimmt.

Wir müssen den Widerstand der Reaktion brechen, den staatlichen Sektor der Wirtschaft erweitern, bei der Verwirklichung der Agrarreform noch weiter vorankommen, die Rentabilität der staatlichen Betriebe sichern, die Produktion und die Arbeitsproduktivität erhöhen, die wirtschaftliche Planung entwickeln, gegen die Inflation vorgehen, die Versorgung gewährleisten, die Arbeitsdisziplin heben und gegen den Bürokratismus kämpfen.

Gleichzeitig sind tiefgreifende Umgestaltungen im System der Oberschulbildung sowie eine weitere Entwicklung der Hochschulreform erforderlich. In der Schlußsitzung des Nationalen Kongresses des Kommunistischen Jugendverbandes sagte der Präsident der Republik, daß „jeder Lernende arbeiten und jeder Arbeitende lernen muß“. Das ist der Sinn dieser Reform. Im Vordergrund stehen ferner die Wohnungsfrage und das Problem des Gesundheitsschutzes. Die Regierung ist bemüht, sie zu lösen, doch das hängt vor allem davon ab, wieviel Mittel wir durch die Steigerung der Produktion sowie durch richtige Wirtschafts- und Finanzpolitik akkumulieren können.

Immer dringender werden die Umgestaltungen im politischen Überbau der Gesellschaft. Dazu ist vorgesehen, den Entwurf der neuen Verfassung auszuarbeiten, die u. a. eine Demokratisierung der Legislative und der Justiz ermöglichen wird, ihn in der Öffentlichkeit zur Diskussion zu stellen, bevor er ins Parlament kommt. Da aber die Reaktion in den genannten Organen feste Positionen innehat und das Bewußtsein der Bürger in dieser Hinsicht noch ungenügend gereift ist, muß eine große ideologische und politische Schlacht geliefert, eine wesentliche Veränderung im Kräfteverhältnis herbeigeführt werden.

Frage: Können Sie, Genosse Corvalán, unter Berücksichtigung Ihrer Definition der gegenwärtigen Etappe des revolutionären Prozesses in Chile etwas zu den Möglichkeiten der Entwicklung des Landes auf dem Wege zum Sozialismus sagen?

Antwort: Die Verstaatlichung der großen Unternehmen, die dem Imperialismus und der Oligarchie gehört haben, sowie die Veränderungen im System des Grundbesitzes schaffen die materiellen Voraussetzun-

gen für eine Bewegung zum Sozialismus. Aber an sich garantieren sie eine solche Bewegung noch nicht. Entscheidende Faktoren in diesem Sinne sind die führende Rolle der Arbeiterklasse, ihr gemeinsam mit den anderen sozialen Schichten geführter Kampf für die Realisierung dieser Voraussetzungen und der politische Kurs der Regierung.

Mit Hilfe der Kommunistischen und der Sozialistischen Partei sowie der Einheitlichen Gewerkschaftszentrale (Central Unica de Trabajadores de Chile - CUT), die der Regierung nicht angehört, aber die von dieser durchgeführten revolutionären Veränderungen unterstützt, übt die Arbeiterklasse zunehmenden Einfluß auf die Umgestaltung der Gesellschaft aus. Es ergeben sich weitgehende Möglichkeiten für die Teilnahme der Werktätigen an der Leitung der Betriebe, vor allem im staatlichen Sektor der Wirtschaft. Gebildet werden Ausschüsse, die für die Steigerung der Produktion und der Arbeitsproduktivität sorgen, sowie Kommissionen zum Kampf gegen Sabotage und andere Umtriebe des Klassenfeindes. Im Dorf entstand und entwickelt sich die Gewerkschaftsbewegung, die bereits rund 300 000 Werktätige in ihren Reihen zählt. In den von der Agrarreform erfaßten Bezirken sind die ersten genossenschaftlichen Betriebe und eine Reihe Staatsgüter entstanden, werden Landmaschinenparks geschaffen und Bauernräte gebildet, die sich an der Ausarbeitung und Verwirklichung der Regierungspolitik auf allen Ebenen beteiligen. Die Parteien der Unidad Popular sind für die breiteste Teilnahme der Werktätigen an der Leitung des Staates.

Bei der Bestimmung der Rolle des Proletariats in der Revolution lassen wir Kommunisten uns von marxistisch-leninistischen Prinzipien leiten. Diese werden auch von der Sozialistischen Partei und der MAPU (Movimiento de Acción Popular Unitaria) geteilt. Zusammen mit unserer Partei kämpfen sie für die Verwirklichung dieser Prinzipien, für den Erfolg der chilenischen Revolution, für den Übergang zum Sozialismus. „Die einzige wahre Volksalternative und folglich auch die Hauptaufgabe der Volksregierung ist, mit der Herrschaft der Imperialisten, Monopolisten und der Gutsbesitzeroligarchie Schluß zu machen und den Aufbau des Sozialismus in Chile zu beginnen.“²

Folglich stellt die antiimperialistische und antioligarchische Revolution, die in unserem Lande begonnen hat, gleichzeitig eine Etappe des Übergangs zu sozialistischen Umgestaltungen dar und ist deshalb ein Teil des Kampfes der Völker der ganzen Welt für die nationale Befreiung, für Frieden und Sozialismus.

Frage: Am Vorabend des zweiten Jahrestages des Machtantritts der Volksregierung haben sich im Lande ernste wirtschaftliche Schwierigkeiten ergeben. Welches sind ihre Ursachen und welches die Wege zu ihrer Überwindung?

Antwort: Dank den Umgestaltungen in der Wirtschaft werden die Gewinne aus den verstaatlichten Gruben, den staatlichen Banken, den Betrieben der Agrarreform-

zone und des staatlichen Industriesektors im Interesse des Volkes und des Landes genutzt. Sie fließen nicht mehr in die Taschen der Monopole. Die Regierung hat eine Umverteilung der Einkünfte zugunsten der Werktätigen, eine Erhöhung der Kaufkraft der Massen erreicht und die Produktion auf der Grundlage voller Ausnutzung der vorhandenen Kapazitäten stimuliert.

In der Sprache der Statistik ausgedrückt, betrug der Zuwachs des Nationalprodukts im Jahre 1971 8,5 Prozent, der Zuwachs der Industrieproduktion etwa 12,5 Prozent. Im ersten Halbjahr 1972 war die Industrieproduktion um 12,7 Prozent größer als in der gleichen Periode des Vorjahres. Die Arbeitslosenquote ist die niedrigste seit 16 Jahren. Sie sank von 8,8 Prozent im November 1970 auf 3,7 Prozent im Juni 1972. Im Vergleich zum Vorjahr ging die Inflation im Jahre 1971 von 34,9 auf 22,7 Prozent zurück.

Doch obwohl das Wachstumstempo der Produktion und der Beschäftigungsgrad hoch bleiben, macht das Land gegenwärtig ernste Versorgungsschwierigkeiten durch. Die Inflation hat stark zugenommen. Von Januar bis August dieses Jahres sind die Lebenshaltungskosten um 63,5 Prozent gestiegen.

Diese Erscheinungen haben viele Ursachen. Die Volksregierung hat als Erbe eine sagenhafte Auslandsverschuldung von rund 4 Mrd. Dollar übernommen. Die Landwirtschaft ist seit Jahrzehnten nicht mehr aus der Krise und Stagnation herausgekommen. Die Ausrüstung der Industriebetriebe ist veraltet. Der Eisenbahnverkehr, die Seeschifffahrt und das Straßennetz sind nicht entwickelt. Die Häfen können den Güterumschlag nicht bewältigen. Es fehlt an Getreidespeichern.

Die Volksregierung mußte das Land bei einer ungünstigen Konjunktur auf dem Weltmarkt vertreten. Der Preis für Kupfer - den Hauptposten unseres Exports - ist von 68 auf 48 Cents je Pfund zurückgegangen. Die Senkung um einen einzigen Cent bedeutet für uns den Verlust von 12 Mill. Dollar jährlich. Wir büßen somit alljährlich 240 Mill. Dollar ein. Gleichzeitig sind die Weltmarktpreise für die von uns eingeführten Nahrungsmittel und für das Erdöl, die wir in Devisen bezahlen müssen, stark angestiegen. Obwohl mit einigen Ländern Verhandlungen über eine Überprüfung unserer Verschuldung aufgenommen wurden, müssen wir auf Grund von Verpflichtungen früherer Regierungen mehr als 200 Mill. Dollar jährlich zahlen. Die USA haben uns den Kredit zu einem großen Teil entzogen. Das verringert unsere Importmöglichkeiten zudem um mehr als 200 Mill. Dollar.

Bei den revolutionären Umgestaltungen, zum Beispiel beim Übergang der Kupferminen in die Hände des Staates, kommt es zur Sabotage, zur Flucht von Fachkräften, die USA liefern keine Ersatzteile mehr und verhängen ein Embargo über die Ausfuhr bereits bezahlter Waren nach Chile. Die reaktionäre Mehrheit im Parlament verweigert die Bereitstellung von Mitteln zur Finanzierung einiger Regierungsmaßnahmen. Festsetzung fixer Preise und Erhö-

hung der Löhne über das vorgesehene Niveau hinaus bedingen nicht selten, daß Betriebe des staatlichen Sektors mit Verlust arbeiten. Die Demagogie des Klassenfeindes und einiger „linker“ Kreise läßt die Tendenz zu überhöhten wirtschaftlichen Forderungen aufkommen.

Das alles zusammengenommen hat die Regierung gezwungen, zuviel Geld in Umlauf zu setzen. Vermögende reaktionäre Kreise begannen Panik zu schüren, die Bevölkerung zu Hamsterkäufen anzustiften, schufen den Schwarzen Markt und organisierten den Schleichhandel.

Die Regierung kämpft gegen die entstandene Lage. Sie hat das Lohn- und Preissystem überprüft, den Escudokurs in Relation zum Dollar verändert, eine Reihe von Maßnahmen zur Verringerung des in Umlauf befindlichen Geldüberschusses ergriffen und die Steuern für die Reichen erhöht. Damit wird die finanzielle Macht der besitzenden Klassen untergraben.

Die Überwindung der Versorgungsschwierigkeiten und die Eindämmung der Inflation hängen nicht nur von der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung, sondern auch von den Werktätigen selbst ab. Die Regierung Salvador Allende hat mit entschlossener Unterstützung der Kommunistischen Partei und der anderen Organisationen der Unidad Popular das Volk aufgerufen, die Schlacht um die Steigerung der Produktion und der Arbeitsproduktivität zu beginnen. Dieses patriotische und revolutionäre Ziel begeistert Hunderttausende von Werktätigen.

Aufgenommen wurde die Produktion von Ersatz- und Einzelteilen, die wir früher importieren mußten. Es kamen die ersten Neuerer der Produktion auf. Freiwillige Sonntagsschichten werden immer mehr zu einer Massenerscheinung. Es gibt keinen Betrieb des staatlichen Sektors, in dem sie nicht durchgeführt werden. Auf Anregung des Koordinierungszentrums der Jugendorganisationen wurde der 14. Mai 1971 zum Nationalen Tag der freiwilligen Arbeit. An ihm beteiligten sich 1 Million Menschen. Die freiwillige Sonntagsschicht im Jahre 1972 vereinte bereits 2 Millionen Menschen.

Aber das alles sind nur gute Ansätze. Wir müssen noch vieles tun, um die Planung zu entwickeln, das System der Produktionsverträge, der materiellen und moralischen Stimulierung zu verbessern.

Bei der Lösung des Versorgungsproblems leistet uns die sozialistische Staatengemeinschaft unschätzbare Unterstützung. Die Sowjetunion hat uns für den Ankauf von Nahrungsmitteln eine einmalige Anleihe in Höhe von 70 Mill. Dollar und 25 Mill. Dollar als revolvingierenden Kredit gewährt. Wir erhielten ferner drei sowjetische Fischereifahrzeuge, was eine wesentliche Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung ermöglichte.

Frage: Auf zeitweilige Schwierigkeiten spekulierend, versucht die Reaktion immer wieder, zur Gegenoffensive überzugehen. Was können Sie zu den Grundrichtungen des politischen Kampfes in Chile sagen?

Antwort: Wie unsere Partei wiederholt erklärte, bedeutete der Sieg bei den Präsidentschaftswahlen von 1970 die Eroberung nur eines Teils der politischen Macht. Der Feind versucht, uns zum Rückzug aus unseren Positionen zu zwingen. Wir sind bestrebt, diese Positionen zu festigen und die Offensive weiter vorzutragen. Das heißt, daß der Klassenkampf um die Grundfrage der Revolution, die Frage der Macht, entbrennt.

Die ganze Welt weiß sehr wohl, daß der nordamerikanische Imperialismus und die reaktionärsten rechten Gruppierungen in Chile 1970 bestrebt waren, den Machtantritt des Blocks der Unidad Popular zu verhindern. Diese Pläne sind in den von der Weltpresse veröffentlichten Geheimdokumenten der ITT und der CIA dargelegt. Im März dieses Jahres wurde ein Staatsstreich versucht. Einer der Rädelführer der fehlgeschlagenen Meuterei, der Major i. R. Arturo Marshall, floh nach Bolivien und deckte auf einer Pressekonferenz die Absicht der Verschwörung auf, die Regierung Salvador Allende zu stürzen. Im September organisierten die reaktionärsten Kreise eine neue Verschwörung mit dem gleichen Ziel. Die Opposition gruppiert ihre Reihen um und sucht die Erfüllung des Regierungsprogramms in jeder Weise zu behindern. Die Kommunistische Partei unterstützt, wie auch die übrigen Partner des Blocks der Unidad Popular, entschlossen die Regierungsmaßnahmen gegen die Reaktion, insbesondere auch, daß Mitglieder der faschistischen Gruppen „Patria y Libertad“ und „Comando Rolando Matus“ vor Gericht gestellt wurden.

Die Rechten haben feste Positionen im Rundfunk und in der Presse. Sie säen Unruhe, Lügen, Verleumdungen, schmähen die Regierung und den Präsidenten der Republik. Diese Lage ist unerträglich geworden. Deshalb wurde ein regierungsfeindliches Fernsehprogramm verboten. Maßnahmen wurden gegen Rundfunksender ergriffen, die ganz wüste Hetzsendungen ausstrahlten.

In einem Offenen Brief an den Präsidenten der Republik forderte die Kommunistische Partei eine festere Politik, die Einschränkung der reaktionären Gruppe im Rahmen der chilenischen Gesetze. Wenn die Opposition verfassungsmäßige Rechte besitzt, so heißt das noch nicht, daß sie alles tun darf, was ihr beliebt. Die Regierung kann nicht nur alle ihr durch das Gesetz eingeräumten Mittel zur Aufrechterhaltung der Ordnung einsetzen, sondern ist dazu sogar verpflichtet.

Wir Kommunisten sind der Ansicht, daß die Rechte der Opposition unter den Bedingungen unseres Landes anerkannt werden müssen. Aber gleichzeitig sind wir zutiefst davon überzeugt, daß sich die Revolution nicht erfolgreich entwickeln kann, bevor die Regierung, die Volksparteien und die anderen progressiven Kräfte die Schlüsselpositionen im System der Massenmedien errungen haben. Sie müssen das Volk orientieren, zur Zerschlagung der Reaktion im ideologischen und politischen Kampf beitragen.

Ungeachtet aller Schwierigkeiten begreifen die Arbeiterklasse und ein großer Teil der übrigen Bevölkerung, daß die Regierung ihre Interessen berücksichtigt und Kurs auf die Fortsetzung der revolutionären Umgestaltungen, auf die grundlegende Lösung der vor ihnen stehenden Probleme hält. Eben daraus erklärt es sich, weshalb sich die Massen bei jedem Ausfall der Reaktion entschlossen zur Verteidigung der Regierung erheben. Der Jahrestag des Sieges der Unidad Popular und der Unabhängigkeitstag wurden in einer Atmosphäre heftigen politischen Kampfes begangen. Die Verschwörer bereiteten auf vollen Touren die Verwirklichung ihrer subversiven Pläne vor. Die Volksmassen antworteten ihnen mit einer machtvollen Demonstration unerschütterlicher Entschlossenheit, den faschistischen Elementen den Weg zu versperren.

Die CUT erklärte kategorisch, daß die Arbeiter und Angestellten im Falle einer reaktionären Meuterei die Betriebe besetzen und auf jede Wendung der Ereignisse vorbereitet sein werden. Die Kommunistische und die Sozialistische Partei bekundeten in einer gemeinsamen Erklärung ihre feste Absicht, alle Meinungsverschiedenheiten beiseite zu lassen, und rückten das Zusammengehen zur Mobilisierung der Massen und zur Leitung ihres Kampfes gegen die Verschwörer als Aufgabe in den Vordergrund. Alle Parteien der Unidad Popular teilten – jede für sich und auch gemeinsam – den gleichen Entschluß mit. Außerdem erklärten die Kommunistische Partei, die Sozialistische Partei und die CUT, daß die entstandene Situation die Schaffung von Selbstschutzkomitees gegen Meuterei und Faschismus in jedem Betrieb, in jedem Wohnblock notwendig macht.

In den angespanntesten und gefährlichsten Momenten des politischen Kampfes wurden sogar im Lager der Opposition, konkret in der Christlich-Demokratischen Partei, Stimmen des Protestes gegen Putschversuche laut. Das Oberhaupt der katholischen Kirche Chiles veröffentlichte einen Aufruf, „die grauenhafte Katastrophe, den Bruderkrieg, nicht zuzulassen“. Es sprach davon, daß „die Rechtsordnung und ihre Normen, mit ihren Institutionen und ihrer Macht, mit allen ihren Vorteilen und Mängeln respektiert werden müssen“. Der Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte General Prats gab eine energische Erklärung ab, daß „die Streitkräfte und die Karabinieri trotz der Spannung und des Drucks, die sich aus der gegenwärtigen Lage in der chilenischen Gesellschaft ergeben, erfüllt vom Bewußtsein der Berufspflicht und der Interessen der Nation, Ruhe bewahren werden“.

Die erdrückende Mehrheit der Landesbevölkerung lehnt die Meuterei und den Bürgerkrieg ab, den die Reaktion – vor allem die faschistischen Gruppen – entfesseln möchte. Das heißt, daß trotz der Vereinigung der Opposition in der sogenannten Demokratischen Konföderation (Confederación Democrática) nicht alle ihre Teilnehmer den Sturz der Regierung anstreben. Während ein relativ kleiner, aber deswegen nicht minder gefährlicher Teil der Opposition für den konterrevolu-



tionären Putsch eintritt, ist ein anderer, zahlreicherer Teil für den verfassungsmäßigen Weg. Entscheidend sein wird in jedem Falle die kämpferische Position der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes, die es bislang ermöglicht hat, die Pläne der Verschwörer zu durchkreuzen.

Frage: Bekanntlich fügen ultralinke Elemente dem revolutionären Prozeß in Chile großen Schaden zu. Was könnten Sie zu diesem Aspekt des politischen Kampfes sagen?

Antwort: Zahlenmäßig sind die ultralinken Gruppen, einschließlich der MIR³ als der größten unter ihnen, unbedeutend. Bei den Wahlen zum Nationalrat der CUT (73 Mitglieder und Kandidaten) brachten die Anhänger der MIR mit Mühe und Not einen einzigen Vertreter durch. In den 28 Regionalräten der CUT ist die MIR überhaupt nicht vertreten. Noch schlimmer bestellt ist es um die übrigen ultralinken Gruppen. In den obersten normativen Rat der chilenischen Universität (100 Mitglieder) wurde ein einziger Ultralinker gewählt. In der Leitung des Studentenbundes hat die MIR an der Universität nur einen und an der Technischen Universität überhaupt keinen Vertreter.

Indessen fügt die politische Tätigkeit dieser und anderer ultralinken Gruppen, von der reaktionären Presse breit propagiert, der Regierung der Unidad Popular ernststen Schaden zu. Politik des Frontalangriffs auf die gesamte Bourgeoisie und Opposition, Besetzung kleiner und mittlerer Betriebe und Güter, provokatorische, abenteuerliche Aktionen, bei denen mit Schußwaffen herumgefuchelt wurde, Vertretung der These von der Unvermeidlichkeit des bewaffneten Zusammenstoßes und opportunistische Ausnutzung dieser oder jener Schwäche der Volksbewegung – all das gießt Wasser auf die Mühle der Opposition im allgemeinen und der Verschwörer im besonderen. Die Umtriebe der Ultralinken erschweren den revolutionären Prozeß, der die Konzentration des Feuers auf den Hauptfeind, die Gewinnung der einen Bevölkerungsschichten und die Neutralisierung der anderen erfordert. Das Verhalten der Ultralinken hindert die Regierung daran, energische Maßnahmen gegen die Reaktionäre zu ergreifen. Die meisten Chilenen sind der Ansicht, daß

WAS GEHT IN CHILE VOR?

alle Extremisten – die rechten wie die „linken“ – in gleicher Weise zu behandeln sind, sobald sie das Gesetz übertreten. Nach einer Definition des Präsidenten der Republik war die sogenannte „Volksversammlung“, von den Ultralinken nach Concepcion einberufen, ein „Spaltermanöver“, eine Art „lyrische Fata Morgana außerhalb der Wirklichkeit“. Deshalb wurde sie von der Unidad Popular abgelehnt, auch wenn sich einige Vertreter der Koalitionsparteien daran beteiligten.

Die Ultralinken sind der Ansicht, daß die Revolution gescheitert sei. Sie erheben Anspruch auf die führende Rolle und eröffnen in gewissem Sinne eine zweite Front gegen die Regierung, indem sie Gruppen, die der Unidad Popular angehören, auf ihre Positionen hinüberzuziehen versuchen.

Wir Kommunisten sind heute ebenso wie gestern absolut von der Notwendigkeit überzeugt, gegen extremistische Tendenzen zu kämpfen. Ideologischer und politischer Kampf gegen die Konzeptionen und die abenteuerlichen Umtriebe der rechten und „linken“ Extremisten ist neben dem Kampf gegen den Reformismus und Liberalismus der Rechtsopportunisten unsere unerlässliche Pflicht, wenn wir die revolutionären Kräfte zusammenschließen und die erfolgreiche Erfüllung des Programms der Volkseinheit gewährleisten wollen.

Frage: Könnten Sie die Position der Streitkräfte in der entstandenen Situation etwas ausführlicher charakterisieren? Wir möchten auch etwas über die Möglichkeit einer Verbreiterung der sozialpolitischen Basis der Unidad Popular und über die Perspektiven im Zusammenhang mit den im März 1973 bevorstehenden Parlamentswahlen erfahren.

Antwort: Die Armee mischt sich gemäß der Verfassung nicht in politische Streitfragen ein. Natürlich setzen sich die Streitkräfte vor allem aus Menschen zusammen. Und der Mensch ist – ob in Uniform oder Zivil – ein soziales Wesen. Der revolutionäre Prozeß verschärft den Klassenkampf, beeinflusst alle Bürger. Deshalb wäre es eine Illusion zu glauben, daß die Strömungen der Zeit den Streitkräften gleichgültig seien. In ihnen widerspiegelt und äußert sich ebenfalls die politische und klassenmäßige Vielfalt, die für die chilenische Gesellschaft charakteristisch ist. Aber trotz aller Unterschiede sind die Militärs durch

eine Reihe moralischer Werte geeint: Achtung vor der Verfassung und dem Gesetz, Gehorsam gegenüber der vom Volk gewählten Regierung.

Natürlich ist es nicht ausgeschlossen, daß ein machtgeriger militärischer Führer auf den Plan tritt, wie das z. B. beim Exgeneral Viaux der Fall war, der Ende 1969 der vorangegangenen Regierung den Gehorsam verweigerte, um der Unidad Popular den Weg zum Sieg zu versperren.⁴

Die bestehende Lage kann nicht endlos andauern. Aber unter den Bedingungen unseres Landes können sich die Veränderungen nicht ganz und gar auf dem klassischen Weg, wie er durch andere Revolutionen gebahnt wurde, vollziehen. Das kann nur im Rahmen des Gesetzes geschehen, unter Berücksichtigung der Evolution in der Auffassung der Militärs, von ihrer Rolle in einer Gesellschaft, die das Volk aufbauen will.

Die an die Streitkräfte gerichteten Forderungen der reaktionären Gruppierungen, die Grenzen ihrer berufsmäßigen Rolle zu überschreiten, blieben ergebnislos. Die Militärs suchen nicht die politische Macht. Doch da die Militärs die Sicherung der inneren Ordnung für eine ihrer Pflichten halten, versucht die Oberschicht der Verschwörer, ökonomisches und politisches Chaos zu stiften und damit die Streitkräfte zur Aufgabe ihrer traditionellen Position zu zwingen, sie zur Einnischung zu veranlassen.

Deshalb führt eine Politik, die sich mit ihrer Spitze gegen die Hauptfeinde richtet und auf die Abwendung des Bürgerkrieges, der Anarchie sowie auf die Überwindung der Schwierigkeiten abzielt, zu einer Festigung der Regierung und garantiert die Entwicklung der Revolution in der bisherigen Richtung.

Es gibt reale Möglichkeiten, die soziale Basis der Unidad Popular zu verbreitern, weil die revolutionären Umgestaltungen zum Wohle einer gewaltigen Mehrheit der Bevölkerung vollzogen werden. Was aber die Verbreiterung ihrer politischen Basis betrifft, so ist heute dafür keine Möglichkeit gegeben. Obwohl bestimmte Kreise einiger Oppositionsparteien die revolutionären Umgestaltungen unterstützen und sogar der Idee des Sozialismus zustimmen, können sie ihre engen politischen Interessen, ihr Machtstreben, ihre Hegemoniegehrungen nicht aufgeben und zeigen sogar klägliche diktatorische Ambitionen. Dennoch kann man mit einem Teil der Opposition Abkommen über dringende, vor den Massen stehende Probleme schließen, muß sich aber stets auf den Kampf der Werktätigen, des ganzen Volkes stützen.

Was die bevorstehenden Wahlen betrifft, so muß man die Stärke der Opposition berücksichtigen. Ihr wiederholt erklärtes Ziel ist, im Parlament zwei Drittel der Sitze zu erhalten und der Regierung das Mindestquorum, das sie zur Bestätigung der Gesetze braucht, zu nehmen. Das heißt, bildlich gesprochen, ihr die Pistole auf die Brust zu setzen. Das Ziel des Blocks der Unidad Popular ist, die eigene Lage in den beiden Kammern des Parlaments zu ver-

bessern. In jedem Falle sind wir chilenischen Kommunisten der Ansicht, daß die Perspektiven im wesentlichen von unserer Arbeit in den nächsten Monaten abhängen. Anders gesagt, die Wahlergebnisse der Unidad Popular werden unmittelbar abhängen von der Fähigkeit der Regierung und des Volkes, den revolutionären Prozeß zu vertiefen und die akutesten Probleme zu lösen. Aber insbesondere werden diese Ergebnisse verbunden sein mit der ideologischen und politischen Arbeit der Kommunistischen Partei und der anderen Organisationen der Unidad Popular.

Die Revolution schafft neue moralische Werte. Dank diesen werden gewaltige Massen zum revolutionären Schaffen herangezogen. Man braucht die Schwierigkeiten, die mit den tiefgreifenden sozialen Umgestaltungen einhergehen, nicht zu fürchten, wenn das Volk eine gute Führung besitzt und eine bessere Zukunft vor sich hat.

¹ MAPU – Bewegung der einheitlichen Volksaktion, die linke Christdemokraten vereint und dem Block der Unidad Popular angehört

² „Grundprogramm der Unidad Popular“, veröffentlicht am 22. Dezember 1969 in der Zeitung „El Siglo“

³ MIR – die sogenannte „Bewegung der revolutionären Linken“

⁴ Im Oktober 1969, d. h. noch unter der Regierung E. Freis, stellte sich General Viaux an die Spitze einer reaktionären Meuterei, um den Sieg der progressiven Kräfte bei den Wahlen im Jahre 1970 zu verhindern.

(Quelle:
Horizont Nr. 46/1972)



Ein chilenisches Plakat: "Chile ist erwachsen geworden ... jetzt gehört das Kupfer uns!" 41

KURZ- INFORMA- TION

GUINEA-BISSAU: Der Generalsekretär der PAIGC (Afrikanische Unabhängigkeitspartei von Guinea und den Kapverdischen Inseln) erhielt am 17. Oktober dieses Jahres die Möglichkeit, vor der Treuhandkommission und dem Ausschuß für unselbständige Gebiete der UNO die Interessen seines Volkes zu vertreten. Amilcar Cabral sprach Portugal jedes Recht ab, die Bevölkerung von Guinea-Bissau und den Kapverdischen Inseln in den Vereinten Nationen vertreten zu können: "Wir haben schon eine nationale Regierung gebildet und werden uns bald als afrikanischen Staat konstituieren." Gegenüber einem Reporter nannte Amilcar Cabral als Zeitpunkt für die Unabhängigkeitserklärung der befreiten Gebiete Ende Dezember 1972 oder Anfang 1973.

Gemäß den Aussagen einer Mission der Vereinten Nationen, die trotz Protests der portugiesischen Regierung im April dieses Jahres die befreiten Gebiete von Guinea-Bissau besuchte (vgl. AIB 6/72), hat die Kolonialmacht große Gebiete des Landes nicht mehr unter administrativer Kontrolle. In seinen Ausführungen vor dem Ausschuß erklärte Amilcar Cabral, daß dieser selbständige Staat nach der Unabhängigkeitserklärung um den Status eines Beobachters in allen Organisationen der Vereinten Nationen ersuchen werde. Darüberhinaus appellierte er an die Vereinten Nationen, mitzuhelfen, daß der Kolonialkrieg Portugals schneller beendet werde.

Der Ausschuß gab eine Empfehlung an den Präsidenten der Generalversammlung, Stanislaw Trepczynski, Amilcar Cabral in einer Plenarsitzung der UNO-Generalversammlung im Interesse seines Volkes selbst sprechen zu lassen. (Daily News [Tanz.] 18. Okt. 1972)

PORTUGIESISCHE KOLONIEN/UNO: Der UNO-Sicherheitsrat hat die portugiesische Regierung aufgefordert, mit den "betroffenen Parteien" Verhandlungen über die Selbstbestimmung und Unabhängigkeit der portugiesisch verwalteten Überseegebiete in Afrika aufzunehmen.

In einer einstimmig angenommenen Resolution rief das Gremium die Regierung in Lissabon außerdem auf, ihre "militärischen Operationen" und alle "Akte der Unterdrückung" gegen die Bevölkerung in diesen Territorien einzustellen.

Der Vorsitzende der afrikanischen Gruppe in der UNO, Äthiopiens Botschafter Garre-Selassie, erklärte im Anschluß an die Ratsitzung, mit den in der Resolution genannten "betroffenen Parteien" seien die Befreiungsbewegungen gemeint, "die legitimen Vertreter der Völker unter portugiesischer Herrschaft".

Ebenso wie Abgesandte der Freiheits-Bewegungen von Angola (MPLA), Mozambique (FRELIMO) und Guinea-Bissau (PAIGC) bezeichnete auch Botschafter Garre-Selassie die Entschließung als einen großen Erfolg. Die Afrikaner hoben hervor, daß der Sicherheitsrat die Resolutionen einstimmig verabschiedete und erstmals geschlossen die Existenz eines bewaffneten Freiheitskampfes in den portugiesisch verwalteten Gebieten Afrikas sowie die Notwendigkeit einer Verhandlungslösung anerkannt habe. (SZ, 24.11.1972)

SÜDAFRIKA: Ein UNO-Sonderausschuß hat die Polizei Südafrikas angeklagt, mit Billigung ihrer Regierung bei inhaftierten politischen Gegnern wie einst die geheime Staatspolizei der Nationalsozialisten vorzugehen. In einem Bericht des Gremiums, dem unter dem Vorsitz von Ab'dulrahim Farah aus Somalia Vertreter von sechs Staaten angehören, hieß es: Da sich die südafrikanische Regierung zur Anwendung von Terror gegen die Gegner der Apartheid entschlossen habe, ermutige sie die Sicherheitskräfte zur Anwendung von "Nazi-Gestapo-Methoden". Der Apartheid-Ausschuß führte 130 Fälle von Folterungen, Einschüchterungen und brutalen Vernehmungen durch die Polizei an, die teilweise zu ständigen Gesundheitsschäden oder zum Tode der Betroffenen geführt hätten. (Horizont, Nr.44/1972)

Auf die sadistische Behandlung von politischen Gefangenen auf der KZ-Insel Robben Island ist von einem ehemaligen Häftling erneut hingewiesen worden. Dieser Zeuge hob hervor, daß sich die allgemeinen Lebensbedingungen der politischen Häftlinge seit 1970 verschlechtert haben und daß von den Häftlingen unterschiedlicher Herkunft die Freiheitskämpfer aus Namibia am stärksten mißhandelt werden. Willkürliche Folterungen, Einzelhaft bis zu sechs Monaten, Verweige-

zung ärztlicher Hilfeleistung, Aufhebung der Studienmöglichkeiten und unzureichende Ernährung sollen die politische Willenskraft und die vorhandene Solidarität unter den Häftlingen brechen. Auf den Versuch einer Gruppe von Häftlingen, unter ihnen das ehemalige Tübinger SDS-Mitglied Neville Alexander, diese Haftbedingungen zu verbessern, reagierte die Lagerleitung dadurch, daß sie diese beschwerdeführenden Häftlinge u.a. durch Entzug der Studienmöglichkeiten bestrafte. Der Lagerkommandant berief sich bei diesem Vorgehen auf die ausdrückliche Einwilligung von Justizminister Pelsler. (Vgl. Sechaba, Vol.6, Nr.10/1972, S. 11ff.)

SÜDAFRIKA/ENGLAND/BRD: Die britische staatliche Steel Corporation und zwei westdeutsche Firmen wollen Südafrikas Rolle als Partner für die westeuropäische Stahlproduktion stärken. Anstatt in Großbritannien und in der BRD bestehende Betriebe zu erweitern und neue aufzubauen, will man Produktionskapazitäten in Südafrika schaffen. Die britischen Investitionen in der südafrikanischen Stahlindustrie sollen sich auf 1,25 Mrd Dollar belaufen [...].

Die europäische Neigung, in Südafrika zu investieren, zielt darauf ab, Ressourcen einzusparen und durch den Import halbverarbeiteter Stahlprodukte die Kosten der Endfertigung zu senken. Die südafrikanische Exportkapazität für Stahl wird auf 8 Mio t pro Jahr geschätzt.

Die Verhandlungen werden mit dem riesigen staatlich kontrollierten Kartell, der südafrikanischen Industrial Steel Corporation (ISCOR) geführt. Offenbar ist die Entscheidung der britischen Steel Corporation, den Bau eines Stahlwerks in Südafrika ernsthaft in Betracht zu ziehen, eine Reaktion auf die kämpferische Arbeiterschaft Großbritanniens, auf die steigenden Kosten von Rohstoffen und auf die veralteten Betriebe. "Eine Realisierung des Investitionsplanes würde es für die britische Steel Corporation unnötig machen, viele ihrer alten stahlerzeugenden Betriebe zu erneuern, die zur Schließung bestimmt sind. Für jene Gebiete jedoch wie Schottland, die in Verhandlungen über die Errichtung eines neuen Stahlwerks mit dem Ziele eingetreten waren, Arbeitsplätze für seine arbeitslose Bevölkerung zu schaffen, würden Investitionen in Südafrika einen schweren Rückschlag bedeuten."

Ähnliche Überlegungen stehen auch hinter der Entscheidung der beiden beteiligten

westdeutschen Firmen, August Thyssen und Klöckner. Einige der Betriebe an der Ruhr sind so veraltet, daß es billiger wäre, neue in Südafrika zu errichten, als die alten Betriebe in der BRD zu erneuern oder zu ersetzen. (X-Ray, Current Affairs in Southern Africa, London, November 1972, Vol.3, Nr.2).

SÜDAFRIKA: Anlässlich des 20. Jahrestages der Gründung des Supreme Allied Command Atlantic, einer Teilorganisation der NATO im Atlantikbereich, hat Joseph Luns, der gegenwärtige NATO-Generalsekretär und Inhaber der höchsten portugiesischen Auszeichnung, des Großkreuzes des Ordens Jesus Christus, auf den strategischen Stellenwert der Kap-Route hingewiesen, über die das imperialistische Militärbündnis 75% seines Ölbedarfs für seine Armeen, Flotten und Luftwaffe beziehe. Diese Äußerungen des höchsten NATO-Funktionärs sowie die anhaltenden Aktivitäten militärisch einflußreicher Kreise des Westens, die militärischen Verbindungen zu Südafrika zu intensivieren, gehen mit Bemühungen einher, den Apartheid-Staat auch formell in das System westlicher Allianzen einzubauen. So bereitet das britische Royal Services Institute for Defence Studies für das nächste Jahr eine Konferenz vor, an der militärische Organisationen aus Frankreich, der BRD, Portugal, Australien und anderen NATO-Staaten mitwirken sollen und auf der die militärische Stellung Südafrikas in einer zu schaffenden südatlantischen Militärallianz erörtert werden soll. (The Star, Johannesburg, 7.10. und 28.10.1972)

ALGERIEN: Im zehnten Jahr ihrer Unabhängigkeit ist die Demokratische Volksrepublik Algerien in eine entscheidende Phase bei der Durchführung der Agrarrevolution eingetreten. Seit Präsident Boumédiène am 18. Juni Fellachen und Landarbeitern feierlich die Urkunden über den ersten aus dem Fonds der Agrarrevolution verteilten Boden überreichte, wurden ca. 1 Mio ha Land von neuen Eigentümern übernommen. Örtliche Kommissionen bereiten nun die Beschränkung des Grundbesitzes und die Übergabe dieses "privaten" Bodens vor. Der Gewerkschaftsbund UGTA hat in einer Kampagne die algerischen Arbeiter aufgerufen, den Fellachen beim Aufbau von Genossenschaften zu helfen. Die Werktätigen der Städte, so heißt es in einem Appell, sollen die neuen und zukünftigen Landeigentümer unterstützen und die

"erklärten und getarnten Feinde der Agrarrevolution" bekämpfen. Mit dem vorgelegten Aktionsprogramm wird insbesondere den örtlichen Gewerkschaftsleitungen die Verantwortung übertragen.

Die UGTA ist der Meinung, daß nach der ersten Phase der Agrarrevolution und der Verteilung von "öffentlichem Boden" jetzt die "eigentliche Arbeit und große Schwierigkeiten" zu meistern sind. Tatsächlich wird die nunmehr einzuleitende radikale Beschränkung des Großgrundbesitzes und die Übergabe von "privatem Boden" an die Fellachen und Landarbeiter einen größeren Widerstand der Reaktion hervorrufen als die bisherige Landverteilung. Die UGTA hat darum auch an die Werktätigen der selbstverwalteten Kooperativen in der Landwirtschaft appelliert, einen ständigen Erfahrungsaustausch mit den Fellachen zu organisieren und Solidarität zu üben. Maurer, Zimmerleute und Elektriker aus den Städten sollen in freiwilligen Arbeitseinsätzen beim Aufbau neuer Dörfer und genossenschaftlicher Einrichtungen mithelfen. (ND v. 1.11. und 6.11.72)

BRASILIEN: In den letzten beiden Monaten hat die Regierung Medici eine Agrarreform in drei Bundesstaaten des Nordens und Nordostens begonnen, die zwar einige Empörung unter den Latifundienbesitzern hervorgerufen hat, aber im großen und ganzen wenig an den Agrarverhältnissen Brasiliens ändern wird. Die von der bürgerlichen Presse gefeierte Reformtat (welche nicht "in das Bild der extrem konservativen brasilianischen Militärs paßt" (FAZ)) erweist sich bei näherem Hinsehen als außerordentlich bescheiden. Gegen Entschädigung zu Marktpreisen sollen die brasilianischen Latifundisten sich des Teils ihrer Ländereien entledigen müssen, der über 1 000 Hektar liegt! (Zum Vergleich die obere Grenze in Chile: 80 ha) Nur ein kleiner Teil der Landarbeiter und Schuldknechte wird in der Lage sein, Land mit Regierungskrediten zu erwerben. Im übrigen sollen die Latifundisten - durch Verbürgung eines Teils dieser Kredite - "an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der neuen Besitzer interessiert" werden, was nichts weiter heißt, als daß neue ökonomische Abhängigkeitsformen - bei größerem individuellen Interesse der unmittelbaren Produzenten und Erhöhung der agrarischen Arbeitsproduktivität - angestrebt werden.

(FAZ v. 11.9.72 und Latin America (London) v. 15.9.72)

FAZ = Frankfurter Allgemeine Zeitung
ND = Neues Deutschland
SZ = Süddeutsche Zeitung

BESTEL- LUNGEN

für das

"Antiimperialistische Informationsbulletin"

Bezugspreis:

für 6 Nummern 7,50 DM einschließlich Porto

für 12 Nummern 15,-- DM einschließlich Porto

Einzelpreis: 1,50 DM

Bei Abnahme von mehr als 10 Exemplaren

33 % Ermäßigung.

Bestellungen an:

"Antiimperialistisches Informationsbulletin"

p.A. Barbara Schilling

3550 Marburg/Lahn

Liebigstr. 46

Einzahlungen auf das PSchKto Nr. 312 093,

PSchA Frankfurt/M., Barbara Schilling,

Sonderkonto AAK, 355 Marburg/Lahn

Antiimperialistisches **1/73**
Informationsbulletin

bringt u.a.:

PORTUGIESISCHE KOLONIEN:
Presseberichterstattung
in der BRD

SÜDAFRIKA: Appell an die
Solidarität mit den süd-
afrikanischen Arbeitern

Neben Mitgliedern des AAK haben sich an der Arbeit für diese Nummer beteiligt:
D. Boris, P. Dietzel, G. Haberle, A. u. B. Hebel, E. Jettka, H. Klakow, V. Mangold, K. Metze, W. Müller, W. Mutius, J. Ostrowsky.